

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Brief...
Wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 16. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Englisch-deutsches Wettüften.

Im englischen Unterhause fand am Donnerstag und Freitag eine große Marine-Debatte statt. Der Führer der Flottenetat 2 Millionen Pfund Sterling zu streichen...

Sehr interessant nach mehr als einer Richtung hin waren die Ausführungen des englischen Premierministers, der, wie es sich ja von selbst versteht, erklärte, daß Englands Rüstungen keineswegs irgend eine Spitze gegen Deutschland trügen...

Nach dieser diplomatischen Verwahrung ging dann der englische Premierminister eingehend auf die deutschen Rüstungen ein. Deutschland werde im Jahre 1912 sicherlich 13, möglicherweise sogar 17, Dreadnoughts besitzen...

Ende 1911 werde Großbritannien 16 kriegsfertige Dreadnoughts haben, Deutschland 11. Im April 1912 würde Deutschland 13 haben, England einschließlic der im Vorjahre bewilligten Kontingentschiffe 20...

Niemand, fuhr der Premierminister fort, bedauere so sehr die gesteigerten Ausgaben, als er selbst. Er sehe so klar wie Lloyd George, daß jeder neue Dreadnought irgend ein dringendes Werk der Sozialreform verhindere...

Es sei auch die Frage einer Verständigung zwischen den Nationen der Welt aufgeworfen worden. Leider habe die deutsche Regierung davon nichts wissen wollen. Sie habe der englischen Regierung mitgeteilt, daß ihr Vorgehen durch einen Akt des Reichstages, durch das Flottengesetz, bedingt sei...

Die von dem englischen Premierminister gegebenen Zahlen über die deutschen Dreadnoughts und Invincibles dürften durchaus den Tatsachen entsprechen. Admiral von Tirpitz hat ja selbst am 17. März 1909 in der Budgetkommission des Reichstages erklärt...

Jeder neue Dreadnought ist eine neue schwere Gefährdung des Völkerfriedens!
überlegene Flotte zu besitzen, so kann es sich zur Verteidigung seiner ungeheuerlichen Flottenausgaben mit Zug und Recht auf Deutschlands enorme Flottenerstärkungen berufen!

überlegene Flotte zu besitzen, so kann es sich zur Verteidigung seiner ungeheuerlichen Flottenausgaben mit Zug und Recht auf Deutschlands enorme Flottenerstärkungen berufen!

Berechtigtes Aufsehen aber muß erregen, daß die deutsche Regierung sich gegenüber dem Abrüstungsvorschlage Englands auf die öffentliche Meinung Deutschlands berufen hat. Die Flottenvorlage vom Jahre 1900 ist doch nur auf Betreiben der Regierung und eines relativ kleinen Kreises von Flottenexperten durchgedrückt worden!

Der englische Premierminister gab übrigens auch der Hoffnung Ausdruck, daß wenigstens das Jahr 1911/12 das letzte unter dem Flottengesetz sein werde, in dem Deutschland vier Schlachtschiffe baue. Dann werde nach dem Gesetz die Zahl auf zwei sinken.

Wir befürchten, daß die Hoffnungen des englischen Premierministers Illusionen sein werden. Wir halten es für ganz ausgeschlossen, daß unsere deutschen Flottenerbauer vom Jahre 1912 ab tatsächlich eine solche Verminderung der Flottenbauten eintreten lassen könnten.

Daß eine solche Vorlage zu erwarten ist, ist ja vor zwei Jahren bereits von der Regierung angedeutet worden. Und damals haben ja auch bereits Zentrum und Freisinn durch ihre Vertreter erklären lassen, daß sie später alles Notwendige zu bewilligen bereit seien.

Und ein Hauptmittel der dann zu erwartenden Flottenagitation werden dann natürlich die englischen Flottenerüstungen sein! Die 27 englischen Dreadnoughts werden dann das erwünschte Schreckgespenst sein, mit dem man skrupellos operieren wird.

Wie lange dies tolle Wettüften freilich noch dauern kann, ist die Frage. Denn schon jetzt kostet jedes neue Schlachtschiff, ob Dreadnought oder Invincible, gegen 50 Millionen Mark! Das heißt zwei und ein halbes Mal so viel, als in der Flottenvorlage von 1900 angenommen worden war.

Jeder neue Dreadnought ist eine neue schwere Gefährdung des Völkerfriedens!

Der holländische Kaiserbrief.

Aus Holland wird uns geschrieben:
Seit einigen Jahren spukt in Holland das unbestimmte Gerücht herum, der deutsche Kaiser habe sich während des russisch-japanischen Krieges, als auch das Verhältnis zwischen England und Deutschland drohende Formen annahm, an die holländische Regierung mit der Aufforderung gewendet, Holland sollte seine Küstenverteidigung beträchtlich kräftigen...

Holland einmal nahe daran war, seine Existenz als selbständiger Staat zu verlieren.

Höchstwahrscheinlich wäre diese Affäre eingeschlummert, wenn nicht ein anderes Mitglied der Ersten Kammer, der ebenfalls konservative Baron van Heeckeren van Nello, ihr neues Leben eingehaust hätte. Dieser Herr war früher Gesandter an dem skandinavischen Hofe und hatte als solcher mitgearbeitet an einem Vertrag, der zwischen Deutschland und einigen anderen Nordseeanstaaten zur Erhaltung des Status quo abgeschlossen wurde.

Als der Minister die Mitteilung ableugnete, und zwar in augenscheinlich krasser und bestimmter Form, betraf sich Herr van Heeckeren auf den Ministerpräsidenten aus dem Jahre 1904, Herrn Dr. Kuiper. Dieser schweig sich hartnäckig aus, aber bei der jüngsten Diskussion zu dieser Frage teilte Herr van Heeckeren mit, er habe sein Material vier Parteifreunden zur Verfügung gestellt und diese hätten ihm bestätigt, daß er ganz recht hatte, als er die den deutschen Kaiser betreffende Mitteilung machte.

Nun war Dr. Kuiper, der sowieso seit der Ordensschacher-affäre im Verdacht steht, es mit der Wahrheit ziemlich leicht zu nehmen, in die unangenehme Lage gekommen, daß sich beide kreuzenden Parteien auf ihn beriefen, woraus gleich in der Presse die Schlussfolgerung gezogen wurde, Dr. Kuiper hätte doppelzüngig gesprochen.

So sah sich Dr. Kuiper — man erinnere sich, daß er der Ministerpräsident im Jahre 1904 war — gezwungen, sich zur Sache zu äußern. Und das tut er in seinem Tagblatt „De Standdaard“. Er teilt dort mit, der Minister van Swinderen hätte eine vollkommen richtige Mitteilung gegeben, als er erklärte, daß ein Brief, der sich auf die Landesverteidigung bezieht, in Wirklichkeit nicht bestehe und auch nie dagewesen sei. Aber er fügte hinzu, „der Minister habe mit keinem Worte, früher nicht und jetzt nicht, geäußert, was im Jahre 1904 wohl vorgefallen ist, was aber das Kabinett vom Jahre 1904 ebensowenig wie das heutige Kabinett zur öffentlichen Besprechung als geeignet hielt.“

Es steht also jetzt wohl fest, daß sich der deutsche Kaiser noch im Jahre 1904 in die holländischen Angelegenheiten gemischt hat. Nur nicht mit einem Briefe und nicht zur Landesverteidigung, vielleicht aber wohl mündlich und zur Küstenverteidigung. Jedenfalls ist die Wahrheit jetzt im Gange und sie wird wohl schwerlich mehr aufzuhalten sein.

Die badische Parteifrage.

Der Parteivorstand veröffentlicht zur Frage der badischen Budgetabstimmung folgende Erklärung:

„Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages hat den Parteivorstand von ihrer Absicht, für das Budget zu stimmen, in keiner Weise in Kenntnis gesetzt.“

Der Parteivorstand bedauert das die Interessen der Gesamtpartei schädigende Vorgehen der Landtagsfraktion der badischen Sozialdemokratie und sieht darin eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei.

Der Parteitag wird den Genossen Gelegenheit geben, sich zur Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Bedenken zu äußern. Der Parteivorstand.

Eine „schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei“, so sorgfältig abgemogen diese Worte auch sind, wir wüßten nicht, welche andere Worte schwereres Gewicht haben und stärkeren Eindruck machen könnten auf jeden, der sich das Gefühl der Parteizugehörigkeit bewahrt, den seine Ueberzeugung und Gefühl in die Reihen des kämpfenden Proletariats getrieben hat. Denn es ist der höchste Stolz des deutschen Arbeiters, sich diese Partei geschaffen zu haben und selbst ihre Politik zu bestimmen, diese Partei, die in den heftigsten und schwersten Kämpfen sich stets die Einheit bewahrt hat, die sie sich so schwer errungen, diese Partei, deren Ideale und hohen Ziele das höchste Bestreben ihrer Anhänger sind.

Schlachten liefern zu können, unter Umständen so günstig wie kaum je. Immer angsterblickender blickten die Gegner auf unsere Erfolge. Da kommt ihnen plötzlich unerwartete Hilfe. Die Partei, die sie so fürchten, wird aus ihren eigenen Reihen her bedroht. In die Sozialdemokratie ist eine Bombe geflogen, sagt ein bürgerliches Blatt. Sagt es jubelnd?

Die Beantwortung dieser Frage hängt vor allem von den deutschen Arbeitern selbst ab. Sie sind die Partei, sie fassen ihre Beschlüsse. Das Vorgehen der badischen Landtagsfraktion bedeutet nichts anderes, als daß Vertrauensmänner der Arbeiter für sich das Recht verlangen, auch gegen den Willen und die Beschlüsse ihrer Auftraggeber zu handeln. Es ist ein Vorgehen, das mit einem Schlag die demokratische Verfassung unserer Partei befeitigen würde, damit aber überhaupt jede einheitliche Parteifraktion zu einem zufälligen Ereignis machen würde. Wir gehen, selbst jetzt noch die Hoffnung zu hegen, daß auch die badischen Arbeiter sich der ungeheuren Verantwortung bewußt werden, die ihre Vertreter ihnen auferlegt haben. An den badischen Sozialdemokraten ist es, in erster Linie sich die Frage vorzulegen, ob sie wirklich eine Lockerung der Gesamtpartei, eine Zersplitterung der Autorität des Parteitages und damit die Aufhebung jeder proletarischen Disziplin, die bisher den Stolz wie die Stärke unserer Partei gebildet haben, auf sich nehmen wollen.

Und da tut wahrhaftig Eile dringend not! Zu dem Verzicht auf das Bewusstsein des sozialistischen Endzieles, das in der Budgetabstimmung liegt, fügen unsere Genossen in der badischen Kammer noch die Verleugnung der republikanischen Prinzipien unserer Partei! Und hier handelt es sich nicht allein um die Unterlassung einer Demonstration, sondern umgekehrt: unsere Genossen suchen geradezu die Gelegenheit, um für ihr Wohlverhalten dem Monarchen gegenüber Zeugnis ablegen zu können! Die Fraktion hat es ihren Mitgliedern freigestellt, sich an der Sonnabend stattfindenden feierlichen Schließung des Landtages zu beteiligen. Es handelt sich um eine rein formale Sitzung, die mit einer Ovation für den Großherzog schließt. Ungefähr ein Duzend sozialdemokratische Abgeordnete werden sich an dieser Huldigungsbeteiligung beteiligen. Damit ist aber der sozialdemokratische Hofbericht noch nicht abgeschlossen. Die Genossen Seitz und Pfeiffle, die dem Kammerpräsidium angehören, sind von der Fraktion bestimmt worden, im September an der Gratulationskur im Schlosse teilzunehmen, die anlässlich des silbernen Hochzeitsfestes des großherzoglichen Paares stattfindet!

Wir gestehen, wir geben diese Nachrichten nicht wieder ohne ein Gefühl tiefer Beschämung. Es erklärt sich aus dem Glauben der deutschen politischen Geschichte, daß der Byzantinismus in einem Maße das Bürgertum verfauscht hat, wie in keinem andern Lande. Daß aber diese Pest auch auf unsere eigenen Reihen übergreifen könnte, das hätten wir wahrhaftig nicht für möglich gehalten. Es ist doch wirklich ein Jammer um diese deutsche Politik. Auch andere sozialdemokratische Parteien müssen den Kampf gegen den Opportunismus in ihren eigenen Reihen führen. Aber in Frankreich, da handelte es sich doch wenigstens um den Eintritt in ein Ministerium, um ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien, die einen Teil der souveränen Gesetzgebungsgewalt vorübergehend auch in die Hände sozialdemokratischer Abgeordneter zu legen scheitern konnten. Dagegen in Deutschland! Das Gland der Kleinstaaterei hat hier auch den Opportunismus bis zur Lächerlichkeit verkrüppelt, und unsere badischen Parlamentarier glauben Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten, wenn sie dem Großherzog zur silbernen Hochzeit gratulieren! Die badischen Parteigenossen hatten es für ihre Aufgabe, die Herrschenden bei guter Laune zu erhalten. Das verlangen angeblich die berühmten „besonderen politischen Verhältnisse“ Badens.

Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß für den Entschluß der Fraktion, ihre Erklärung vom 4. Juli — es sei untereinander mit der politischen Ehre der badischen Arbeiter, für das Finanzgesetz zu stimmen — zu revidieren, die Haltung maßgebend war, die die Erste Kammer gegenüber der Gemeinde- und Städteordnung eingenommen hat. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Städteordnung das Dreiklassenwahlrecht beibehält. Durch eine andere Verteilung der Steuern — statt der Proportionalwahl wurde eine Sechstelung in Verbindung mit dem Proportionalwahlrecht eingeführt — ist das Wahlrecht allerdings erheblich verbessert worden. Immer-

hin sorgt die Klasseinteilung dafür, daß, wie der Oberbürgermeister Dr. Wilkens bei der Verteidigung des Gesetzes in der Ersten Kammer ausführte, der Besitz in der Gemeindevertretung zur überwiegenden Geltung kommt. Von einer Erfüllung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung ist also auch bei diesem Gesetz, das von der Zweiten Kammer einstimmig angenommen wurde, absolut keine Rede. Bei der Verteidigung dieses Gesetzes, für das übrigens auch der Präsident der Ersten Kammer, der Thronfolger Prinz Max, in einer Erklärung eintrat, hielt Minister v. Bodman jene Rede, der unsere badischen Parlamentarier eine so große Bedeutung zumessen und die wir hier nach dem Bericht des „Karlsruher Volksfreund“ etwas ausführlicher wiedergeben wollen. Bodman sagte:

Der Herr v. Stöpingen hat in seinen Ausführungen über die Sozialdemokratie, ihr Anwachsen in Baden auf ein zu großes Entgegenkommen zurückgeführt und dabei nicht unendlich auch meine Tätigkeit angeführt. Es ist aber darauf zurückzuführen, daß die bürgerlichen Parteien sich nicht gefunden, sondern sich zerfleischt haben. Und wer einen großen Anteil daran hat, das brauche ich dem Herrn v. Stöpingen wohl nicht zu sagen. In Bezug auf seine Hinweise auf die Revolution stehe ich auf dem Standpunkt des Oberbürgermeisters Winterer. Auf Forderungen, die aus der Mitte des Volkes hergehen, werden wir ihnen ein unerbittliches Nein entgegenstellen. Das Entgegenkommen darf aber nicht zu spät eintreten.

Die Bewegung der Sozialdemokratie kann man doch nicht schlecht hin als eine Krankheit bezeichnen. In Bezug auf ihre Verneinung der Monarchie und Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaft mag man sie utopistisch nennen. Aber sie ist auch zugleich eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes, der unbestimmtesten Klassen, die auch an der Entwicklung unseres Staats- und Gemeinwesens mitarbeiten wollen. Und dem müssen wir entgegenkommen. Wir müssen ihre Forderungen prüfen und wenn man begründeten Forderungen nicht rechtzeitig entgegenkommt, so ist das ein Fehler.

Wir wollen natürlich keinen Moment lang leugnen, daß diese Ausführungen sich vorteilhaft unterscheiden von dem reichsverbändlerischen Geschwätz, das etwa ein Rheinbaben dem preussischen Dreiklassenlandtag vorzutragen pflegte. Aber mit keinem Wort dieser Rede verläßt der Minister den bürgerlichen Klassenstandpunkt. Alles was sozialistisch und republikanisch an unseren Forderungen ist, wird von ihm aufs schärfste zurückgewiesen. Es ist übrigens derselbe Minister, der durch eine frühere Rede die schärfste Juridikalisierung unserer Fraktion herausgefordert hat. Tut nichts. Diese Phrasologie, die außerhalb Deutschlands, in Frankreich oder sogar in Oesterreich, von jedem etwas besseren Minister perfekt gehandhabt wird, erweist bei unseren genügsamen Parteigenossen Begeisterung. Der „Karlsruher Volksfreund“ schreibt:

Mannhaft und mutig war die Haltung des Ministers v. Bodman, der seine Stellung mit Energie und der bei ihm gewohnten Offenheit verteidigte. Dabei zeigte sich wieder, wie sehr seine Stellung zur Sozialdemokratie von Stimmungen abhängig ist. Was er gestern über die Sozialdemokratie und ihre Bedeutung für das Staatsleben sagte, stand in schroffem Widerspruch zu dem, was er vor einiger Zeit in der Justizkommission ausführte. Diese grundverschiedenen Standpunkte lassen sich schlechterdings nicht miteinander vereinigen. Würde Herr v. Bodman aus seinen gestrigen Darlegungen über die Sozialdemokratie als politischer Faktor im Staatsleben die Konsequenzen ziehen, dann würde das finale des diesjährigen Landtags anders ausgefallen sein. Daß er die brüste Denunziation des Junkers v. Stöpingen, er (Bodman) sei sozusagen der Führer des Großblods, nicht mit den sonst üblichen Entlastungsphrasen zurückwies, sondern als Antwort dagegen seine Stellung gegenüber der Sozialdemokratie offen und wachhaltlos präziserte, verdient uneingeschränkte Achtung und Anerkennung.

Diesen Worten folgte rasch die Tat. Die Fraktion stimmte für das Budget, denn wenn der Minister von Bodman sich von Stimmungen leiten läßt, ist offenbar Stimmungspolitik auch sozialdemokratischer Staatsmänner nicht unwürdig. Wenn Minister für treue Dienste Orden verleihen, so obfern sozialdemokratische Abgeordnete für ein paar europäische Redensarten den grundsätzlichen Standpunkt der Partei, stellen die Einheit der Arbeiterbewegung in Frage, stimmen für das Budget und gehen gleich dreimal zu Hofe. Daß das — leider! — nicht übertrieben ist, beweist uns ein Artikel des „Karlsruher Volksfreund“, dessen Schluß und ein Privattelegramm folgendermaßen übermitteln:

Nachdem der Minister v. Bodman in der Ersten Kammer am vorigen Mittwoch eine Erklärung gegenüber der Sozialdemokratie eingenommen habe, die als gerecht bezeichnet werden müsse, hatte es sich die Fraktion zu überlegen, ob sie den Minister

dem Zentrum öffnen wolle. Das Zentrum hatte nur darauf gewartet, daß die Vorlage wegen der Gemeinde- und Städteordnung zu Fall gebracht wird, und damit war auch das Schicksal des Ministers besiegelt. Unter diesen Umständen wäre es eine verfehlte Demonstration gewesen, gegen den Minister und gegen das Budget zu votieren. Die sozialdemokratische Fraktion war noch am Mittwoch entschlossen, gegen das Budget zu stimmen; erst die veränderte politische Lage, heraufbeschworen durch die Beschlüsse der Ersten Kammer, habe eine andere Stellungnahme erfordert.

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages hat nur das getan, was die Klugheit, die Pflicht und das Interesse der Partei erforderte. Das Gegenteil wäre ein unbergelicher theoretischer und taktischer Fehler gewesen, der sich bitter gerächt hätte.

Und nun fragen wir, ist das nicht die reine politische Kinderstube?

Die Erste Kammer hat heute die Gemeinde- und Städteordnung angenommen, nachdem die Zweite Kammer einige Verschlechterungen der Ersten akzeptiert, aber in der entscheidenden Frage der Sechstelung die Vorlage wiederhergestellt hatte. Hinter dieser Vorlage stand geschlossen nicht nur die Zweite Kammer, sondern auch die Regierung und, wie die Erklärung des Prinzen zeigt, auch die Krone. Daß der Widerstand der Ersten Kammer da nicht von Dauer sein konnte, hätten auch anglische Gemüter einsehen können. Aber selbst davon noch abgesehen, was hat die Abstimmung über das Budget mit der Gemeindeordnung zu tun, da aus einer Ablehnung des Budgets durch die sozialdemokratische Minorität dem Minister gar keine Schwierigkeiten hätten erwachsen können? Und wenn ein Votum der Ersten Kammer allein genügt, einen Minister zu stürzen, ist dann eine solche Verfassung wirklich selbst vom opportunistischen Standpunkte das Opfer wert, das die badischen Parlamentarier gebracht haben? Und selbst wenn Herr von Bodman gestürzt wäre, in der zweiten Kammer herrscht doch die berühmte Großblodmajorität, die jede Reaktion unmöglich machen sollte. Nein, selbst vom opportunistischen Standpunkte aus wird man vergeblich zureichende Gründe für die Haltung der Fraktion suchen.

Und so bleibt die Tatsache in ihrer ganzen unheilvollen Tragweite bestehen: Die Fraktion des badischen Landtages hat die verantwortungsvolle Aufgabe, die Interessen der Sozialdemokratie an hervorragender Stelle zu vertreten, nicht erfüllt. Sie hat aus Erwägungen gehandelt, die mit dem proletarischen Klasseninteresse nichts zu tun haben und von der deutschen Arbeiterklasse nicht verstanden werden. Sie hat diese Erwägungen über das Gesamtinteresse der Partei gestellt und dadurch der politischen Vertretung der Arbeiterklasse schweren Schaden zugefügt. Wenn irgend etwas die Notwendigkeit demokratischer Selbstregierung innerhalb der Partei beweist, wenn etwas dem deutschen Proletariat zeigen kann, wie wichtig die Aufrechterhaltung der Parteitagsbeschlüsse ist, so sind es die Vorfälle in der badischen Kammer. Nochmals sprechen wir die Hoffnung aus, daß die badische Sozialdemokratie der Gesamtpartei ihre schwere und unangenehme Aufgabe erleichtern wird, indem sie nicht partikularistischen Erwägungen Raum gibt, sondern über alle lokalen Bedenken und persönlichen Stimmungen hinweg nur eines sich vor Augen hält: das Gesamtinteresse der deutschen Sozialdemokratie und die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung. Das war die Richtschnur, die vor zwei Jahren einen großen Teil der württembergischen Parteigenossen in der Kritik der Haltung ihrer Fraktion geleitet hat und dieselbe Richtschnur war maßgebend, als die österreichischen Parteigenossen das Verhalten ihres Vizepräsidenten Bernerstorfer nicht akzeptierten. Es war nicht einer der geringsten Verdienste, die sich Bernerstorfer um die Partei erworben hat, als er der Stimmung des Parteitages mit den Worten Rechnung trug, da diese Vorfälle bei der Masse der Parteigenossen Anstoß erregt hätten, würden sie nicht wieder vorkommen. Wir wissen, daß, wenn wir gleiches von den badischen Genossen fordern, wir etwas verlangen, das zu erfüllen ihnen leider heute nicht ganz leicht fällt. Aber das Interesse der Gesamtpartei sollte die Erfüllung dieser Forderung zur gebieterischen Pflicht machen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Juli 1910.

### Die Gemeinde- und Städteordnung in Baden.

Die Erste Kammer hat heute das Gesetz über die Gemeindeordnung angenommen. Die Zweite Kammer hat, obgleich sie in

die ihm die Tätigkeit in der industriellen Basis bringt. Der Fabrikarbeiter des Ostens bildet gedanklich eine Einheit mit seiner Maschine; sein Berufsstolz und die Freude an seinem Tageswerk sind Imponderabilien, die dem Unternehmer wohl zu Buch schlagen. Beides ist bei dem Arbeiter des Ostens, und bei dem japanischen im besonderen, nicht sonderlich hoch entwickelt. Schlechte Funktion der Maschinen und der Werkzeuge, Mängeln der Arbeit, Verhinderung an gleichmäßiger Fortarbeit können bei ihm nur Gefühle des Mißmutes gebären. Für die paar Groschen Lohn sich auch noch ärgern, betrüben und uneigennützig zu sein, fühlt er sich nicht veranlaßt. Der Hundelohn kann ihn nicht anspornen, seine vom Alter geheiligten und Fleisch und Blut gewordenen Eigenschaften durch andere, der Industrie und dem Unternehmerprofit vorteilhaftere zu ersetzen.

### Charakterzüge der asiatischen Arbeiter.

Der asiatische Arbeiter kann einer kontinuierlichen Tätigkeit nun einmal keinen Geschmack abgewinnen. Er, der Bauer von gestern, haßt die Maschine, die ihn zwingen will, mit ihr gleichen Takt zu halten. Gemisch hatte er dabei auf der Scholle auch schwer zu fangen. Ein Dorado des Mühlenganges war der Bauern auch nicht. Aber die Natur der Feldarbeit brachte längere oder kürzere Pausen; sie gab Zeit und Gelegenheit, ein Schälchen Tee zu trinken, ein Pfeifchen zu rauchen, einen Plausch mit dem Nachbar zu machen, und immer war es ihm möglich, seinen Neigungen als Bewunderer der Natur nachzugeben; auch fühlte er sich Herr in der Bestimmung der Länge seiner Arbeitszeit und des Aufwandes seiner Arbeitskraft. Alle diese kleinen Annehmlichkeiten will ihm nun die Fabrik nehmen, ohne dafür einen Ersatz zu geben. Was Wunder, wenn er sie bis in die tiefsten Schichten seiner Seele haßt, und in und mit ihr heiß um seine Privilegien, die ein hohes Alter heiligt, kämpft.

In der Stille seiner neuen Tätigkeit fehlt er die liebgehabten Gewohnheiten fort. Gegen die Länge des Arbeitstages hat er weniger einzuwenden, vorausgesetzt, daß er nicht zu intensiver und ununterbrochener Tätigkeit gezwungen wird. Der japanische Arbeiter, der Mann der Landwirtschaft, der Arbeiter der Städte — ist eher tätig als fleißig, eher geduldig als energisch. Er erfüllt ohne zu seufzen sein Tageswerk, das unmittelbar notwendig ist, ihm seinen Lebensunterhalt für den Tag zu verschaffen. Hat er das Notwendige, denkt er nicht daran, für Ueberflüssiges zu sorgen. Niemals sieht man ihn wegen eines in Aussicht stehenden großen Vorteils sich sehr anstrengen, niemals, daß er sich beile-

## Industrie und Arbeiter in Japan.

Von Chagrin.

III.

### Numerische Stärke der Industrien. — Die Arbeitslöhne.

Im Jahre 1906 waren in der Industrie Japans Personen beschäftigt:

Industrien	Männer	Frauen	Zusammen
Textil	85 447	289 600	375 047
Maschinen und Eisen	67 299	1 678	68 977
Chemie	88 731	28 977	117 708
Nahrungsmittel	28 275	20 985	49 260
Minen	194 157	?	194 157
Diverse	83 192	82 998	166 190
Summa	487 101	889 288	1 376 389

In den Staatsbetrieben sind 129 321 Personen beschäftigt. Ob diese in der obigen Aufstellung mit enthalten sind, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Der japanische Statistiker scheint Uebersichtlichkeit nicht für eine Notwendigkeit zu halten.

Die Lohnstatistik kann schwerlich mangelhafter sein. Für manche Berufsgruppen gibt sie nur das Maximum und das Minimum der Lohnraten an, ohne zu sagen, wieviel Leute das eine, wieviel das andere erhalten. Einmal sind mehrfach Durchschnittslöhne angeführt, während andererseits ganze Branchen übergangen wurden. Wenn für die konfuseste Statistik ein Preis ausgesetzt würde, der in der japanischen Lohnstatistik würde ihn tödlicher erhalten. Mangel eines Besseren muß das verwandt werden, was vorliegt.

Die Löhne sind im letzten Jahrzehnt durchgehends, zum Teil um 100 Proz., gestiegen. Aber das hat bezüglich wenig zu bedeuten. Noch schneller sind die Lebensmittelpreise gestiegen. Entbehren die Arbeiter nicht alle Berechtigung, so ist ihr Reallohn heute eher niedriger als vor einem Jahrzehnt. Seit dem letzten Kriege besonders sind die Kosten des Lebensunterhaltes und die Steuern rapid himmelwärts geschneit.

Die hier angegebenen Lohnraten sind wohl durch die Bank maximal. Nach meinen persönlichen Erfahrungen ist das effektive Lohnvermögen niedriger. Dann werden von dieser Statistik nur die qualifizierten, die gelehrten Arbeiter erzählt. Was die zahlreiche Schicht der Tagelöhner der Industrie, die Auliz, erhalten, kann man nur ahnen.

### Im Jahre 1906 betrug der Durchschnittslohn pro Tag für

	Marck		Marck
Weber	0,84	Wauer (Salz) monatlich	23,08
Weberinnen	0,42	Tabalarbeiter	1,08
Schneider	1,18	Tabalarbeiterinnen	0,84
Schuhmacher	1,16	Schreibeher	1,60
Seidenpinnerinnen	0,48	(Frauen)	0,50
Zimmerleute	1,30	Drucker (Zeitung, Buch)	0,60-0,78
Rauerer	1,64	(Frauen)	0,50
Dachdecker	1,40	Papiermacher	0,70
Schiffbauer	1,40	Schreibeher	0,90
Schmiede	1,14	Minenarbeiter	0,54-2,22 (?)
Wäbelschreiner	1,18	(Frauen)	0,22-1,10 (?)
Goldschmiede	1,06		

Diese Löhne verstehen sich für einen Arbeitstag von zehn bis zwölf Stunden. Für die große Masse der Fabrikarbeiter besteht der Zwölfstundentag. Gibt es einige an Zahl schwache Berufsgruppen, die sich des Achtstundentages erfreuen, so haben auch andererseits viele dreizehn und vierzehn Stunden und noch mehr zu schenken. In der Textilindustrie und auch in anderen Branchen ist das Zwölfstundentag in Kraft. Ehepaaren gibt dort praktisch nicht. Während die eine Hälfte den Inhalt des Reisnapfes verschlingt, hat die andere neben ihren eigenen auch noch die ohne Aufsicht gelassenen Maschinen zu bedienen.

### Folgen der niedrigen Löhne.

Die schlechtest bezahlte Arbeit ist die teuerste! Diese Fiktionswahrheit ist in Japan noch wahrer als anderswo. Die niedrigen Löhne lassen die Anschaffung moderner Maschinen nicht dringend erscheinen, noch heißen sie Menschenarbeit (parende Erfindungen) auf allgemeiner Basis fruchtbarisieren. Andererseits aber wird es durch mangelhafte Ausnutzung technischer Fortschritte, durch weitere Verhinderung handwerksmäßiger Produktionsmethoden schwer, wenn nicht gerade unmöglich, erdte, gleichmäßig gearbeitete Produkte herzustellen, noch kann sich die Erzeugung von Fabrikaten einbüßern, für die Präzision erste Bedingung ist.

Aber noch eminent größere Schäden zeitigen die niedrigen Löhne noch in anderer Richtung. Das geringe Einkommen kann den Industriearbeiter nicht zu fleißiger, guter, Zeit und Material sparernder Arbeit reizen. Auch kann es nicht sein Interesse fürs Geschäft, noch die Liebe für den Beruf, noch das Streben nach Erhaltung des Arbeitsplatzes fördern. Der Bauer von gestern hält die paar Yen, die er am Tagtag erhält, für ein viel zu geringes Äquivalent für die Einbuße an frischer Luft, Licht und Freiheit.

ihren Beschlüssen außerordentlich bescheiden war und die erst geforderte direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte hätte fallen lassen, noch recht viel Wasser in ihren Wein schütten müssen, um das Geseh überhaupt zustande zu bringen. Denn die Erste Kammer — das badische Herrenhaus — hat sehr wesentliche Verschlechterungen in die von der Zweiten Kammer gebilligte Fassung hineingebracht. Nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer sollte jeder Steuerzahler das aktive und passive Wahlrecht haben. Die Erste Kammer hat diese Bestimmung gestrichen und hat den Besitz des Wahlrechts und der Wählbarkeit von dem Besitz einer eigenen Lebensstellung nach dem jetzt geltenden Geseh abhängig gemacht. Danach bleiben alle Unberufenen, die keinen eigenen Hausstand haben oder keine 20 M. direkte Staatsrenten beziehen, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das Geseh ist also in dieser Beziehung schlechter als das preussische, das einen selbständigen Haushalt schon bei denen annimmt, die möbliert wohnen oder ein Logis gegen Bezahlung inne haben. Desgleichen hat die Erste Kammer die vierjährige Wahlperiode abgelehnt, so daß es auch hier beim alten (6 Jahre) bleibt, und hat den obigen Grundherren die ihnen in der Zweiten Kammer gestrichene Polizeigewalt wieder eingeräumt. Weiter hat sie die Bestimmung, nach der der Stadtrat verpflichtet ist, die Beschlüsse des Bürgerausschusses dann durchzuführen, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit gefaßt sind, gänzlich gestrichen. Alle diese Verschlechterungen haben die Mitglieder der Zweiten Kammer, zum Teil mit besonderem Vergnügen geschickt, weil mancher von den Reaktionsären von vornherein in der stillen Hoffnung, daß die Erste Kammer die „zu weitgehenden“ Beschlüsse schon ablehnen würde, für dieselben gestimmt hatte.

Die weitere Verschlechterung der Ersten Kammer, anstatt der beschlossenen Sechstelung die jetzt für die Gemeinden mit über 4000 Einwohnern bestehende Zwölftelung und für die kleineren Gemeinden zwischen 1000 und 4000 Einwohnern bestehende Reunteilung bei der Massenbildung aufrechtzuerhalten, hat die Zweite Kammer jedoch abgelehnt. Und das Herrenhaus hat sich gefügt und hat am Freitag gegen 10 Stimmen der Sechstelung schließlich die Zustimmung gegeben. Wenn die Zweite Kammer es darauf ankommen ließ, hätte nach der Verfassung eine Durchzählung stattfinden müssen. Und da nun die Zweite Kammer 73, die Erste aber nur 82 Mitglieder zählt, so hätte die letztere immer unterliegen müssen. Hieraus ergibt sich aber auch, wie wenig es der Mehrheit der Zweiten Kammer mit ihren fortschrittlichen Beschlüssen ernst gewesen ist, denn sie hätte der Ersten Kammer gegenüber bei einiger Geschlossenheit alle ihre Beschlüsse durchdrücken können.

Der Unterschied gegenüber der preussischen Dreiklassenenteilung besteht darin, daß die erste Klasse immer ein Sechstel, die zweite Klasse zwei Sechstel und die dritte Klasse die übrigen drei Sechstel der Wählerzahl umfaßt. Einen Fortschritt bedeutet auch die Einführung des Proportionalwahlverfahrens. — Der Versuch unserer Genossen, das Stimmrecht für die Frauen einzuführen, scheiterte an dem Widerspruch der Regierung und der Gegner der bürgerlichen Parteien. Denn außer der fortschrittlichen Volkspartei stimmten nur drei nationalliberale Abgeordnete für den von unseren Genossen gestellten Antrag. Alles in allem genommen, dürfte das neue Geseh und eine, wenn auch bescheidene Vermehrung unserer Sitze in den Gemeindevertretungen überhaupt, besonders aber in den städtischen Körperschaften, bringen.

### Die letzte Sitzung der zweiten badischen Kammer.

Karlsruhe, 15. Juli. (Privatbesprechung des „Vorwärts“.) Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Sozialdemokraten, den immer noch arbeitslos werdenden Tabakarbeitern Reichsunterstützung zu erwirken, eventuell aus badischen Staatsmitteln Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Die Regierung erklärte, daß sie dies beim Reichsfiskus vergebens versucht habe und auch nicht aus badischen Staatsmitteln weitere Unterstützung gewähren wolle. Somit hört vom 1. April an jede Unterstützung der Tabakarbeiter auf. Den Antrag der Sozialdemokraten, dem Stat 1910/1911 zum Zwecke der Arbeitslosenfürsorge 100 000 M. einzuberleihen, erklärte der Minister Bodman, der ihn schon in der Kommission ablehnte, für unannehmbar, da gestern das Finanzgeseh angenommen wurde. Gegenüber einem abgeänderten, gegen das Zentrum angenommenen Antrag, diese Summe dem nächsten Landtagsbetriebe einzuberleihen, schloß sich der Minister aus.

Es kam dann die Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitsnachweise und die Unterdrückung der barbarischen Unternehmernachweise in Mannheim zur Verhandlung. Die Regierung und der nationalliberale Redner verteidigten die Unternehmerpraktiken und erklärten sich nur bereit zu

eine Arbeit zu vollenden, um zu einer anderen übergehen zu können. Ersetzt ein in eine Werkstatt: man raucht, man lacht, man plaudert; von Zeit zu Zeit wird ein Hammerstreich getan, ein Arbeitsstück gehoben, dann wird diskutiert, und dann wird wieder von vorn angefangen. Der Tag neigt sich zu Ende; endlich klingelt Feierabend, und somit der Tag wieder vorbei. Man hat immer einen Vorwand zu feiern: die Hitze, die Kälte, den Regen und besonders die Feste. Was hier Rousseau (in „Le Japon de nos Jours“) vor Jahrzehnten geschrieben hat, habe ich selbst noch vor einiger Zeit in zahlreichen Fabriken bestätigt gefunden.

Als ich die ausgebreiteten Werkstätten der Eisenwerke in Ofasa besuchte, sah ich zuweilen eine ganze Mannschaft plaudernd und rauchend auf dem Boden hocken. Der mich begleitende (höhere) Beamte genierte sie nicht im geringsten. In den Spinnereien liegen die Mädchen Reistopf und Maschine in Stille, um mir auf den Gang durch die Säle Gesellschaft zu leisten. Noch lebhaft erinnere ich mich der Arbeitsweise meiner Berufsverwandten im Nordwesten Tokios. Das schwache Dupend fast ganz nackter Mechanikergesellen arbeiteten so dröckig, daß man ihnen stundenlang hätte zusehen können. Nachdem sie das Arbeitsstück gedrückt betrachteten und das, was es von ihnen forderte, hinrutzeln ließen, begannen sie zu seilen und zu wecheln, das es eine heile Freude war. Aber nicht lange. Dann machten sie eine Raß. Das Pfeifen wurde gestoppt, die trodrene Aehle mit dem Inhaale des immer bereiten Teeländchens benetzt und mit dem Schtaufstodnachbar, wie mir es schien, das Fortschreiten der Arbeit besprochen.

Das „Singe, wenn Gesang gegeben“, muß in Japan gedichtet worden sein. Ob nun Dulis auf der Straße Bahnstienen unterteilen, oder die Typographen ihre Lettern zusammensuchen, oder die Frauen Lumpen fortieren, überall wird ein kräftiger Gesang gelehrt. Es kommt dem japanischen Arbeiter kaum in den Sinn, seine Maschine zu reinigen oder für ihren geregelten Gang zu sorgen. Nicht sie entzwei oder geht sie nicht mehr, um so besser für ihn. Wenn sich der Blick des Aufsehers von ihm wendet, glaubt er den günstigsten Moment für eine Raß gekommen. Doch eine Maschine oder sonstige Arbeit wartet. Iann die Ruhe über alles Liebende nicht belasten. Ist das höflich knatternde Ding von einer Maschine nährtlich genug, sich in seine einzelnen Teile oder in Arome aufzulösen, so beginnt stille Freude aus den sonst ziemlich mürrisch dreinschauenden Augen zu leuchten. Endlich wieder einmal eine Gelegenheit, Generalrast zu halten. Reklamationen kommt er entgegen mit seinem für alle Zwischenfälle des Lebens probatem: *Shitata ga nai!* (Nichts zu machen.) Sollte der Fabrikant kein volles Verständnis für die auch reifstehende Kraft dieser Er-

folgenden von der Kammer einstimmig gutgeheißenen Grundfäden: 1. Förderung der vorläufigen Arbeitsnachweise nach Möglichkeit; 2. schärfere Kontrolle der einseitigen Arbeitsnachweise auf Grund des neuen Stellenvermittlungsgesehs. Die Regierung verzweilte nicht einmal grundsätzlich die schwarzen Listen und sie und die Kammermehrheit lehnten den sozialdemokratischen Antrag ab, der das Verbot von Neugründungen einseitigen Interessen-Arbeitsnachweise verlangte. Die Genossen Sühling und Reher wiesen darauf hin, daß eine derartige ungenügende Sicherheit gegen die Ausbeutung der Scharfmacher, bei der jetzt in Mannheim herrschenden Wörung die Arbeiterkraft zu Gewalttätigkeiten verleiten könnte, für die wir keine Verantwortung übernehmen. Als letzter Punkt stand die Förderung der Sozialdemokraten auf der Tagesordnung: Ausbau der Gewerbeinspektion durch Einstellung hinderlicher Hilfskräfte aus Arbeiterkreisen. Ohne jede Debatte und ohne jede Erklärung der Regierung wurde diese Forderung einstimmig angenommen, dagegen mit geringer Mehrheit der weitere sozialdemokratische Antrag, Baukontrollen aus Arbeiterkreisen mit dem Vorschlagsrecht aus Arbeiterkreisen zur amtlichen Ueberwachung der Bauten anzustellen, abgelehnt. Gegen diese Forderung hatte sich die Regierung in der Kommission ausgesprochen. Im Plenum schloß sie. Bei der Wahl zum Landständischen Ausschuss wurden die Genossen Geis und Sed in den Ausschuss gewählt.

Morgen ist der feierliche Schluß des Landtags durch den Staatsminister, an dem sich die Sozialdemokraten zum ersten Male beteiligen werden.

### Was sich Studenten alles gefallen lassen müssen.

Die freie Studentenschaft der Universität Siegen wollte in diesem Sommersemester öffentliche akademische Versammlungen abhalten, in denen namhafte Politiker aller Parteien die Programme ihrer Parteien entwickeln sollten. Das Rektorat verbot indessen diese Versammlungen, worauf drei Studenten in ihrem Namen zu diesen öffentlichen Versammlungen einluden. Die drei Einberufer dieser Versammlungen wurden nun vom Rektorat bestraft, einer mit Relegation für zwei Semester, einer zur dauernden Relegation, und der dritte mit einer Verwarnung. Um die Abhaltung der weiteren Vorträge zu ermöglichen, übernahm ein hiesiger Rechtsanwalt, der auch noch als Student immatrikuliert ist, die Einberufung der weiteren Vorträge.

Dieser Rektor, der so drakonisch jede politische Ausflärung zu verhindern sucht, ist sicher irgend eine nationalliberale Reuchte.

### Eine verpuffte Staatsaktion.

In nicht weniger als vier Fällen war in letzter Zeit das Strafverfahren gegen den verantwortlichen Reballeur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Genossen Hermann Dreeson, eingeleitet worden wegen der Bezeichnung von Unteroffizieren der Armee und Marine mit dem Namen „Stellvertreter Gottes“. Zwar ist dieser Ausdruck schon vor vielen Jahren im Reichstage durch den Zentrumsabgeordneten Dingens geprägt worden und seitdem unbeantwundet durch die Presse gegangen, aber jetzt sah darin die Staatsanwaltschaft oder vielleicht eine höhere militärische Stelle eine Beleidigung des Unteroffiziersstandes. Daß die Veranlassung zur Strafverfolgung von einer höheren militärischen Stelle ausging, dafür spricht die Tatsache, daß in den vier verschiedenen Fällen der Strafantrag von drei verschiedenen Seiten kam. In zwei Fällen hatte das Marinekommando der Offizier, in einem das Generalkommando des 6. Armeekorps und im letzten Falle der sächsische Kriegsminister den Antrag auf Strafverfolgung gestellt. Die ganze Aktion ist jedoch verpufft. Im ersten Falle wurde das Verfahren eingestellt, im zweiten Falle erfolgte Freisprechung, im dritten eine Verurteilung zu 60 M. Geldstrafe, weil die Bezeichnung mit einer höhnißlichen Wendung auf einen bestimmten Unteroffizier angewandt war, im letzten Falle, der am Dienstag vor dem Landgericht in Kiel abgeurteilt wurde, kam es wieder zur Freisprechung. Dieser Anklage lag ein Kriegsgerichtsbericht zugrunde über eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Dresden. Das Gericht hatte einen Widersproh der Marine, der auf seinem Reichsurlaub in diese in stark angegriffenen Zustand mit einem Segelanten in Konflikt geriet, zu der grausam hohen Strafe von drei Jahren zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In dem Berichte kamen die Sätze vor: „Doch mühte dieses todeswürdige Verbrechen gegen die geheiligte Person eines Stellvertreter Gottes blutig geraden werden“ und „Wenig Soldaten dürfte da ein Stellvertreter Gottes erst zu Krüppeln fähigen und zum Selbstmord getriebenen haben, um eine solche Strafe zu bekommen?“ Der sächsische Kriegsminister stellte Strafantrag, weil durch die Bezeichnung „Stellvertreter Gottes“ sämtliche Unteroffiziere der sächsischen Armee beleidigt seien. Das Gericht sprach aber den Angeklagten frei mit der Begründung, daß der Ausdruck sich gegen die Institution richte und scharfe und giftige (?) Kritik an dem System übe, aber keine Beleidigung der Unteroffiziere enthalte.

widerung haben, so steht ihm frei, zu tun, was ihm beliebt. Er kann den über das Mißgeschick gleichgültig schmunzelnden Arbeiter entlassen, er wird sich keinen Feind machen. Aber er kann mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß er mit einem anderen um seinen Deut besser daran ist. Uebrigens wissen das die Fabrikanten auch sehr gut. Sie versuchen, dem Uebel auf andere Weise zu steuern.

Der Japaner liebt seine Göttin Natur, er betet sie an. Sie zieht ihn um so mehr an, wenn er in die schwüle Atmosphäre der Fabrik gepreßt ist. Die Liebe zu ihr kennt keine Schranken. Inmitten der Arbeit überkommt den kleinen braunen Mann ein Drang, dem er nicht zu widerstehen vermag. Er nimmt das Teeländchen und den Reistopf und steuert mit leichtem Herzen und großen Hoffnungen hinaus. Die garstige Erinnerung an Fabrikstaub, Delgestank und Maschinengetöse sucht er zu vergehen am weichen Dufte der Natur. Besonders nach dem Jagtag bietet sich beste Gelegenheit zur Befriedigung der Leidenschaft. Einmal oder zweimal im Monat winkt dieser günstige Moment.

In einer Fabrik in Ofasa traf ich viele Arbeitsplätze leer. Der Beamte, darüber befragt, sagte: Nach jedem Jagtag lieben die Leute einen Waiuen zu machen. Weiter hat es Geld gegeben und heute ist die Hälfte der Leute nicht da. Sie kommen wahrscheinlich auch morgen noch nicht. Vielleicht kommen sie aber übermorgen, aber nicht um gleich zu arbeiten, sondern um sich erst gegenseitig lang und breit zu erzählen, wie lustig es die paar Tage gemessen sei. Ja, läßt die Fabrikleitung das geschehen?, fragte ich. Sie muß es, ob sie will oder nicht. Wenn wir nicht unsere Arbeit allein machen wollen, müssen wir ein oder eigentlich beide Augen zudrücken. Eine Bestrafung kann den Auszug der ganzen Gesellschaft bringen.

Mit Geld imbeutel scheint es für den japanischen Arbeiter schwer, den Weg zur Fabrik zu finden. Ueber den Verlust des Lohnes grämt er sich nicht sonderlich. Viel braucht er ja nicht. Wenn er nur so viel hat, sich Reis kaufen zu können, läßt sein Arbeitseifer nach. Freilich: auch wenn sein Sinn auf das Schätzesammeln stünde, hätte es keinen großen Wert, denn von den paar Yen, die er erhält, kann nichts für die Sparbank erübrigt werden.

Jene kindliche Freude an der Natur macht nun zwar dem japanischen Arbeiter alle Ehre. Nur hat der um die Größe der japanischen Industrie und um seinen Profit besorgte Unternehmer nicht das richtige Verständnis dafür. Es wird deshalb allerlei versucht, dem Arbeiter das Blaumachen abzugewöhnen und seinen Sparsinn, Arbeitseifer und Verstand zu fördern. Es werden für ununterbrochene Arbeit oder langes Aushalten in einer Stellung

### Nationalliberale Sammelpolitik.

Die kommenden Reichstagswahlen beginnen schon in einigen Wahlkreisen des Industriebezirks ihre Schattens vorauszuwerfen. Besonders ist es der Wahlkreis Hagen, in dem sich die Parteikonstellationen zu klären beginnen. In dem alten sächsischen Wahlkreis hat die Sozialdemokratie bei der letzten Wahl 17 577 Stimmen (Stichwahl 20 670) erhalten, während auf den freisinnigen Bürgermeister Cuno als gemeinsamer Kandidat der Nationalliberalen und Freisinnigen 18 032 Stimmen entfielen und das Zentrum 6844, die Christlich-Sozialen 1682 Stimmen zählten. In der Stichwahl siegte Cuno mit 22 807 Stimmen. Durch verschiedene Vorkommnisse hat sich Dr. Cuno nun in Hagen politisch abgewirtschaftet und wird jedenfalls nicht mehr als Kandidat aufgestellt werden. Die Part der Kreis durch die Sozialdemokratie gefährdet ist, geht aus ihrem stetigen gleichmäßigen Wachstum hervor. Die Nationalliberalen sind deshalb mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Sammelkandidatur für alle Parteien hervorzugetreten und haben zunächst die Freisinnigen dafür zu gewinnen gesucht. Es hat deshalb ein zwei Monat sich hingehender Briefwechsel zwischen den beiden Parteibüros stattgefunden und die „N.N.Z.“ schreibt darüber, daß „Einem der Menschheit ganzer Jammer erfassen müße, wenn man diesen Briefwechsel verfolgt habe.“ Die Freisinnigen lehnten aber das Anerbieten der Nationalliberalen ab. Nun beschäftigen die Nationalliberalen mit den übrigen Parteien einen Kompromißkandidaten aufzustellen, der aus den Kreisen der Industrie und des Handels entstamme. Auf diesen Kandidaten würden dann, unter Zugrundelegung der Verhältnisse von 1907, 12 412 Stimmen entfallen und die Freisinnigen würden dann mit 10 572 Stimmen, die sie bei der Wahl 1906 erhielten, völlig ausgeschaltet sein. Die „N.N.Z.“ rechnet denn damit, daß die Freisinnigen den Sozialdemokraten wählen, und daß — „künftighin auch von Hagen-Schwelm ein Wässerlein in die rote Blut fließen wird.“ Sie kann recht haben.

### Ueber die schlimmen Wirkungen der Reichsfinanzreform,

besonders auf die Tabakindustrie wird in dem Jahresbericht der Posener Handelskammer a. a. geschrieben:

„Das Ergebnis des Jahres 1909 gab zu Klagen Anlaß in den Brauereien, Zigarren- und Zigarettenfabriken, die durch die Reichsfinanzreform stark belastet wurden. Nach einer kurzen Blüte des Geschäfts vor dem Inkrafttreten der neuen Steuergeese, während der sich das Bestreben der Abnehmer, sich noch zu den bisherigen Preisen mit Ware zu versorgen, trat nachher besonders in der Zigarettenindustrie eine völlige Stagnation ein. Es ist zwar verfrüht, schon jetzt ein Urteil darüber abzugeben, welche Tragweite die neuen Steuerbelastungen für die betroffenen Industriezweige auf die Dauer haben werden, soviel ist aber gewiß, daß die Steuern diese Industrien einstweilen in ihrer Entwicklung hemmen, weil die Belastungen, welche ihnen auferlegt sind und welche sie um ihrer Existenz willen abwälzen müssen, Erhöhungen der Preise ihrer Fabrikate bedingen. Die in Betracht kommenden Industriezweige können berechtigterweise erwarten, daß sie nunmehr vor weiteren Steuerprojekten und Steuergeese bewahrt werden.“

Die Zigarettenindustrie in der Provinz Posen befindet sich zum Teil auch in den Händen polnischer Fabrikanten, welche mit Vorliebe ihre Anlagen in kleinen Landstädten errichten haben, da sie dort billige und unorganisierte polnische Arbeitskräfte, meistens weibliche zur Verfügung haben, die ganz miserable Löhne beziehen. Nach den Feststellungen der Tabakberufsgenossenschaft für 1908 betrug der Jahresdurchschnittsverdienst pro Arbeiter nur 459,27 M. Die polnische Reichstagsfraktion achtete bei der Reichsfinanzreform darauf nicht, daß die elende Lage dieser polnischen Tabakarbeiter infolge der weiteren Steuerbelastung des Tabaks sich verschlimmern wird, es kam ihr nur darauf an, die 602 polnischen Großgrundbesitzer in der Provinz Posen vor der Erbschaftsteuer zu schützen und den polnischen adeligen Fabelbreunern die Branntweinliebesgabe erhalten zu können.

### Kendisches Berichtet die Handelskammer Schweidnitz aus Niederschlesien:

„Kamentlich in der Zudwarenfabrikation haben sich die Verhältnisse überaus verschlechtert, da neue Aufträge sehr schwer zu erreichen sind. Kunden, die früher 10 bis 20 Kisten oder auch ganze Ladungen kauften, beziehen jetzt eine, höchstens zwei Kisten. Bei dem hohen Steuerlage von 150 M. für die Kiste wird die Anschaffung von Lagerbeständen vermieden und nur von Woche zu Woche gekauft, um nicht viel Geld in die Ware zu stecken. Es haben sehr viele Arbeiterentlassungen stattgefunden und statt an sechs wieb nur an drei bis vier Tagen in der Woche gearbeitet. Auch hinsichtlich des Destillationsgewerbes haben sich die Verhältnisse voll und ganz erfüllt. Der Bedarf ging weiter zurück, trotzdem die Versorgung der Gastwirte aufgebraucht ist. Als hauptsächlichste Ursache hierfür gilt die erhöhte Branntweinsteuer, doch kommen auch weiter in Betracht die Abstinenzbewegung und der Branntweinbottast.“

Die Urheber des Verbrochens dieser Finanzreform, die den reichen Agrariern Millionen an Liebesgaben einträgt und über die Arbeiter Not und Beschäftigungslosigkeit verhängt hat, werden der Strafe nicht entgehen. Für sie wird der Wahltag zum Jagtag werden

progressiv steigende Prämien ausgeföhrt; es werden von Fabrikpacten den Arbeitern hohe Induzaten, zuweilen 8 Proz., für ihre Einlagen gezahlt; man verläßt es mit der Einbehaltung eines Teiles des Lohnes; in vielen Fabriken werden die Leute in Baracken einlogiert und dürfen nur zu bestimmter Zeit mit Erlaubnis ausgehen, oder es wird aus dem Fabrikladen schließlich auf Woz gegeben, um die Arbeiter durch Schulden zu fesseln. Alle diese Maßnahmen sind umsonst. Die Klagen über die Untugenden der Arbeiter wollen nicht aufhören. Dort, wo sie nachgeprüft werden können, muß das in der industriellen Welt des Okzidents geschärfte Gewissen ihnen beistimmen. So beträgt in einigen der größten Establishments der Textil- und Minenindustrie die Fluktuation der Arbeiter vierzig bis fünfzig Prozent.

Es versteht sich, daß alle jene Mittel, die angewandt werden, dem Arbeiter seine intensiver Fabrikarbeit entgegenstehenden Gewohnheiten, Leidenschaften und Sitten, oder wenn man will, seine Untugenden und Laster, abzugewöhnen, vorderhand scheitern müssen, weil eben in kurzer Zeit aus einer asiatischen Quarenschaft ein fleißiger, berufstolzer und beständiger Arbeiterstamm nicht zu ergeben ist. Vor allem aber können die Arbeiter nixends einen Vorteil sehen, der sie zu einer Verringerung ihrer Gewohnheiten reizen könnte. Das beste Mittel, das sie anspornen könnte, dem europäischen Industriearbeiter nachzuahmen, wäre ein guter Lohn. Die Wirksamkeit dieses Mittels ist beispielweise in Amerika sehr gut zu beobachten. Der gut bezahlte amerikanische Arbeiter läßt hundertmal seltener an seiner Stelle als der schlecht bezahlte „Gum“ oder „Dago“ (Slave oder Italiener). Wird aber der Lohn höher, steigt er über die Rate, die der simple Sohn Italiens oder der Pusta zum Leben für notwendig hält, so entwickelt sich sein Sparsinn, seine Arbeitslust und der Widerwille gegen Arbeitsverräumnis, während er daheim einem „Waiuen“ nicht sonderlich abgeneigt war.

Der nämliche Vorgang ist bei den japanischen Arbeitern selbst zu beobachten. Sobald sie durch das Hintertor des Anteil Sam geschlüpft sind steigt ihr Arbeitseifer und ihre Sparfameit merklich schnell — zum größten Verdrub ihrer amerikanischen Klassenengenossen. Selbst wenn sie noch weit weniger als die Hälfte des Lohnes der amerikanischen Arbeiter erhalten — was immer noch vier- bis sechsmal mehr ist als daheim — bekommt Arbeitslust und Sparfameit eine vorher ungekannte Intensität. In Japan würde sich auch ohne Zweifel mit einer besseren Bezahlung der Arbeiter das Streben nach Erhaltung des Arbeitsplatzes und die Sparlust einstellen. Aber von höheren Löhnen wollen die japanischen Unternehmer absolut nichts wissen.

### Private Hilfe gegen Soldatenshinderer.

Da Regierung und Militärbehörden sich zum Teil abgeneigt, zum Teil aber gänzlich unfähig erwiesen haben, die ständigen Soldatenshinderer einzuschränken und noch weniger sie zu beseitigen, soll jetzt private Hilfe in Anspruch genommen werden. Wie gemeldet wird, ist die Gründung einer Zentralfstelle zur Bekämpfung der Missethätigkeiten in der Armee und Marine in Aussicht genommen. Die Zentralfstelle will ihren Zweck erreichen durch folgende Maßnahmen:

1. Sammlung kriegsgerichtlich ergangener Urteile im Gebiete des Deutschen Reiches und der Kolonien, die wegen Mißhandlung ergangen sind. 2. Herausgabe eines Jahrbuches, in dem alle diese Urteile und Aufsätze aus der Feder hervorragender Fachleute auf militärischem, juristischem und pädagogischem Gebiete veröffentlicht werden. 3. Gründung von Zweiggruppen, zunächst in allen Provinzial-, Regierungs-, Hauptstädten, die ihrerseits sammelnd, belehrend zu wirken haben. 4. Abhaltung von Vorträgen. Nachrichtendienst an die Presse. Mitteilung von Auskünften an alle Angehörigen des Deutschen Reiches.

Die Zentralfstelle verfolgt den Zweck, hierdurch die nachdrückliche Bekämpfung jeder, auch der kleinsten Mißhandlung in der Armee und Marine zu organisieren.

### Finland.

#### Zur Lage.

Aus Helsingfors wird uns geschrieben: Der letzte Akt der gesetzgeberischen Farce, die Finnlands Autonomie vernichten soll, ist jetzt zu Ende. In diesen Tagen hat Zar Nikolaus seinen Namen unter das von der russischen Duma und vom russischen Reichsrat angenommene Gesetzesprojekt gesetzt und fortan soll nun die russische „allgemeine Gesetzgebung“ auch über Finnland ausgedehnt werden. Doch die feierliche Phrase Väterschens „Es soll so sein!“ hat in Finnland ebenso wenig Eindruck gemacht, wie das freche und dumme Poltern und Brahlen der Purischlewitsch, Marlow und anderer in der Duma. Gerade die Art und Weise, wie der gegen Finnland unternommene Feldzug in eine Ständische Komödie ausartet, hat hier alle überzeugt, daß es mit dem „Siege“ der russischen Reaktion und des „zoologischen Nationalismus“ schwach bestellt ist. Nicht daß man hier den Versicherungen und Beschönigungen Stolpkins auch nur ein Wort traue und irgendwelchen Illusionen sich hingeben würde, aber eine Regierung, die in solcher Weise wirtschaftet, kann nur selbst ihren Sturz beschleunigen und der Umschwung in Rußland kann viel schneller eintreten, als die jetzigen russischen Machthaber es ahnen. Und einige Jahre hindurch der russischen Reaktion zu trotzen, dazu wird es dem organisierten Proletariat Finnlands nicht an Mut und Kraft fehlen.

Jetzt heißt es zu einem langen Verteidigungskampfe sich rüsten. Das jetzt vom Zaren sanktionierte Prinzip der russischen Reichsgesetzgebung hat die rechtlichen Schranken niedergebissen und der bürokratischen Willkür freie Bahn geschaffen. Die Tage der demokratischen Verfassung Finnlands und der konstitutionellen Garantien sind wahrscheinlich bald gezählt. Der jetzige Generalgouverneur Sohn hat in diesen Tagen einen würdigen Gehilfen erhalten: Zu seinem Adjunkten ist ein gewisser Sipsh ernannt, ein Estrasse, der Stolpin wichtige Dienste in der finnländischen Frage erwiesen hat. Nun wird man mit allem Eifer daran gehen, in Finnland russische Wirtschaft einzuführen und das autonome Finnland in „botnische Gouvernements“ aufzulösen. In kurzer Zeit sind schon drei finnische Gouverneure verabschiedet worden, weil sie den ungeschickten Vorschriften des Generalgouverneurs nicht Folge leisten wollten; auch der Procurator Charpentier mußte sein Amt verlassen, weil er den russischen Anmachungen gegenüber stets auf das bestehende Gesetz sich berief. Es regnet jetzt förmlich von Anklagen gegen die Presse und hier und dort versucht man auch schon das freie Versammlungsgesetz anzugreifen; finnische Polizeibeamte weigern sich nicht sich zu Schergendiensten herzugeben, sobald es um ein Vorgehen gegen die Arbeiterchaft sich handelt. Doch auch damit werden sie schwerlich die Gung der russischen Tschinowniks erkaufen, denn schon sammeln sich in Helsingfors die schmutzigen Spießgesellen Bobrilows an, die 1906 mit Schimpf und Schande aus dem Dienste gejagt wurden und die jetzt über Ruße und Siederheit in Finnland wachen sollen. Russische agents provocateurs streifen im Land herum, aber bis jetzt haben sie es vergebens versucht, in die Reihen der Partei einzubringen. Vor kurzem wurde hier eine „Verschwörung“ aufgedeckt und etwa 20 russische Arbeiter und Matrosen verhaftet; ein „Sozialrevolutionär“ Michalowitsch hatte einen Geheimbund angezettelt und dann der russischen Genbarmerie ausgeliefert, aber trotz aller Bemühungen gelang es nur durch falsche Angaben ein paar Mitarbeiter sozialdemokratischer Zeitungen in den Prozeß zu verwickeln. Die finnische Arbeiterchaft weiß, was sie von diesen verdächtigen Feldern zu erwarten hat und wird zu keinen unbedachten Schritten sich verleiten lassen. Die Taktik der Partei ist darauf gerichtet, so lange als möglich die eroberten Positionen und die legalen Aktionsmöglichkeiten zu behaupten. Eine Resolution, die überall in Arbeiterversammlungen angenommen wurde, daß die finnische Arbeiterchaft durch das eben erlassene russische Reichsgesetz sich nicht gebunden und verpflichtet fühlt, daß sie gegen seine Verwirklichung und Finnlands Entrechtung kämpfen wird und daß sie in diesem Kampfe nur auf ihre eigene Kraft und nicht auf das Mitgehen der bürgerlichen Parteien rechnet. Zum Schluß wird die Arbeiterchaft aufgefordert, alles aufzubauen und zu festigen. Und so kann man wohl hoffen, daß das finnische Proletariat den Kampf mit Ehren bestehen wird. Die demokratische Verfassung Finnlands ist zu fest gefügt und sie wird mit zäher Ausdauer vom finnischen Volke verteidigt werden, so daß es der russischen Reaktion nicht gelingen kann, Finnlands Freiheit und Recht in einem Ansturm zu vernichten.

### Türkei.

#### Das Geheimkomitee.

Konstantinopel, 14. Juli. Wie verlautet, hat die Polizei im Zusammenhang mit der Entdeckung des Geheimkomitees gestern weitere Verhaftungen, darunter auch solche türkischer Frauen vorgenommen. Auch in Brussa sind angeblich zwei Verhaftungen erfolgt.

### Serbien.

#### Kein Boykott gegen die deutsche Industrie.

Belgrad, 15. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die von einem Teile der ausländischen Presse übernommene Meinung einzelner serbischer Mütter über eine gegen die deutsche Industrie eingeleitete Boykottbewegung, die bereits zur Abweisung der Bewerbung einer deutschen Firma und den Bau einer zweiten serbischen Zuckerfabrik geführt haben soll, ist eine Erfindung, wie die Nachricht über einen Beschluß der in Serbien lebenden Reichsdeutschen, serbische Arbeiter zu boykottieren, Japan.

### Japan.

#### Der japanische Kriegsminister und Korea.

Tokio, 15. Juli. Der Kriegsminister Terautshi, der sich heute nach Seoul begibt, erklärte, Japan werde in Korea nicht die Rezantio. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.

gepanzerte Faust gebrauchen, noch sonst irgend etwas tun, was die Eifersucht der fremden Mächte wachrufen würde. Er glaube in dessen, daß eine gründliche Aenderung des Regierungssystems in Korea nötig sein werde.

## Gewerkschaftliches.

### Christliche Zahlenmanöver.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ berichtet in seiner Nr. 13 über den Stand und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909. Danach ist die Mitgliederzahl gestiegen von 260 767 im Jahre 1908 auf 280 061 im Jahre 1909; die Zunahme beträgt also 19 294 Mitglieder. Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter ist gestiegen von 74 813 auf 81 734 oder um 6 920 Mitglieder. Seine Mehreinnahme betrug angeblich 130 153,27 M. Wie die höhere Mitgliederzahl und die Mehreinnahme entständen, darüber gibt die „Bergarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 28 wie folgt Aufschluß:

„Rechnete sich doch der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter im Jahre 1909 gegen das Jahr 1908 eine höhere Betriebseinnahme von 130 153,27 M. dadurch heraus, daß er den Anteil der Lokalkassen von 159 774,56 M. in Einnahme und Ausgabe stellte, was früher nicht geschah. Rechnet man von diesen 159 774,56 M. die angebliche Mehreinnahme von 130 153,27 M. ab, so entsteht eine Mindereinnahme von 29 621,29 M.“

Zu dieser Feststellung äußert sich weder der neueste „Bergknappe“, Organ des Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, nach das christliche „Zentralblatt“. Der Gewerkschaften gibt eine Mehreinnahme von 130 153,27 M. und eine Mitgliederzunahme von 6920 an. In Wirklichkeit hatte er eine Mindereinnahme von 29 621,27 M., was einem Mitgliederverlust von über 1500 entsprechen würde. Danach hat der Gewerkschaften 8420 Mitglieder zuviel angegeben. Außerdem hat das „Zentralblatt“ aber einige neue Organisationen angeführt. Es ist das der Verband der deutschen Staatsbahnhandwerker und -Arbeiter mit 8920 Mitgliedern und der Kellner mit 1185 Mitgliedern. Rechnet man diese und die vom Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter zuviel angegebenen Mitglieder von der Gesamtmitgliederzunahme ab, so bleibt nur noch eine Zunahme von 769 Mitgliedern zu verzeichnen. Haben nun, was nach bisher gemachten Erfahrungen sehr nahe liegt, die übrigen christlichen Verbände ähnliche Zahlenmanöver angewandt wie der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, dann sieht es im Christenlager böse aus und die Ahschermittwochstimmung läßt sich verstehen.

### Berlin und Umgegend.

#### Tarifbewegung der Marmorarbeiter.

Die behufs Ausarbeitung eines Lokaltarifs gewählte Kommission unterbreitete am Donnerstag den Marmorarbeitern die von ihr entworfenen Tarifvorlage. Punkt ging die einzelnen Positionen durch. Der zurzeit geltende Passus über die Arbeitszeit wurde auf Anregung aus der Versammlung mit dem Zusatz versehen, daß das Reinigen der Maschine innerhalb der Arbeitszeit zu erfolgen habe.

Der Passus über Tagelohn wurde dahin abgeändert, daß die Verrechnung dauer wegfällt und nur von Steinmetzen gesprochen wird. Ferner beschloß die Versammlung, den Lohnfuß in der Werkstatt auf 85 Pf. und auf den Bauten auf 90 Pf. festzusetzen.

Bei Montagearbeiten erfolgt eine Zulage von 8,50 M. pro Tag, Sonn- und Feiertage eingeschlossen. Die Bestimmung soll für die gesamten Gruppen innerhalb der Branche gelten. Verarbeitete Lat in Zukunft nur in Lohn zu erfolgen. Die Löhne für die Verarbeitung der verschiedenen Gesteinarten werden in 8 (bisher 6) Klassen eingeteilt. Passive Arbeit soll nur in Lohn ausgeführt werden, ebenfalls Kreuze. Bei der Plattenarbeit wurden auch überall Lohnerhöhungen vorgelesen. Bestehende Verhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden. Sämtliche Maschinenarbeit wird in Lohn ausgeführt.

Für die Schleifer und Hilfsarbeiter wurden folgende Bestimmungen getroffen. Der Stundenlohn für Hand- und Maschinenarbeiter, Dreher und Präfer soll in der Werkstelle 70, am Bau 75 Pf. betragen. Anfänger im Verufe erhalten pro Stunde 50 Pf., nach einem Vierteljahr 60 Pf. Nach Ablauf eines halben Jahres tritt der volle Lohn in Kraft. Maschinenarbeiten werden in Lohn ausgeführt, desgleichen Ränder und Profile an mit der Maschine polierten Platten. Der Akkordtarif wurde in fast allen Positionen geändert.

Dieser Entwurf soll dem Verbanne der Steinmetzgeschäfte eingereicht werden mit dem Ersuchen, innerhalb 14 Tagen Rückantwort zu erteilen.

In der Holzbearbeitungsfabrik von Karl Graul, Petersburger Straße, haben die Maschinenarbeiter, Präferarbeiter und Hilfsarbeiter am Donnerstag infolge Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Der Vertreter der Transportarbeiter, als auch der des Holzarbeiterverbandes verhielten, mit dem Unternehmer in Gegenwart des Vorsitzenden der Präferarbeiter eine Einigung herbeizuführen, was jedoch daran scheiterte, daß Herr Graul jeder Verständigung aus dem Wege ging. Dieser „gute Mann“ denkt jedenfalls, weil er seit einigen Tagen Mitglied des Arbeitgebervereins geworden ist, einen ersten Kampf aufnehmen zu können. Angeblich soll auch von den Streikenden niemand wieder eingestellt werden, lieber will man zugrunde gehen. Eifrig wird nach Streikbrechern gesucht, die Kutscher, welche jetzt beschäftigt werden, scheinen das Äußerste noch nicht lange verlassen zu haben, des Streikbruchs schämen diese nützlichen Elemente sich nicht, trotzdem wird nach anderen Kutschern anmoniert. Der Brückenhändler Wilhelm Jahn, Petersburger Straße 87, glaubt ebenfalls Streikbrecherdienste verrichten zu müssen; mit dem Führer des Unternehmens Graul klappert er eifrig die Kundschaft ab, ohne dabei einen großen Erfolg zu haben. Daß die Polizei, in Uniform sowohl wie in Zivil, auch bei diesem Streik die Interessen des Arbeitgebers wachet, braucht nicht wunder zu nehmen, dessen ungeachtet werden die Arbeiter von den ihnen zustehenden Rechten Gebrauch machen und ihre Pflicht erst recht erfüllen. Die in den Präferereien und ähnlichen Betrieben Beschäftigten werden auf die Fabrik des Herrn Graul ihr Augenmerk richten und die übliche Solidarität bezeugen. Erwartet wird, daß Kutscher und Hilfsarbeiter den Betrieb meiden und Beschäftigung daselbst nicht annehmen.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Die Gasteuarbeiter (Kohlenarbeiter) am Spandauer Hafen der Firma Kurt Thoma sind wegen erheblicher Lohnreduzierung in den Abwehrstreik eingetreten. Zugung ist ferngehalten.

### Deutsches Reich.

#### Mitgliedererwerb.

Der Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen konnte seine Mitgliederzahl im ersten Halbjahre 1910 um rund 1600 vermehren.

#### Der Streik bei Giesches Erben.

Die polnische Berufsvereinigung versendet aus Anlaß des Streiks folgenden Aufruf:

Schoppinik, den 13. Juli 1910.  
An die Arbeiterchaft des ober-schlesischen Industriebezirks.  
Kameraden! Seit fünf Wochen stehen die Arbeiter der Wilhelm-, Bernhards- und Paulshütte zu Rogdzin und

St. Glad, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Schoppinik im Kampf wegen Lohnerhöhung und Befestigung der dort bestehenden Mißstände. Alle Versuche um Beilegung des Streites sind wegen des hartnäckigen Standpunktes des Generaldirektors, Herrn Geheimrat Uthemann, mißlungen. Herr Generaldirektor Uthemann hat nicht nur das Gewerbegericht, welches seitens der streikenden Arbeiter der genannten Hütten als Einigungsamt angerufen wurde, zurückgewiesen, sondern auch die Vermittelung seitens Privatpersonen. Dieses hartnäckige Standpunktes der Generaldirektion wegen sind die Arbeiter genötigt, den ihnen aufgezwungenen Kampf bis auf weiteres zu führen und hoffen, daß sie durch die Unterstützung der übrigen Arbeiterchaft Ober-schlesien den Sieg erringen werden. Da Herr Geheimrat Uthemann es versucht wird, durch Agenten von auswärts Arbeiter heranzuziehen, um dadurch den Streik illusorisch zu machen, bitten wir die Arbeiter des ober-schlesischen Industriebezirks, daß sie sich nicht durch Agenten verleiten lassen möchten, sondern bis auf weiteres die Giesches Erben-Werke zu Rogdzin und Schoppinik meiden.

Kameraden! Der Sieg Eurer kämpfenden Brüder zu Rogdzin und Schoppinik wird auch Euer Sieg sein; darum meidet diese Musterbetriebe. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, diesen Aufruf zu veröffentlichen.

A. Sosinski,

Zentralvorsitzender der polnischen Berufsvereinigung.

### Bruderliebe.

Das Schöffengericht in Reisse (Schlesien) verurteilte einen christlich organisierten Maurer wegen Vergehens § 153 zu drei Tagen Gefängnis. Ein katholischer Facharbeiter hatte ihn denunziert und beschwor vor Gericht, daß sein Glaubensgenosse ihn während der Bauarbeiterausperrung in seiner Ehre gekränkt habe. So bringen christliche Arbeiter sich gegenseitig ins Gefängnis, eine Folge der Verhegung durch die Pfaffen und ihre Trabanten.

### Lohnforderungen der Lederarbeiter und -arbeiterinnen.

In Vaclanng in Württemberg haben die im Zentralverband der Lederarbeiter organisierten Lederarbeiter und -arbeiterinnen an die dortigen Lederfabrikanten Forderungen auf Verbesserung der bestehenden Löhne eingereicht. Gefordert wird ein Zuschlag von 15 Proz. für die Akkordlöhne der Baum- und Tafelarbeiter. Weiter werden verlangt: für die Maschinenarbeiter an den Falz- und Wandiermaschinen: Anfangsstundenlohn 40 Pf., nach sechs Wochen 42 Pf., nach einem halben Jahr 45 Pf., nach einem Jahr 48 Pf., und nach zwei Jahren 50 Pf. Für die an den Schab- und Haarmaschinen beschäftigten Arbeiter: Anfangsstundenlohn 45 Pf., nach einem Vierteljahr 50 Pf., und nach einem halben Jahr 55 Pf. Soweit Akkordarbeit an den Arbeitsmaschinen üblich ist, soll ein Zuschlag von 15 Proz. auf die Akkordlöhne gewährt werden. Für die Hilfsarbeiter: Anfangsstundenlohn in der Lohndreherei 33 Pf., nach einem halben Jahr 36 Pf. Für die Hilfsarbeiter der Kollie Werkstatt: Anfangsstundenlohn 36 Pf., nach einem Vierteljahr 38 Pf. und nach einem halben Jahr 40 Pf. Der Anfangsstundenlohn für Arbeiterinnen über 18 Jahre soll 25 Pf. betragen, nach einem halben Jahre 28 Pf. Auf die Akkordlöhne der Arbeiterinnen sollen ebenfalls 15 Proz. Zuschlag gewährt werden. Für Ueberstunden an Werktagen wird ein Zuschlag von 10 Pf., an Sonntagen von 20 Pf. pro Stunde verlangt. Die Mittagspause soll unter Fortfall der Vesperpause auf 1 1/2 Stunden ausgedehnt werden. An den Vorabenden der hohen Feste soll um 4 Uhr Arbeitsschluß sein, ohne Kürzung des Lohnes. Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die mindestens drei Jahre ununterbrochen in einem Betrieb tätig waren, soll alljährlich ein dreitägiger Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. In Betracht kommen rund 400 Arbeiter und Arbeiterinnen.

### Husland.

#### Von der Bewegung der französischen Eisenbahner.

Das National Syndikat der Eisenbahner veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: Unsere Maßnahmen sind bereits getroffen, und ein umfassender Kriegsplan, wo jeder seinen bestimmten Platz hat, ist von und sorgfältig ausgearbeitet worden. Wir werden den Kriegsplan unerschütterlich durchführen. Auf ein vom Streik ausgedehntes Zeichen wird jede Arbeit, jeder gewöhnliche Verkehr auf allen Bahnhöfen eingestellt werden. Wenn die Eisenbahngänge nicht verkehren, dann ist alles lahmgelegt, es gibt keinen Handel, keine Industrie mehr. Der Postdienst wird nicht mehr versehen werden können, man wird sich der Brieftauben bedienen müssen. Der Dienst der überseeischen Postdampfer wird gleichfalls aufhören, da die Passagiere nicht mehr eintreffen können. In den Hallen, auf allen großen Märkten verderben die Waren. Wie wird man das Schlachtvieh transportieren, vielleicht mittels Lenkbalkons oder Flugmaschinen? Dann wird zweifellos der allgemeine Arbeiterverband an dem Spiel teilnehmen wollen. Die Gelegenheit für alle anderen Syndikate, die eine Verbesserung ihrer Lage erreichen wollen, wäre zu günstig. Es wird dann, ob man will oder nicht, zu dem großen Wesseltausch kommen.

Die Schmiede in New York hatten jüngst eine Lohnbewegung eingeleitet; sie kamen nach einigen Unterhandlungen zu einem friedlichen und günstigen Abschluß der Differenzen. Der Vertrag wurde von der Organisation der Unternehmer mit dem Verbanne der Schmiedegezellen abgeschlossen und lautet dahin, daß allen Arbeitern, die bisher weniger als 3,68 Dollar (15,50 M.) pro Tag verdienten, eine Lohnerhöhung von 10 Proz., allen Arbeitern bis zu 4 Dollar (16,80 M.) täglich 7 Proz., und den Arbeitern, die mehr als 4 Dollar verdienten, 5 Proz. gewährt wird. Für die Hilfsarbeiter wurde durchweg eine Erhöhung von 10 Proz. bewilligt. Der Vertrag trat am 4. Juli in Kraft.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Stadtverordneten-Stichwahlen.

Frankfurt a. M., 15. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute fanden die Stichwahlen zur Wahl von drei Stadtverordneten in Frankfurt-Land statt. In Eschenheim wurde Genosse Hermann Wendel gewählt. In den beiden anderen Bezirken fehlten unseren Kandidaten 50 bzw. 2 Stimmen. Von den sieben Mandaten in Frankfurt-Land befinden sich nunmehr fünf im Besitze der Sozialdemokratie.

### Schwerer Unglücksfall.

Hannover, 15. Juli. (W. S.) Einen entsetzlichen Tod fand hier ein Glasfischer, der auf dem Schlachthofe mit dem Ausbessern der Dachfenster beschäftigt war. Er rutschte von der Leiter aus und fiel mit der linken Brustseite in einen Fleischkasten, wobei er furchtbar aufgespießt wurde. Die Spitze des Hafens drang dem Belebten ins Herz, so daß der Tod sofort eintrat.

### Ein Motorboot verbrannt.

Winden, 15. Juli. (W. S.) Bei Police explodierte heute beim Anfordern des Motors das Regierungsmotorboot „Werra“. Der Motorschiff wurde am Kopf erheblich verletzt, und das Boot verbrannte vollständig. Außer dem Maschinisten befand sich glücklicherweise niemand an Bord.

### Erschossen.

Osterrade (Hanz), 15. Juli. (W. S.) Der Meister des Gipswerkes „Schwarze Hütte“, Peter Hesse, wurde heute erschossen aufgefunden.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter

Die bürgerliche Presse und die Budgetbewilligung.

Die badische Landtagsfraktion hat eine gute bürgerliche Presse. Die „Vossische Zeitung“ sagt:

„In die Sozialdemokratie ist eine Bombe geflogen. Natürlich wieder vom Süden aus. Was wird die „Leipziger Volkszeitung“ sagen? Sie wird noch andere Töne anschlagen als heute der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das sich, wie es scheint, seiner Verantwortung bewußt ist. Es handelt sich nicht um einen Zwischenfall von untergeordneter Bedeutung, sondern unter Umständen um Sein oder Nichtsein der einseitigen Partei.“

Dann zitiert das Blatt den Schlusssatz unseres gestrigen Artikels, der die republikanische Ueberzeugung und das sozialistische Endziel betont und meint dazu:

„Na ja, das stimmt alles für die Revolutionäre, aber so ganz und gar nicht durcheinander mit den Revisionisten. Und jetzt kommt es zu einer neuen ernstlichen Kämpfe zwischen beiden Gruppen. Doch sich die Revisionisten unterwerfen werden, erscheint ziemlich ausgeschlossen. Also sollen sie „siegen“? Die nächste Zukunft wird es lehren. Aber diese Vorgänge zeigen zugleich, wie verschieden die Bestände sind, die sich bisher in der Sozialdemokratie zusammenfinden, und wie sich daraus die Stellungnahme mancher bürgerlichen Gruppen oder Personen in einzelnen Streifen oder Gauen erklärt.“

Das „Berl. Tagebl.“ sagt:

„Wirklich, mit dem Beschluß von Nürnberg läßt sich die Haltung der badischen Sozialdemokraten höchstens durch gewagte sophistische Interpretationen in Einklang bringen. Wir haben zu dem badischen Landtagsabgeordneten Frank, der im Reichstage unter den Junioren der Sozialdemokratie vielleicht zu den besten Erwartungen berechtigt, das Vertrauen, daß er solche Sophismen erst gar nicht versuchen wird. Er hat sich auch in der badischen Kammer mit dem kurzen Hinweis begnügt, daß seine Freunde „mit Rücksicht auf die besonderen politischen Verhältnisse auf solche Demonstration verzichten.“ Damit schiebt er den Nürnberger Beschluß beiseite; die „besonderen politischen Verhältnisse“ lassen die Ablehnung des Budgets durch die Vertreter der Sozialdemokratie nicht zu. Es ist, auf die Politik angewandt, das reformatorische Prinzip. Das Recht der Persönlichkeit und die Selbstbestimmung, die zugleich zur Selbstverantwortlichkeit wird, stehen höher als die Mehrheitsbeschlüsse der Partei.“

Warum griff aber dann das Blatt die Nationalliberalen so heftig an, die in der Erbschaftsteuerfrage und in der Wahlrechtsfrage ihr Recht auf Persönlichkeit in Anspruch nahmen und gegen die Partei stimmten. Und wozu bedarf es dann denn überhaupt noch der Partei, wenn sie ihre Vertreter nicht mehr verpflichten darf?

Die „Kreuz-Ztg.“ konstruiert ein Komplott und ein heimliches Einverständnis der badischen Genossen mit dem Parteivorstand:

„Die badischen Sozialdemokraten benutzen den Großblod, um an ihm in die Höhe zu kommen. Bis jetzt haben sie recht bedeutende Erfolge erzielt, die ihnen jedenfalls niemals beschiedenen gewesen wären, wenn sie nicht in Befolgung einer schlauen Taktik den republikanischen und revolutionären Charakter ihrer Partei verschleierte hätten. Diese Taktik ermöglichte und ermöglicht noch der Regierung wie dem Liberalismus, unter dem Vorwande, daß die badischen „Genossen“ eine ganz andere Art von Sozialdemokraten seien als die übrigen, ihnen ein erlaubliches Entgegenkommen zu zeigen und allmählich zur ausschlaggebenden Macht im Staate zu verhelfen. ... Die badischen Sozi wußten ganz genau, was sie mit diesem Beschluß taten. Sie schätzten den davon zu erwartenden Parteivorteil höher ein als die Unbequemlichkeit einer Auseinandersetzung mit der Parteileitung. Und schließlich ist den badischen „Genossen“ ja bekannt, daß die Parteileitung ihre Fortschritte mit Wohlgefallen verfolgt und gegen etwaige tatsächliche Erfolge nur im Notfall und mit milder Hand eingreift. Denn die tonangebenden Führer der Sozialdemokratie hegen nicht den geringsten Zweifel daran, daß die badischen Sozi, die sich den Anschein beinahe regierungstomer Männer geben, genau so framme Glieder der roten Revolutionsarmee sind wie die Radikalen.“

Keinlich meint die „Deutsche Tagesztg.“:

„Es ist richtig, daß drei sozialdemokratische Parteitage sich alle Mühe gegeben haben, eine weitere Budgetbewilligung grundsätzlich unmöglich zu machen. Aber den badischen Genossen fällt es ja auch

gar nicht ein, das sozialistische Endziel mit ihrer Haltung zu verleugnen. Sie sehen nur die törichte Blindheit der badischen Großblodliberalen, die der Erklärung des Dr. Frank zujubeln, und wollen sich die Chancen nicht verschätzen, die ihnen diese Torheit bürgerlicher Parteien bietet. Wenn also auch zu erwarten steht, daß der sozialdemokratische Parteitag nun zum viertenmal strenges Gericht über die Angehörigen abhalten wird, so steht doch nicht nur für alle einseitigen Kreise des Bürgerturns, sondern ebenso auch für die radikalsten Sozialdemokraten fest, daß die badischen Genossen nur aus einer an sich durchaus klugen Taktik heraus für das Budget gestimmt haben, und daß nicht sie, die trotz dem Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft bleiben, sondern daß ihre verbündeten bürgerlichen Bundesgenossen die Betrogenen dieser Taktik sein werden.“

Die „Merikale Germania“ freut sich auf „ein hübsches Scherbengericht“ und macht dann gegen die Sozialdemokratie scharf:

„Sollten aber die heutigen Erklärungen des „Vorwärts“ über die Großblodtaktik und insbesondere die Schlusssätze über das Wesen und das Programm der Sozialdemokratie nicht wenigstens den Rationalliberalen die Augen öffnen und sie zur Umkehr bestimmen? Gegenüber diesem sozialdemokratischen Programm mit seiner „Eroberung der politischen Macht“ und „Aufsrichtung der sozialistischen Gesellschaft“ erscheint das Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie mehr denn je zuvor als eine gebieterische Pflicht nicht nur im Hinblick auf die Selbsthaltung, sondern auch für das Wohl und das Ansehen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes.“

Von den Auslassungen der Parteipresse liegt zur Stunde erst die der „Leipziger Volkszeitung“ vor. Sie lautet:

„Es wird den badischen Budgetbewilligern schwer fallen, zu bestreiten, daß es sich hier um eine mit betrübter Absicht herbeigeführte Provokation der Partei handelt. Als die Genossen der süddeutschen Parlamente vor zwei Jahren ebenfalls dem Budget zustimmten, beriefen sie sich auf die angelegliche Unklarheit der Dresdner und Lübecker Resolution, und es gab Parteigenossen, die geneigt waren, anzunehmen, daß ihnen bei ihrem Vorgehen in der Tat das Bewußtsein des abschließlichen Disziplinbruchs gefehlt habe. Von einer solchen Ausrede kann heute keine Rede mehr sein. In mehrtägigen eingehenden Debatten hat der Nürnberger Parteitag das Verhalten der süddeutschen Parlamentarier verurteilt und durch eine mit großer Mehrheit angenommene Resolution ausdrücklich festgelegt, daß eine Zustimmung zum Budget des bürgerlichen Klassenstaats nur dann in Frage kommen kann, wenn seine Ablehnung die Gefahr heraufbeschwört, daß ein für die Arbeiterklasse ungünstigeres Budget zur Annahme gelangen könnte. Von dieser Eventualität war in dem neuesten badischen Falle keine Rede, ja, den Frank, Kolb und Genossen fehlte diesmal sogar das dürftige Mäntelchen, mit dem sie noch vor zwei Jahren ihren Disziplinbruch zu drapieren suchten, daß nämlich die in dem Etat enthaltene Erhöhung der Arbeiter- und Beamtenlöhne die Zustimmung erfordere. Mit anderen Worten: Die Stärkung der Gesamtpartei, die ausschließliche Verneinung des gegenseitlichen Charakters der Sozialdemokratie zum kapitalistischen Klassenstaat, die in der Budgetverweigerung zum Ausdruck kommt, wurde unternommen in konsequenter Fortsetzung der Großblodpolitik, die bei den letzten Wahlen zum badischen Landtag eingeschlagen und auch nach seinem Zusammentritt fortgesetzt worden war. Es wäre ja auch eine zu absurde Zumutung gewesen, zu fordern, daß die sozialdemokratischen Staatsmänner, nachdem sie als Regierungspartei so herrliche „positive“ Erfolge errungen hatten — man denke nur an die von der Badischen Kammer wieder nach Kräften verhandelte Novelle zur Gemeinde- und Städteordnung mit dem Dreiklassenwahlrecht — jetzt demselben Staat die Existenzmittel verweigern sollten. Eher läßt man es schon auf einen Bruch in der Partei ankommen.“

Es hat kaum Zweck, über die neueste „Affäre“ der badischen Revisionisten noch viel Worte zu verlieren. Die große Mehrheit der Genossen hat es nun endlich satt, sich noch länger von den Kolb, Frank und Genossen brüskieren zu lassen und verlangt, daß endlich einmal auf die vielen Worte, die schon in der Budget- und mancher anderen Frage vergeudet worden sind, entsprechende Taten folgen. Wer sich selbst konsequent außerhalb der Parteibeschlüsse stellt, soll auch die Konsequenzen tragen. Nur noch ein Wort zu dem Verhalten der drei Genossen, die sich bei der Budgetabstimmung aus dem Saale entfernten. Wir meinen, es wäre Pflicht der Betreffenden gewesen, ihrer von der Fraktionsmehrheit abweichenden Ansicht durch die Abstimmung klar Ausdruck zu geben, um so mehr, als sie damit nur den Parteibeschlüssen Rech-

mung getragen hätten. Ein Befremden, der der klaren Entscheidung aus dem Wege geht, kann kaum Bewunderung erwecken.“

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Donnerstag, den 14. Juli. Erschlaffen.

Beauftragt eine freie Hilfsklasse ihre Zulassung als Erschlaffen, so entscheidet darüber die höhere Verwaltungsbehörde ihres Sitzes. Geht ihr Bezirk über die Grenzen des Bundesstaates hinaus, so entscheidet das Reichs-Versicherungsamt. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hinzugefügt, daß die Zulassung nur dann versagt werden darf, wenn die Klasse den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung nicht genügt.

Eine längere Debatte entspann sich über die Vorschrift, daß für die Arbeiter, welche Mitglieder einer Erschlaffen sind, die Arbeitgeber denselben Betrag an die Orts-, Betriebs- oder Zunftkassen bezahlen müssen, zu dessen Zahlung sie verpflichtet wären, wenn die Arbeiter diesen Kassen angehörten.

Gegen diese Bestimmung traten namentlich die Sozialdemokraten und Fortschrittler auf.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Bestimmung gestrichen wird, d. h. die Arbeitgeber wie gegenwärtig so auch weiterhin zur Zahlung eines Beitrags für ihre Arbeiter, die einer Erschlaffen angehören, nicht verpflichtet sein sollen. Allerdings haben, so führte Gen. Schmidt aus, manche Arbeitgeber Mitglieder der freien Hilfsklassen eingestellt. Das sei in der Tat ein Mißstand. Aber die vorgeschlagene Bestimmung des Entwurfs würde einen viel schlimmeren Mißstand zur Folge haben. Denn die Zahlungspflicht der Arbeitgeber würde, zumal mit ihr eine weitgehende Anmeldebüro verknüpft sei, dazu führen, daß manche Arbeitgeber einen Druck auf ihre Arbeiter ausüben, um sie von dem Beitritt zur Erschlaffen zurückzuhalten oder zum Austritt aus der Erschlaffen zu veranlassen. Das würde den Erschlaffen ihre weitere Entwicklung aufs äußerste erschweren.

Die Fortschrittler beantragten, daß zwar die Arbeitgeber auch für ihre Arbeiter, die in einer Erschlaffen sind, denselben Beitrag zu bezahlen sollen wie für ihre anderen Arbeiter, jedoch soll das Geld nicht an die Zwangskasse, sondern an die Arbeiter selbst oder an die Erschlaffen gezahlt werden. Dies sei deshalb zu fordern, weil die Arbeiter in den Erschlaffen den ganzen Beitrag bezahlen, also den Beitragsteil des Arbeitgebers auslagern.

Die Regierungsbekträter erklärten beide Anträge für unannehmbar. Unter keinen Umständen dürften die Erschlaffen begünstigt werden.

Darauf kam das Zentrum mit einem „Vermittlungsantrag“: Der Vorschlag der Vorlage sollte angenommen, der Arbeitgeber also zur Zahlung seines Beitrags an die Zwangskasse verpflichtet werden, aber mit dem Zusatz, daß der Arbeitgeber von dieser Pflicht frei sei, wenn er nachweise, daß er den Beitrag an die Erschlaffen zahle.

Genosse Schmidt wies nach, daß dieser Antrag in der Praxis schließlich auf dasselbe hinauskommen würde, wie der Vorschlag der Regierungsbekträter. Der Nachweis, daß der Beitragsteil des Arbeitgebers an die Erschlaffen bezahlt worden ist, wird so viel Belästigungen verursachen, daß sich darauf wohl kaum ein Arbeitgeber einlassen wird.

Trotzdem wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Für diesen Fall hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß die von den Zwangskassen für die Mitglieder der Erschlaffen eingenommenen Arbeitgeberbeiträge nicht, wie die Vorlage vorgeschlagen hatte, dem Reservefonds zugeführt werden sollen, sondern nur für Mehrleistungen verwendet werden dürfen. Auf diese Weise sollte den Arbeitern wenigstens ein besonderer Vorteil geschaffert werden. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, obgleich die Regierungsbekträter ausdrücklich erklärten, daß sie sich mit dieser Verwendung der Gelder im Interesse der Arbeiter einverstanden erklären könnten. Das Zentrum gab auch hier wieder den Ausschlag zum Schaden der Arbeiter.

Im Anschluß hieran wurde die Vorschrift des Entwurfs besprochen, daß die Personen, welche nach ihrer Beschäftigung Zwangsmittelglieder der Landfrankenklassen sein sollen, überhaupt nicht einer Erschlaffen angehören dürfen.

Genosse Kolbenbührer legte dar, daß dies eine nicht zu rechtfertigende Entrechtung vieler Arbeiter sein würde. Trotzdem nahmen das Zentrum, die Konservativen und die Nationalliberalen die Bestimmung mit den aus den bisherigen Beschlüssen sich ergebenden Änderungen an. Danach werden für die Landwirtschaft Erschlaffen überhaupt nicht zugelassen. Die Mitglieder der Landwirtschaft dürfen den freien Hilfsklassen nur soweit sie Zuschuß-

und für sich gutmütig, aber leicht zum Horn gereizt und dann einem Tier ähnlich. Gelesen scheint er fast nichts zu haben (!) und der Couleur perdu angegehört. Deshalb (!) hat er sein Studium aufgegeben und will Maler und Mathematiker werden. Nach seiner Entfernung von Jena hat er v a g a b u n d i e r t und ist bei einer Hure hier arretiert worden. Gefährlich scheint er nicht als Anhänger staatsgefährlicher Lehren, sondern als Taugenichts.“

In Magdeburg sah Reuter vom März 1837 bis Anfang März 1838. Im Gefängnisbericht steht sein Signalement nebst seiner Bekleidung. Ferner die Eintragung: „Wird als armer Gefangener mit täglich 6 Silbergroschen verpflegt. Die Führung des Reuter während der hiesigen Haft war stets gut.“ Kein Wunder, daß Reuter bei der erbärmlichen Abfütterung krank wurde und ins Garnisonlazarett kam. „Jede Kommunikation mit den hier in Haft sich befindenden Gefangenen (welch entwürdigendes Deutsch!) ist unstatthaft.“ (29. Dezember 1837).

Von Magdeburg wurde Reuter unter Begleitung von zwei Gendarmen über Berlin (Station Hausvogtei) mittels Extrapost nach Graudenz: „Fort Courbière“ verbracht. Die Transportkosten betragen 80 Taler 22 Silbergroschen 9 Pfennige. In dem vom Festungskommandanten General von Toll unterzeichneten „Rational“ steht unter Vergehen: „Teilnahme an politischen Verbindungen. Dauer der Strafe: 8 Jahre.“ Unter Bemerkungen: „Die erkannte Todesstrafe durch das Veil, der demnach eine 30 jährige Festungsstrafe substituiert worden, ist laut Allerhöchster Rabinetsordre vom 16. September 1837 auf 8 Jahre Festungsstrafe ermäßigt.“ Es wurde ihm nun gestattet, den Rest der Strafe in seiner medlenburgischen Heimat in der Festung Dömitz abzuputzen. Reuter beklagt sich hier sehr über die niederträchtige Behandlung von Seiten der medlenburgischen Befehlshaber und ist entrüstet über ihre „unverschämte Dummheit“ und „dumme Unverschämtheit“. Glücklicherweise wurde er bereits am 25. August 1840 begnadigt und sofort freigelassen. Sein Martyrium war zu Ende.

In seiner Erzählung: „Mit mine Festungskid“ hat er ja seine Gefängniserlebnisse in Graudenz geschildert: „Wat so'n Müsch zu erleben heißt! — ad ol' Schult Papentin. Ich wetter segg, de Schult hatt unrecht! — So egal un so facht stait kein Lewenslop, dat bei nich mal gegen einen Damm stödt un sich dor in en Käfel dreht, oder dat em de Münschen Stein in't Klore Water smiten. Re, passieren heißt jeden wat, und jeden passiert of wat Verhörwürdiges ... Min Lewenslop is mal tau so'n See upstant worden, lange Jöhren heit hei still sahn mäht — Wat heit dit? — Wider nids, as dat sei mi mal farden Joßr lang inspuunt hewöwen“ ...

Aus Fritz Reuters Gefängnisjahren.

Im Künstlerhause an der Bellevuestraße kann man einige Episoden aus dem dunkelsten Kapitel neudeutscher Geschichte und Preußens polizeistatlicher Herrlichkeit kennen lernen. Dort hat Professor Karl Theodor Gaedertz in mehreren Sälen eine Fritz-Reuters-Ausstellung aufgetan, voll überraschender Reichhaltigkeit und sehr instruktiver Anordnung. Die Verdienste des anerkannten Reuterforschers werden selbst dann nicht geschmälert, wenn wir manche der hier zusammengebrachten Reliquien (z. B. den von Reuter zuletzt getragenen Sommeranzug) als überflüssig erachten. Wasfahrten wie etwa zu dem apokryphen „heiligen Rock“ zu Trient sind ja deswegen nicht zu befürchten.

Gleichwohl ist reger Besuch der Ausstellung gerechtfertigt: sowohl von literarischem wie allgemein zeitgeschichtlichem Standpunkt. Es wird dem aufmerksamen Besucher nicht nur die Wertstätt eines der bedeutendsten niederdeutschen Dichterdramatisten dargeboten, der, nach den zahlreichen Porträts, Genreskizzen, Landschaftlichen Motiven usw. zu schließen, auch wahrscheinlich das Zeug zu einem tüchtigen Zeichner und Maler in sich getragen. Auch ein Bild neudeutscher Bürger- und Familienmotive tut sich auf; vor allem aber eine Episode der schlußmässigen Reaktion im „Kulturstaat“ Preußen.

Beim Eintritt in den größten Ausstellungsraum fallen sofort die Namensschildern verschiedener preussischer Festungen ins Auge. Bildnisse von Häuptlingen, militärischen Persönlichkeiten (Platzkommandanten, Aufseher usw.), Totalansichten, Grundrisse jener Festungen, Interieurskizzen grüßen schaurig von den Wänden; während auf den Tischen später zahllose amtliche Schriftstücke, Reuterbriefe, Gefängnisinstruktionen usw. ausgebreitet liegen: als Arzengenen einer von Metternich graulich beherrschten Vergangenheit. Es hieße die Geschichte jenes Deutschland seit den Befreiungskriegen aufrollen, um die kläglichen Zustände während der nachfolgenden drei Jahrzehnte zu beleuchten. Hier genügt der Hinweis auf das studentische Wartburgfest, auf die Karlsbader Beschlüsse, durch die jedwede geistige und politische Regsamkeit mit brutaler Gewalt unterdrückt wurde. Nichtsdestoweniger bestanden an den Hochschulen Studentenverbindungen, die ebenfalls verboten waren, im Geheimen fort. Aber derselbe Willkürgeist, der die Pressefreiheit total zu vernichten vermocht hatte, überwachte auch sie mit drakonischer Strenge und ahndete jede Uebertretung jener Freiheitskämpfer mit Todesstrafe oder langjähriger Kerkerhaft.

Fritz Reuter gehörte während seiner Studienzeit in Jena einer hier nicht verbotenen Putschgesellschaft „Germania“ an, in der er den

Spitznamen „Charles XII.“ führte. Diese Zugehörigkeit sollte ihm zum Verderben gereichen. Von einer im Frühjahr 1833 begonnenen frühlichen Studentenwanderung ins Kassauer hatte er auf der Rückkehr auch einen Abschied nach Berlin gemacht. Hier wurde er aber bald aufgegriffen und nach der Hausvogtei gebracht. „Wegen zwecklosen Umhertreibens“, heißt es in dem hier zur Schau gestellten Verhaftungsbericht. Dazu die lakonische Eintragung: „Chirurgisches Urteil: Ist rein bedungen.“ Indessen war die obige Ursache für die Verhaftung doch nur vorgekehoben, um die wahren Absichten der Polizei zu verschleiern. Denn schon zwei Tage später wird Befehl gegeben — das amtliche Schreiben liegt dort ebenfalls aus — Reuter, über sein Treiben zu Jena und sonst, namentlich über diejenigen Punkte, welche ein umfassendes Interesse haben oder diesseitige Untertanen oder Universitäten betreffen, baldigst näher vernehmen zu lassen.“ Reuter weiß noch immer nicht, weswegen er weiter festgehalten wird. Unterm 25. November bittet er um Verabfolgung von Leskräften, insbesondere Shakespeares und Byron's Werke. Am 18. Dezember ersucht er um Gewährung von Materialien zwecks Anfertigung einer Zeichnung, die wie alljährlich sein Weihnachtspresent sein sollte. Die „Materialien“ werden ihm geliefert. Am 6. Januar 1834 wird Reuter in die Hausvogtei verbracht. Und nun erfährt man auch schon weswegen, nämlich wegen Teilnahme an der „Germania“ in Jena, da Infulpant „zugestandenemmaßen Mitglied jener gefährlichen, alle deutschen Staaten bedrohenden (!) geheimen Verbindung gewesen“ sei. Umsonst hatte Reuters Vater gebeten, seinen Sohn aus der Haft zu entlassen, und Kaution angeboten. So kam es zur Anklage. Reuter sollte insbesondere auch in Jena mit ausgewiesenen Polen verkehrt haben. Es erfolgte seine Verurteilung zum Tode, umgewandelt in dreißigjährige Festungshaft.

Reuter wurde jetzt zunächst in die Kalematte von Silberberg gebracht. Dort sah er bis zum 26. Dezember 1836, um als Kranker nach Slogau transportiert zu werden, wo er aber „wegen Mangels an einem gesunden Lokal nicht aufgenommen“ werden konnte.

Nunmehr erfolgte seine Verbringung nach Magdeburg. Natürlich hatte er auf diesem Transportwege auch wieder in der Hausvogtei zu Berlin Platz zu nehmen.

Der Direktor dieses Gefängnisses, der satfam bekante Kriminalrat Dambach, war dem „Schwerverbrecher“ nicht im mindesten gewogen. Er gibt deshalb von ihm (Alta vom 2. März 1837) das nachstehende, sehr übertriebene, weil gefäßige „Rationale“:

„Reuter hat sich während seiner Gefängnishaft stets als ein roher Gejell (!) bewährt und ist häufig wegen Uebertretung der Hausgesetze gestraft. Er hat den Inspektor persönlich bedroht, lang die ärgsten Potentlieder, vollerte häufig im Kerker, und nur seine gänzliche Jollierung brachte ihn zur Vernunft. Er ist an

Klassen sind, nicht aber als Erschlassen angehören. Ausgenommen hiervon sind nur die beschwerdenschlichtenden Gärtnere.

Die Mitglieder der Erschlassen müssen sofort, wenn sie in eine Arbeitsstelle eintreten, in der sie einer Zwangsklasse angehören müßten, den Antrag stellen, daß sie ihre Rechte und Pflichten in der Zwangsklasse zuerlassen lassen können, also tatsächlich nicht Mitglieder zu werden brauchen. Tun sie das nicht sofort, dann werden sie Mitglied der Zwangsklasse und können am Schlusse eines Kalenderjahres wieder austreten. Sie müssen dann aber, hieß es weiter in der Vorlage, dies mindestens drei Monate zuvor beim Klassenvorstande anmelden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese lange vorher auszuführende Anmeldung gestrichen wird; es sollte genügen, wenn die Abmeldung bis zum Ablauf des Kalenderjahres erfolgt.

Genosse Hoch wies nach, daß gar kein Grund vorliege, schon drei Monate vor dem Austritt die Anmeldung zu erzwingen. Die Bestimmung sei aber sehr nachteilig, da derjenige, der nach dem 1. Oktober seinen Austritt anmeldet, nicht zu Beginn des nächsten Jahres austreten kann, sondern ein weiteres Jahr warten muß.

Der Antrag der Sozialdemokraten wurde angenommen.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß das Mitglied einer Erschlasse, das an einem anderen Orte in Arbeit tritt und mit einem höheren Lohn als früher zu verdienen ist, noch zwei Wochen lang unter den bisherigen Bedingungen Mitglied der Erschlassen bleiben kann.

Genosse Hoch machte darauf aufmerksam, daß ohne diese Bestimmung in jenem Falle der Arbeiter sofort mit dem Beginn seiner Arbeit die Mitgliedschaft in der Erschlasse verliert und Mitglied der Zuschlagsklasse wird; denn das ihm in der Erschlasse zustehende Krankengeld ist geringer als das, welches er auf Grund seiner neuen Arbeit in der Zwangsklasse zu beanspruchen hat. Und er kann nur solange Mitglied der Erschlasse bleiben, als er hier mindestens dieselben Ansprüche hat, wie er in der Zwangsklasse haben würde. Daher müsse dem Arbeiter eine kurze Frist gelassen werden, um in die höhere Beitragsklasse seiner Erschlasse überzutreten.

Der Antrag wurde angenommen.

Der letzte Abschnitt des 2. Buches: Schluß- und Strafvorschriften, wurde im wesentlichen unverändert angenommen.

Darauf trat eine Pause ein, damit sich die Parteien darüber verständigen könnten, wie die Rüge auszufüllen sei, die durch die Ablehnung der Vorschriften über die Zulassung der Betriebskrankenkassen entstanden ist. Da aber eine Verständigung nicht zu erreichen war, mußte die Kommission davon Abstand nehmen, noch vor den Ferien diese Rüge auszufüllen.

Nächste Sitzung am 20. September. Die Beratung beginnt beim 2. Buch des Entwurfs: Unfallversicherung.

## Aus der Justizkommission.

Sitzung vom 15. Juli.

Am Freitag wurde die Beratung über: Privatklage und Nebenklage begonnen. Zu den acht Ziffern des § 377 waren eine Reihe von Anträgen gestellt.

Beim Absatz 2 beantragten unsere Genossen, daß ausländische Souveräne und Vertreter einer fremden Macht in Verleumdungsklagen auf den Weg der Privatklage verwiesen werden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Eine längere Debatte, die sich zumeist um das Züchtigungsrecht der Lehrer drehte, entspann sich beim Absatz 3. Dieser enthält insofern eine Verringerung gegenüber dem geltenden Recht, als die neue Bestimmung zulassen will, daß auch in Ausübung amtlicher Befugnisse begangene Körperverletzungen künftig auf dem Wege der Privatklage verfolgt werden dürfen. Dazu beantragten die Abg. Gröber und Graf, es bei dem bestehenden Zustand zu belassen. Abg. Kopsch war den Antragstellern „äußerst dankbar“ für den Antrag, der die Lehrer vor vielen Unannehmlichkeiten bewahren würde. Kopsch bestritt, daß in der Schule die Körperliche Züchtigung der Kinder entbehrt werden könnte; man müßte sonst der Schule andere Strafmittel, Gefängnisstrafen usw., in die Hand geben. Er bestritt ferner, daß von den Lehrern zu viel geschikelt würde. Der polnische Abg. Waïda trat den Ausführungen mit einer Schilderung aus dem polnischen Schulleben entgegen. Auch der Abg. Dove wies darauf hin, daß die Ueberschreitungen des Züchtigungsrechtes durch die Lehrer sehr häufig sind; das wüßte jeder, der in der Gemeindevertretung ein wenig erfahren ist. Konserervative und Nationalliberale hielten ebenfalls an dem bestehenden Zustand fest. Unsere Genossen verteidigten um so energischer die Regierungsvorlage, die nicht nur die Verhandlungen der Kinder durch die Lehrer vermindern würde, sondern auch Dienstmädchen, Lehrlinge usw. könnten wirksamer gegen Ueberschreitungen geschützt werden. Die Regierung, die sonst den Entwurf aufs hartnäckigste verteidigt, gab in diesem Punkt ohne weiteres ihre Vorlage preis. Die Kommission lehnte die Verbesserung ab; für die verschlechterten Anträge Gröber-Graf stimmten außer den Antikonservativen, den Konserwativen, Nationalliberalen, Zentrumsgenossen, Reichsparteilern der Abg. Kopsch!

Ein weiterer Antrag Gröber forderte, daß jedes ein öffentliches Interesse vorliegende, wenn die Körperverletzung mittels einer Fiste, Stoch- oder Schußwaffe oder in einer das Leben gefährdenden Behandlung begangen ist. Die Regierung lehnte den Antrag ab, die Kommission schloß sich dem an.

Beim Abs. 5, der auch die Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Privatklage verfolgt sehen will, beantragten unsere Genossen, für diesen Punkt die öffentliche Klage zuzulassen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der zweite Abschnitt des § 377 besagt, daß sämtliche Straftaten, gegen die das Privatklageverfahren zulässig ist, auch im Wege der öffentlichen Klage verfolgt werden können, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. Ein polnischer Antrag verlangte, daß Privatklagen gegen Jugendliche nicht zu erheben sind. Von der Regierung wurde betont, daß auch für Privatklagen gegen Jugendliche die Bestimmungen, daß das Verfahren gegen Jugendliche auf Beschluß des Gerichts eingestellt werden kann, gelten. — Unsere Genossen beantragten, daß die Staatsanwaltschaft die Gründe angeben hat, die für die Einleitung der öffentlichen Klageerhebung maßgebend waren. Auch soll dem Verletzten und dem Verdächtigen gegen den Beschluß des Staatsanwalts das Recht der sofortigen Beschwerde zustehen. Nach einem Antrag Gröber soll der Staatsanwalt verpflichtet werden, in dem Falle, in dem er die Erhebung der öffentlichen Klage ablehnt, die Gründe für diese Ablehnung dem zur Antragstellung berechtigten Privatkläger mitzuteilen. Auch gegen diesen Beschluß kann der Antragsteller die Entscheidung einer höheren Instanz anrufen. Die Regierungskommissare traten auch diesen Anträgen entgegen. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, der Antrag Gröber dagegen angenommen.

Ein weiterer Antrag unserer Genossen, der sich auf den § 378 bezieht, forderte, entgegen der Regierungsvorlage, daß Winderjährige über 18 Jahre die Privatklage selbstständig erheben können. Nach längerer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Der § 380 bringt eine Neuerung gegenüber dem geltenden Recht. Dennoch muß die Privatklage innerhalb drei Monaten erhoben werden, nachdem dem Kläger die Tat der Täter bekannt geworden ist. Unsere Genossen beantragten die Streichung dieser Bestimmung, eventuell einige Verbesserungen zu beschließen. Ein Regierungsvertreter verteidigte die Vorlage mit dem Hinweis darauf, daß die Bestimmungen zum Schutze des Beschuldigten geschaffen worden seien. Unsere Anträge wurden abgelehnt.

Beim § 381 forderte ein sozialdemokratischer Antrag, daß als Bestand des Privatklägers auch Verurteilten desselben oder angeklagte Beamte (z. B. Arbeitsverwalter) zugelassen sind. — Ein

Regierungsvertreter erkannte die Berechtigung dieser Forderung an, er wendete sich aber aus formalen Gründen gegen eine solche Festlegung im Gesetz. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Polen abgelehnt.

Ein weiterer Antrag unserer Genossen verlangte im Anschluß an den § 383, daß auch im Beamtenverleumdungs-Klageverfahren der Erhebung der Klage ein Sühnevertrag vorausgehen hat. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden die zu den §§ 384 und 385 gestellten sozialdemokratischen Anträge.

Nach dem § 386 wurden die weiteren Verhandlungen auf Sonnabend vertagt.

## Gerichts-Zeitung.

**Auf Unterlegung des Gewerbebetriebes als Heiratsvermittlerin**

Klagte die Polizeiverwaltung von Elberfeld gegen Frau Frohwalde-Schmalzer, weil sie der erforderlichen Zuverlässigkeit entbehere. Die Klage wurde auf § 35 der Gewerbeordnung gestützt, wonach zu den Gewerben, deren Betrieb wegen Unzuverlässigkeit untersagt werden könne, auch das der Heiratsvermittlung gehöre. Der Bezirksauschuß stellte nun folgendes fest: Der Ehemann der Beklagten ist früher wegen Betruges bestraft worden. Er hatte damals einen Betrieb und hatte sich nach dem Strafurteil durch falsche Vorspiegelungen ein Darlehen von 6000 M. verschafft. 2000 M. von dem Gelde soll er, anstatt, wie vorgegeben, sich verbesserte Betriebs-einrichtungen zu schaffen, auf einer Reise verjubelt haben. Als die Eheleute dann nach Elberfeld kamen, machte der Mann ein Heiratsvermittlungsbureau auf. Auf eine gegen ihn gerichtete Klage wurde ihm das Gewerbe wegen Unzuverlässigkeit untersagt. Das damalige Urteil des Bezirksauschusses wurde rechtskräftig. Nunmehr wurde Frau Frohwalde Heiratsvermittlerin. Es kam jedoch heraus, daß die Geschäfte im wesentlichen von dem Manne besorgt wurden. Frau F. betrachtete ihn als ihren Geschäftsführer. Die Polizeiverwaltung leitete aber aus dieser Beschäftigung die Unzuverlässigkeit der Frau her, und sie verlangte, daß auch der Frau das Gewerbe untersagt werde.

Der Bezirksauschuß gab der Klage statt und untersagte der Frau den Weiterbetrieb des Gewerbes. — Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt das Urteil mit folgender Begründung bestätigt: Aus dem vorliegenden Material erhellt ganz klar die Unzuverlässigkeit des Mannes. Weiter sei als erwiesen anzunehmen, daß der Mann jetzt das Geschäft in der Hauptsache führe und daß die Frau eigentlich nur ihren Namen hergibt. Habe aber der unzuverlässige Mann einen wesentlichen Einfluß auf das Geschäft, dann sei auch die Unzuverlässigkeit der Frau genügend darzulegen. Mit Recht habe deshalb der Bezirksauschuß auf Unterlegung des Gewerbebetriebes der Heiratsvermittlerin gegen sie erkannt.

### Das Zehlendorfer Gemeindefiegel.

Im April 1907 schloß die Gemeinde Zehlendorf, vertreten durch den Gemeindevorsteher und den Gemeindefürsorgevorstand, einen Vertrag mit der Zehlendorfer West-Terrain-Gesellschaft einen Vertrag, in welchem es sich um den Fischlinienplan gewisser Straßen usw. handelte. In demselben hatte sich die Terrain-Gesellschaft unter anderem auch verpflichtet, die Kosten einer späteren definitiven Entwässerung zu tragen und hierfür Sicherheit zu leisten. Da letzteres in der Folge verweigert wurde, erhob die Gemeinde gegen die Terrain-Gesellschaft Klage mit dem Antrage, die Beklagte zur Sicherheitsleistung, und zwar in Höhe von 3000 M., zu verurteilen. Die Beklagte erhob die Einrede, der Vertrag sei nichtig, weil in ihm die nach § 88, Absatz 4, Ziffer 7 der Landgemeindeordnung für die sieben hiesigen Provinzen der preussischen Monarchie vom 3. Juli 1891 erforderliche Form nicht gewahrt sei. In dieser Hinsicht steht fest, daß die Urkunde mit dem Gemeindefiegel nicht versehen ist.

Landgericht und Kammergericht Berlin wiesen die Klage ab. Das von der klagenden Gemeinde ergriffene Rechtsmittel der Revision blieb ohne Erfolg. Der V. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte jetzt auf Zurückweisung der Revision und führt in seinen Entscheidungsgründen hierzu folgendes aus: Das Kammergericht hat den Vertrag für ungültig erklärt, weil die Urkunde nicht mit dem Gemeindefiegel versehen ist. Mit diesem Ergebnis befindet sich das Kammergericht in Uebereinstimmung mit einer Reihe früherer Entscheidungen des Reichsgerichts. Auch das Oberverwaltungsgericht hat in einem Urteil vom 21. Dezember 1905 die Verbindlichkeit des Siegels für eine wesentliche Form erklärt, von deren Beobachtung die Gültigkeit der Verträge abhängt. Dieser Auffassung ist beizutreten, denn andernfalls würde die die Verfügung des Gemeindefiegels anordnende Vorschrift des § 88 Nr. 7 der Landgemeindeordnung ohne jede Bedeutung sein. Was auch die heutige Verkehrssitte, worauf die Motive zum Bürgerlichen Gesetzbuch hinweisen, der Befestigung nicht mehr den Wert beilegen, wie in früheren Zeiten, so muß doch davon abgesehen werden, daß der Gesetzgeber diese Bestimmung in § 88 nicht ohne erheblichen Grund aufgenommen hat, und zwar dies um so mehr, als die Städteordnung vom 30. Mai 1853 eine gleiche oder ähnliche Bestimmung nicht enthält. Die Verbindlichkeit des Siegels erscheint als eine gewisse feierliche Form, die zum Ausdruck bringt, daß der Beamte, der das Siegel beibringt, die Erklärung in seiner amtlichen Eigenschaft abgegeben hat, die somit eine gewisse Gewähr dafür bietet, daß der Inhalt der Erklärung als Wille der Gemeinde, in deren Namen sie abgegeben wird, gilt. Ob es zu diesem Zwecke auch jetzt noch dieser vielleicht etwas altertümlichen Form bedarf, ist von den Gerichten nicht zu prüfen. Von der Befestigung der Formvorschrift des Siegelbeibringens durch das bürgerliche Gesetzbuch kann keine Rede sein.

## Vermischtes.

### Von der Luftschiffahrt.

Das bereits einige Male erlebte Schauspiel eines Rundfluges um den Eiffelturm wiederholte sich gestern für die Pariser durch den kühnen Flug des Aviatikers Duffon. Das letzte Mal wurde der Eiffelturm umflogen von dem Grafen Lambert. Gestern hat nur Duffon diesen Flug des Grafen Lambert erneuert, indem er gestern abend mit seinem Apparat den Eiffelturm umkreiste. Er war um 6 Uhr auf dem Flugfelde zu Juvisy bei Paris aufgestiegen. Er lenkte einen bläulichen Fiedler und flog von Juvisy zunächst in weitem Bogen über Paris, um dann direkt nach dem Eiffelturm zu fliegen. Diesen umkreiste er in einer Höhe von 200 Meter. Hierauf lehnte er, noch verschiedene Schleißen und Wendungen ausführend, wobei der Apparat dem Führer tadellos gehorchte, nach Juvisy zurück, ohne jeglichen Unfall und ohne jegliche Störung. Es ist dies der vierte Flug, der über Paris ausgeführt worden ist.

Ueber einen Geschwindigkeitswettbewerb wird aus Baden gemeldet: Der Aviatiker Rawlinson, ein Wort eines Farman-Apparates, erlitt gestern während des Geschwindigkeitswettfluges einen Unfall. Um 7 Uhr 20 Min., wenige Minuten nachdem er aufgestiegen und als er sich eben anschickte, den dritten Fliegenstoß zu umfliegen, stürzte der Apparat plötzlich zur Erde und wurde vollständig zertrümmert. Wäre der Apparat nur wenige Meter weiter auf die Tribünen zu abgestürzt, so wäre er in die dichten Menschenmassen gefallen. Der Flieger, welcher bestimmungslos aufgehoben wurde, lag unter den Trümmern seines Apparates. Ihm ist die linke Schulter verrenkt, das rechte Schlüsselbein gebrochen, ebenso der rechte Oberschenkel zweimal gebrochen. Dieser Verbruch ist sehr kompliziert; eine Amputation wird erfolgen müssen.

Der Aviatiker Rinet, welcher unlänglich einen Niederlandfluges aus einer Höhe von 30 Metern abgestürzt war und sich einer schweren Operation unterziehen mußte, ist einer Heilung aus Gent (Belgien) zufolge, seinen Verletzungen erlegen.

## Das heilige Eigentum.

Die Strafkammer zu Magdeburg verurteilte den Arbeiter Andreas Hesse aus Alt-Haldensleben wegen Mißbrauchsbetriebs zu sechs Monaten Gefängnis und das, weil er einem anderen Arbeiter aus einem Pferdehufe ein Hufeisen gestohlen hatte, das er für 60 deutsche Reichspfennige verkauft hatte. Für jeden Groschen einen Monat Gefängnis! Heilig, dreimal heilig ist das Eigentum!

## Die Volkszählung der Indianer.

Aus Washington wird berichtet: Mit besonderer Sorgfalt hat das amerikanische Volkszählamt die Arbeiten vorbereitet, die den Zweck verfolgen, durch eine genaue Volkszählung ein zuverlässiges Bild von dem heutigen Zustand der Indianer zu geben. Die Zahl der Rothhäute, die ihre Reservationen verlassen und amerikanische Staatsbürger werden, ist immer mehr angewachsen, und man nimmt daher auch an, daß diese Indianerzählung die letzte ihrer Art sein wird. Es sind besondere Zähler angestellt, Leute, die die Indianer genau kennen und die bereits im Westen bei den Rothhäuten ihres Amtes walten. Es handelt sich dabei nicht nur um die Zahl der Indianer, sondern vor allem um genauere Mitteilungen über die Zusammenfassung der Stämme und das Familienleben. Es soll festgestellt werden, wie viel fremde Blut in das Indianervolk eingedrungen ist, wieviel Mischlinge unter ihnen leben, wieviel Mischehen stattfinden, der Umfang der Polygamie, wieviel Männer mit ihren Schwestern in ehelicher Gemeinschaft leben, und wie groß die Zahl der Rothhäute ist, die eine Schulbildung gesucht und erhalten haben. Vor allem aber wird es interessant sein, aus dieser Zählung genaue Angaben darüber zu erhalten, wie viele Indianer einen festen Wohnsitz erwählt haben und wie weit die Zahl dieser zusammengeschumpft ist, die an dem alten Jagd- und Romadenleben festhalten.

## Orientalischer Humor.

Folgendes Stimmungsbild aus den politischen Kreisen Berlens gibt das französisch-perfische Blatt „Der Orient“ bekannt: Im Kriegsministerium: Die Hitze ist erdrückend, man schläft. — Finanzministerium: Man träumt von einer Anleihe. — Ministerium des Innern: Man erwartet die Ereignisse, um seine Maßregeln zu treffen. — Justizministerium: Es scheint, daß man hier die Wieder-einführung der Kastornade (Prügel auf die Fußsohlen) wünscht für diejenigen, die nicht die Mittel haben, für die Rechtsprechung zu zahlen. — Unterrichtsministerium: Ferien. — Straßen- und Brückenbau: Man sucht die Verbesserung der Luftballons. — Gemeindeverwaltung: Man denkt an die Erzeugung künstlicher Wolken zur Befruchtung der Stadt Teheran. — Parlament: Die konservative Mehrheit findet das Volk nicht reif für das Verständnis der Debatten und plant deshalb die Unterdrückung der öffentlichen Sitzungen. — Minister: Nichts Neues, außer daß die große Hitze oft die Minister auseinander treibt.

## Keine Notizen.

Große Waldbrände in Montana. Wie aus New York gemeldet wird, stehen die Wälder im Staate Montana seit einigen Tagen in Brand. Das Feuer ist an nicht weniger als 13 Stellen angelegt worden. Man vermutet ein Verbrechen von Indianern. Die Stadt Whitefish ist vollständig von den brennenden Wäldern eingeschlossen. Bisher konnte der Stadt keine Hilfe gebracht werden.

Drei Personen ertranken. Bei einer Radfahrt auf der Mosel ertranken durch Kentern eines Bootes die Hülfsfeldwebel und Regimentschneider Niedenburg und Bolala vom vierten Magdeburgischen Infanterieregiment Nr. 67 aus Ostpreußen und der Regimentschneider Viehland vom 144. Infanterieregiment aus Coerrenzig bei Baal im Rheinland. Die übrigen Teilnehmer an der Fahrt, eine Frau und ein Kind, wurden gerettet.

Ihren Stiefsohn ermordet. In Ramoros, Sziget (Ungarn) hat eine Kaufmannsfrau ihren 14jährigen Stiefsohn namens Pappazaner ermordet. Die Frau wurde verhaftet.

Schadenfeuer. Auf den großen Holzplätzen der österrösischen Staatsbahnwerkstätten zwischen Floridsdorf und Zedlitzes ist in der vergangenen Nacht ein großer Brand ausgebrochen, welcher erst nach mehrstündiger Arbeit gelöscht werden konnte. Der angerichtete Schaden wird auf 150 000 Kronen geschätzt.

Bom Blitz erschlagen. Gestern nachmittag ging über Siegen ein heftiges Gewitter nieder, wobei in Weidenau ein Kind vom Blitz erschlagen und in Mariendom durch Blitzschlag ein Haus eingestürzt wurde.

Dammbruch. Amlich wird aus Magdeburg gemeldet: Durch den wolkenbruchartigen Gewitterregen entstand vorgestern abend gegen 10 Uhr auf der Strecke Cönnern-Beleben eine Dammbrüche, welche die Strecke unsicher macht. Der Durchgangsverkehr wird über Bernburg geleitet.

Typhusepidemie. Nach einer Meldung aus Budapest greift die Typhusepidemie immer weiter um sich. Bisher wurden 134 Kranke gezählt. Der Bestand an Kranken hat seit gestern um 44 zugenommen.

Refferduell zwischen zwei Sträflingen. Im Zuchthaus zu Favignano, der sogenannten Verbrecherinsel bei Sizilien, fand ein regelrechtes Duell zwischen zwei Sträflingen statt. Als Waffen wurden Dolchmesser verwendet. Einem der Duellanten wurde die Zunge durchbohrt. Darauf wurde das Duell in aller Form als beendet erklärt.

Die große Hitze in New York überhanden. Die große Hitzewelle, die die Distrikte während der letzten Tage heimgesucht und über 50 Tote allein in der Stadt New York gefordert hat, scheint vorbei zu sein. Die größte Hitze, die das Thermometer in dem Staate New York gestern registrierte, betrug 82 Grad Celsius, während sie die Tage vorher fast 40 Grad erreicht hatte.

**Antlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur reichlich, Geschäft schleppend, Preise unregelmäßig. Weizen: Futur etwas reichlicher, Geschäft mäßig, Preise aus. Weizen: Futur reichlich, Geschäft lebhaft, Preise beständig. Roggen: Futur etwas reichlicher, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Futur in Gemüße über Bedarf, sonst mäßig, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.**

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Correspondenz findet im „Recht“ Nr. 60, dem 1. Heft, den 1. und 2. Heft, wochentlich von 4 bis 7 Uhr abends, Sonnabends von 4 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Antrage ist ein Quittschein und eine Zahl als Versicherung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Correspondenz vor.

**Einladung, G-St. 12. 1. und 2. Es genügt ein eigenhändig von dem einen Ehegatten ge- und unterschriebenes Testament, unter das der andere Ehegatte den eigenhändig ge- und unterschriebenen Vermerk gesetzt hat: „Vorstehendes Testament hat auch als mein Testament zu gelten.“ 3. Kann in der Wohnung aufbewahrt werden. 4. Es genügt die Erklärung, daß Sie sich gegenständig zu Erben einsetzen. Aufhebung des Vermögens überfälligkeit. — **Januar, Marienwerder.** Klagen Sie auf Schadenersatz § 418 B. G. B. — **M. B. 22.** Er muß trotzdem zahlen. — **Holland.** Abfindung kann erfolgen 1. bei Renten von nicht über 15 Proz., 2. bei Ausländern, die ins Ausland zurückkehren. — **J. S. 56.** Eigentum des Finders wird der Hand me, auch nicht bei Tögen im Werte von 3 M. und weniger. Das Ros ist also herauszugeben. — **R. S. 19.** 1. Recht mehr abzugeben. 2. Bis er selbständig verdient. 3. Staatsrenten. — **G. S. 1. und 2. Pa. 8.** Fährer dürfen gebunden werden. Tauchen unterliegen, wenn es sich um ein Stadtrundschiff handelt, dem freien Treiben, sonst dürfen sie nur geschickt werden. — **R. P. Geringerstraße.** 1. Sonntag 9-6, Sonntag 10-1, wenn der Vertrag nicht anders bestimmt. 2. Schlüssel ist in dieser Zeit abzugeben. — **B. 600.** Ist zulässig. — **B. G. 9.** Für das 1. Ende der Steuer 1909 ist die Steuer nachzuschlagen. — **G. S. 72.** Nachforderung ausgeschlossen. — **R. S. 38.** Rein. — **J. B. 20.** Rein. — **Ar. B. 28.** 1. a) Schiedsmann des Bezirks, in dem der Beklagte wohnt; b) 3 Exemplare. 2. Straftrag bei Polizei oder Staatsanwalt. 3. Ja. 4. Ja, Notar oder Anwalt. —**



Inferem Genossen  
August May nebst Braut  
gratulieren zur Hochzeit  
Die Genossen der 1. Abteilung  
1. Kreis. 2986b

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 13. Juli verstarb unser  
Mitglied, der Arbeiter  
**Robert Leuschner**  
Grefenlagerer Str. 7.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute,  
Sonntag, den 16. Juli, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle der Gethemane-Gemeinde  
in Nieder-Schönhausen (Nordend)  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Verband der hausgewerblichen**  
**Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
(Bezirk Schönhauser Vorstadt.)  
**Todes-Anzeige.**  
Am 12. Juli schied freiwillig  
aus dem Leben unser lang-  
jähriges, treues Mitglied, der  
Kollege  
**Robert Leuschner.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 16. Juli, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle der Gethemane-Gemeinde  
in Nieder-Schönhausen (Nordend)  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
80/7 **Der Zweigvereinsvorstand.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlosser  
**Otto Bartsch**  
durch Unfall gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
118/14 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Sattler u. Portefeullier**  
**Ortsverwaltung Berlin.**  
Am Mittwoch, den 13. Juli ver-  
starb unser langjähriges Mitglied  
**Hugo Dziabaszewski**  
an Magenblutung. 146/20  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 16. Juli (heute),  
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Jüdisch-Kirchhofes  
am Tempelhofer Weg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

Am Mittwoch, den 13. Juli,  
verstarb nach langen Leiden meine  
liebe Frau, unsere gute Schwester  
und Schwägerin  
**Hedwig Will**  
geb. Soltzel 2986b  
im 29. Lebensjahre.  
Um hilfes Bitteln  
Der trauernde Gatte  
**Otto Will nebst Familie Soltzel.**  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 16. Juli, nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des Gethemane-  
Kirchhofes, Nordend, aus  
statt.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau, gute Mutter, Schwester  
und Tochter  
**Gertrud Posselt**  
geb. Fliegner  
am 13. Juli im 52. Lebensjahre  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet statt am  
16. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom  
Thomas-Kirchhof, Hermannstraße.  
Im Namen  
der trauernden Hinterbliebenen  
**Otto Posselt**  
Richard, Bismarckstr. 51.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise unse-  
rer Teilnahme beim Hinscheiden unseres  
guten Vaters, meines lieben Vaters  
**Max Schmidt**  
sagen wir hiermit allen Bekannten  
und Verwandten, insbesondere der  
Firma B. Koa, sowie der Lauben-  
kolonie „Gut Land“ unseren herz-  
lichsten Dank.  
Fran Schmidt nebst Kindern.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Verband der Schneider und Schneiderinnen.**  
Filiale Berlin I.  
**Herren-Konfektion.**  
Am Sonnabend, den 16. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
bei Schulz, Münzstr. 17 (Eingang Königsgraben): **Sitzung** für die  
Kollegen der Firmen:  
**M. Lesser, Machol & Lewin und Leopold Pinn;**  
bei Zimmermann, Kurze Straße 17: **Sitzung** der Kollegen der Firma  
**Albert Graetz;**  
bei Buh, Klosterstr. 101: **Sitzung** für die Kollegen der Firmen  
**Paul Unger und Hopp & Kurzweg.**  
Vollzähliges Erscheinen erwartet 163/8 **Die Kommission.**

**Herren-Sommer-Anzüge** 57524  
in großer Auswahl sind gut und billig zu haben  
**Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.**  
Saden gelb gefärbt.

**1 Mark**  
wöchentliche  
Teilzahlungen  
Lieferung elegante  
fertige  
**Herren-  
Garderoben**  
Ersatz für Maß.  
Anfert. n. Maß.  
Tadellose Ausf.  
**Julius Fabian**  
Schneidernstr.  
Große Frank-  
furterstr. 37 II  
Eingang Straus-  
berger Platz.  
II. Gesch. 18  
Turmstr. 18  
nur erste Etage,  
kein Laden.  
Reisendowdy-Gänsegeleischhof  
Bremerstraße 44. 752



**Allgem. Orts-Krankenkasse**  
für die vereinigten Gewerbe-  
betriebe Charlottenburgs.  
Anfolge anderweitiger Festsetzung  
des ordentlichen Tagelohnes gemöb-  
licher Tagelöhner durch den Herrn  
Regierungspräsidenten werden vom  
18. Juli 1910 ab an wöchentlichen  
Beiträgen  
für die männl. Hausgewerbe-  
treibenden . . . . . 0,84  
für die weibl. . . . . 0,51  
von der Kasse erhoben.  
Das tägliche Krankengeld beträgt  
bei den männl. Hausgewerbe-  
treibenden . . . . . 1,80  
bei den weibl. . . . . 1,10  
Das Sterbegeld bei den männl.  
Hausgewerbetreibenden . . . . . 108,—  
bei den weibl. . . . . 66,—  
Die Familienunterstützung bei  
den männl. Hausgewerbetreib.  
bei den weibl. . . . . 0,90  
Der Beisetzungsbeitrag d. den  
männl. Hausgewerbetreib. . . . . 0,36  
bei den weibl. . . . . 0,22  
Das Familien-Sterbegeld beim  
Tode der Ehefrau . . . . . 54,—  
beim Tode eines Kindes von  
1—14 Jahren bei den männl.  
Hausgewerbetreibenden . . . . . 27,—  
bei den weibl. . . . . 16,50  
in allen vom 18. Juli 1910 ab  
neu eintretenden Unterstützung-  
fällen. . . . . 270/18  
Alle übrigen Vorschriften über die  
Krankensicherung der Hausgewerbe-  
treibenden bleiben unverändert.  
Charlottenburg, 15. Juli 1910.  
**Der Kassenvorstand.**

**Jeder Arbeiter,  
jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit  
die Lederhose  
Herkules**  
tragen.  
= Unzerreißt =  
Leistungsfähigkeit.  
**Allein-Vorkauf.**  
Sehr starkes Leder  
in grauen u. braunen  
Streifen, auch ein-  
farbig. Am Bund  
aus einem Stück ge-  
arbeitet, wodurch  
besondere Haltbar-  
keit bedingt ist.  
Sehr feste Kapp-  
nähte m. stark Garn.  
Schwere Leder-Pilot-Taschen.  
Große Flecken unsonst.  
Trotz dieser vielen und  
anderer Vorzüge kostet  
die Herkules-Hose für  
normale Mannes-Größe **4 M. 50**  
**Berufs- u. Schutzkleidung**  
für alle Zweige der Gewerbe u.  
Industrie, Sanitätsdienst usw.  
**BAER SOHN**  
Spezial-Haus größten Maßstabes  
Chausseestr. 20-30 — Brückenstr. 27  
Gr. Frankfurterstr. 20  
Schöneberg, Hauptstr. 10.  
Haupt-Katalog gratis und franko.  
Nachdr. verboten.  
**Bauschule**  
Zetel i. Oldbg.  
Meister- u. Polierkurse. Nach-  
weislich erfolg. Ausbildung  
innerhalb 5 Monaten. Schul-  
beginn 1. Nov. Lehrplan frei.  
**Innungshaus E. Mißler**  
Kalkberge Rüdersdorf,  
Schulstraße 45.  
Großer schattiger Garten mit  
Halle. Großer Parkett-Saal.  
Jeden Sonntag: **Tanz.**  
Kaffeehäse, Segelbahnen.  
Für Vereine und Gesellschaften  
Inkante Bedingungen. (Schulen  
keine Preise.) Dampferanlegestelle  
direkt am Kanal.  
**Monats-Garderobe!**  
Die besten Frühjahrs-Soletots  
und Anzüge für Herren, Smoking-  
Anzüge, Frackanzüge, sowie ge-  
tragene, fast neue Sachen, für jede  
Figur passen, in größter Aus-  
wahl zu unübertroffen  
**billigen Preisen.**  
1 Treppe, deshalb billiger wie im  
Laden. 77/14  
**Hirsch Kieferbaum,** Wasserort-  
straße 12/13 I  
(früher Brönnertstr. 33).  
**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.

**Die dunkelste  
Ecke** wird taghell,  
wenn Sie auf Ihrer Lampe  
**Urania=Salonoel**  
brennen.  
Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte  
**Urania=Salonoel**  
(der Name ist gesetzlich geschützt)  
zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter  
dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.  
**Nur der volle Name**  
**Urania=Salonoel**  
bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte  
amerikanische  
**Sicherheits-Petroleum**  
zu erhalten.  
**Urania-Salonoel**  
bietet größtmögliche Sicherheit gegen Ex-  
plosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft.  
Keine Verwechslung mit österreichisch.  
(galizischem) Petroleum.  
Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Ver-  
kaufsstellen.  
**Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.**



**Schuh-Sport**  
Unsere Stiefel  
**Marke „Propago“**  
erregen Aufsehen!  
Überraschen in Formen und  
Aufmachungen!  
**Einheitspreis**  
für Damen und Herren  
**6 75**  
48 Andreasstr. 48  
Beachten Sie bitte  
unsere Schaufenster!



**Neu eröffnet!**

**Ausnahme-Preise**  
Wollen Sie vorteilhaft kaufen?  
**So kaufen Sie**  
Ia. Briketts nach Gewicht!  
**A. B. KOCH**  
Kohlen- und Briketts-Großhandlung  
Hauptkontor:  
Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.  
Telephon Amt 7, 3040 u. 3096.  
Lagerplätze:  
**Rüdersdorfer Str. 71** —  
Ostbahn, Küstriner Platz.  
**Fruchtstr. 13** — Ostbahn,  
Güterbahnhof.  
**Behmstr. 28-34** — Ecke  
Schivelbeiner Straße.  
Preise für Ia. Marken ab meinen  
Lagerplätzen von 10 Ztr. an:  
Ia. Halksteine Hansa p. Ztr. 70 Pf.  
Ia. Marienplack Salon p. Ztr. 72 Pf.  
Ia. Gotthold Salon . . p. Ztr. 82 Pf.  
Ia. Diamant Salon . . p. Ztr. 90 Pf.  
(ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.)  
Ia. Ilse Salon . . . . p. Ztr. 90 Pf.  
Ia. Anthracit Cadé . p. Ztr. 2,20 M.  
Transport bis in den Keller  
oder 4. Etage, je nach Quantum,  
10—18 Pfennige mehr.  
**Bruchbriketts** guter Qualität  
und **Steinkohlen** billigst.  
— Koks zu Anstaltspreisen.  
**Holz**, nach Wunsch sortiert,  
per Ztr. 2,00 M.  
Bei größeren Abschüssen und  
Original-Waggons sämtlicher  
Brennmaterialien verlangen Sie  
meine Spezial-Offerte.  
Verwand nach allen Bahnhöfen.

**Kaffe billiger!**  
Sie sparen viel  
und trinken doch den köstlichen Kaffee, wie er in Wien und Frankfurt  
getrunken wird, durch einen kleinen Zusatz von dem  
**Wiener Kaffee Zusatz von Thilo & v. Döhrn, Wandsbek.**  
Die darin enthaltenen Feigen geben den be-  
kannnten milden und doch kräftigen Geschmack.  
Kaffee & 10 und 25 Pfg. verkaufen alle besseren Handlungen.  
**Gratisproben überall erhältlich.**

**Das feinste zum Kaffeetisch**  
**Zitronat-Mandel-Blätze**  
Das Stück nur **50 Pfg.**  
Diese Blätze allerbestem Rohmaterial hergestellt und haben das  
sind nur aus pikanteste und schmackhafteste für den Kaffee-  
trinken. Sie haben in den durch Makate kenntlichen Geschäften und in sämt-  
lichen Filialen der Gebrüder Mann, Karl Franke, Butter-  
handlung Schneeglöckchen, Zentral-Markthalle, Stand 8;  
Terminus-Markthalle, Stand 264; Herrn. Neumann, Beußelstr. 75;  
Willy. Bremer, Reuchlinstr. 5; Herrn. Frießl, Charlottenburg, Rohnen-  
straße 13a; Fabrik und Versandtontor, Großmüstr. 16. 29535  
**Verkaufsstellen gesucht.**

Aus der Partei.

Berichte der Kinderfahungskommissionen.

Man schreibt uns aus dem Parteibureau: Es ist dringend notwendig, daß die Kinderfahungskommissionen umgehend die Berichte über ihre Tätigkeit an das Frauenbureau, Lindenstraße 8 einreichen.

Die Berichte müssen für den Vorstandsbericht an den Magdeburger Parteitag zusammengestellt und bearbeitet werden. Deshalb war der 15. Juli als Schlusstermin für die Einreichung der Berichtsbüchlein angegeben worden.

Eine Parteiverammlung des 13. sächsischen Reichstagswahlkreises Leipzig-Land beschäftigte sich am Donnerstagabend mit dem Internationalen Kongress in Kopenhagen, dem Parteitag in Magdeburg und der sächsischen Landeskonferenz. Genosse Geyer als Referat über die beiden erstgenannten Kongresse behandelte gleich den neuesten Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion, den sie durch die Entschuldigungsverhandlungen und die Partei aufs neue zur Stellungnahme herausfordern, ebenso die merkwürdigen Ratschläge der Genossen Maurenbrecher und Quessel in den „Sozialistischen Monatsheften“ über die Taktik bei den nächsten Reichstagswahlen. Nachdem die Partei nach heftigen Kämpfen sich in Nürnberg festgelegt hat, daß sich die Budgetbewilligung mit unseren Grundfragen nicht verträgt, hätte man annehmen müssen, daß die Genossen sich nun allerorts nach diesem Parteitagbeschlusse richten würden. Genossen, die so disziplinwidrig handeln, gehören nicht solche Vertrauensstellungen der Partei. Die beiden Genossen Quessel und Maurenbrecher hätten mit ihren Auslassungen in den „Sozialistischen Monatsheften“ dafür gesorgt, daß die Taktik wieder behandelt werde. Die Vorschläge der beiden zeigten, daß sie umerbessliche Illusionäre seien, man müsse sich fragen, ob sie überhaupt noch Sozialdemokraten seien. Mit den „Liberalen“, die vor einem Jahre im Willoblock noch die ärgsten Reaktionäre waren und heute schon wieder auf dem Wege zu den Konservativen sind, sollen wir bei den nächsten Wahlen zusammen gehen? Von all diesen Ratschlägen könne keine Rede sein. Jetzt solche Parteidiskussionen anzustellen, sei geradezu Parteiverrat. Die Genossen Schöpflin und Keimling rufen, daß die Beschlüsse über die Disziplinbrecher ausgeführt werden solle, bis nähere Nachrichten vorliegen. Genosse Müller ist gegenwärtiger Meinung und bringt folgende Resolution ein:

Die am 14. Juli 1910 abgehaltene Parteiverammlung für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis erwidert in der Zustimmung der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Staatssetat einen schweren Disziplinbruch und eine bewußte Mißachtung der Beschlüsse des Nürnberger Parteitages und erwartet vom Parteitag in Magdeburg, daß er sich durch ihr Verhalten freiwillig außerhalb der Partei stellende Genossen auf Grund des Organisationsstatuts auch formell ausschließt.

Die Entscheidung über die Resolution und die Wahl der Parteitagdelegierten wurde auf eine spätere Parteiverammlung vertagt. Als Delegierte zum Internationalen Kongress wurden Genosse Geyer und Genossin Hennig gewählt.

Soziales.

Neuregelung der Sonntagsruhe.

Der vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf betreffend Änderungen der Sonntagsruhevorschriften, soll nach einer in der Regel offiziös unterrichteten Korrespondenz im November dem Reichstag unterbreitet werden. Er soll vorschlagen: Böllige Sonntagsruhe in allen Betrieben, die mit keiner offenen Verkaufsstelle verbunden sind; für gewisse Betriebe und in Festzeiten oder in der Zeit der Branchen-Hochsaison sind Ausnahmen zulässig, doch darf die Arbeitszeit zwei Stunden nicht überschreiten; näheres haben die Ortsstatuten anzuordnen. Beschränkte Sonntagsruhe herrscht bei allen offenen Verkaufsstellen; im allgemeinen soll die Verkaufszeit bei ihnen aber nur noch drei Stunden währen, die möglichst so gelegt wird, daß sie vor die Kirchzeit fällt, also die Angestellten nach Beendigung des Gottesdienstes Herren ihrer Zeit sind. Der Schluß des Geschäftes soll 30 Minuten vor Beginn des Gottesdienstes erfolgen. Die Geschäfte sollen auch eine halbe Stunde lang nach Beendigung des Gottesdienstes noch geschlossen bleiben. Für die sogenannten Lebensmittellieferanten (Fleisch, Materialien, Vorloft, Butter, Backwaren usw.) ist die Ueberföhrung der dreistündigen Maximalarbeitszeit bis zu höchstens fünf Stunden zulässig. In diesem Falle müssen die fünf Stunden so gelegt werden, daß spätestens um 2 Uhr nachmittags überall vollständige Sonntagsruhe eintritt; auch die jetzigen Ausnahmen für Wädereien und Blumenengeschäfte sollen fortfallen. Als freizugebende Sonntage sollen in Zukunft nur die beiden, die den Festen vorangehen, im ganzen also sechs, gelten; die Geschäfte dürfen an ihnen neun Stunden offen halten.

Es wäre zu wünschen, daß der Entwurf vor der Verabschiedung durch den Bundesrat mit Motiven veröffentlicht werde. Die gemachten Vorschläge sind völlig unzulänglich. Das mindeste, das verlangt werden muß und ohne irgend eine Schädigung zu erreichen ist, ist in den von den Sozialdemokraten in der Gewerbeordnungskommission gemachten Vorschlägen enthalten: böllige Sonntagsruhe mit einigen Ausnahmen bei der Nahrungsmittelbranche. Aber auch für diese Fälle müßte die dreistündige Verkaufszeit vor dem Beginn des Gottesdienstes liegen. Ortsstatuten haben die Durchführbarkeit dieses Vorschlags längst erwiesen.

Zur Bedürfnisfrage im Wirtsgewerbe.

Würzburg, 14. Juli. Die Wiedereinföhrung der Bedürfnisprüfung für das Wirtsgewerbe hat der Würzburger Magistrat abgelehnt. Zur Begründung des Beschlusses wird zunächst darauf verwiesen, daß die Zahl der Wirtschaften ohnehin in den letzten Jahren gefallen sei. Daraus gehe hervor, daß auch hier das Angebot seinen Regulator in der Nachfrage habe. Dann heißt es in der Begründung weiter:

Es ist zweifellos, daß es viele Wirtschaften in arbeitsloser wirtschaftlicher Lage, daß es Anierkneipen und Wirtschaften gibt, in denen Leute, die schon zuviel getrunken haben, noch mehr Alkoholika bekommen können. Allein diese mißlichen Verhältnisse kann die Bedürfnisfrage teils gar nicht, teils nur unter sehr mißlichen Begleiterscheinungen bekämpfen. Gar nicht kann die Bedürfnisfrage einwirken auf Unstetigkeit und Alkoholmißbrauch. Weibes beruht auf den üblen Neigungen eines nicht unerheblichen Teiles unseres Volkes, und es ist absolut sicher, daß diese Elemente auch unter einer numerisch auf das äußerste reduzierten Wirtschaft ihre Förderer finden werden.

Der wirtschaftlich schlechte Stand vieler Wirte hat in einer ganz besonderen Entwicklung seinen Grund. Die wenigsten Wirte sind selbständige Existenzen, es sind Bedienstete des Großkapitals, überhaupt der Brauereien. Rechtlich werden sie als Wirte behandelt, faktisch sind sie Brauereibedienstete, Schänker. Danach ist auch ihre ganze wirtschaftliche Persönlichkeit einzuschätzen. Es sind nach ihrer geringen Arbeitsleistung schlecht bezahlte Brauereibedienstete, aber keine Wirte, welche als Gradangeiger für den wirtschaftlichen Tiefstand des Wirtsgewerbes angesehen werden könnten.

Diese Entwicklung, so heißt es weiter, hat ihren Grund teils in der Not der starken Bevölkerung, einen Nahrungszweig zu finden, teils in der kapitalistischen Entwicklung der Brauindustrie, welche nicht nur die Produktion, sondern in weiten Kreisen auch den Absatz an den Konsumenten in die Hand genommen hat. „Gegen solche Dinge ist mit Mitteln, wie die Bedürfnisfrage, nicht anzulämpfen.“

Kleine Ursachen, schwere Wirkungen.

Scheinbar unerhebliche Verletzungen ziehen oft recht bedauerliche schwere Wirkungen nach sich. Ein Fall dieser Art wurde vor wenigen Tagen vor dem Reichsversicherungsamt verhandelt.

Der Bergmann L. erlitt am 30. Mai 1908 durch Betriebsunfall eine Quetschung des ersten Gliedes der linken Behe. Da die Behe amputiert werden mußte, wurde L. in das Krankenhaus gebracht. Dr. Heilungsprozeß verlief in normaler Weise. Am 2. Juni des Morgens bemerkte der Krankenhausinspektor an L. ein auffälliges Wesen. Auf die Frage, was ihm fehle, antwortete L., es sei ihm so schwer im Kopfe. Der Beamte kümmerte sich indessen nicht weiter darum. Im Laufe des Vormittags holten die Wärter den Kranken zum Verbinden. Sie hoben den L. aus dem Bette und legten ihn auf die Traggahre. In der kurzen Zeit zwischen dem Heben aus dem Bette und dem Legen auf die Traggahre verstarb L. Die Witwe stellte bei der Anknappschäftsberufsgenossenschaft den Antrag auf Hinterbliebenenrente, da sie den Tod auf die Verletzung zurückführte. Sie wurde indessen damit abgewiesen, weil der Tod infolge Gehirnblutung eingetreten sei; diese stehe mit dem Unfall in keinem ursächlichen Zusammenhang.

Gegen den Ablehnungsbescheid legte die Witwe Berufung bei dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Reg. ein. Die Berufung hatte Erfolg. Das Schiedsgericht verurteilte die Anknappschäftsberufsgenossenschaft. Das Schiedsgericht hat angenommen, daß der indirekte Zusammenhang zwischen der den Tod herbeiföhrnden Gehirnblutung und dem Betriebsunfall ursächlich bestehe.

Die Anknappschäftsberufsgenossenschaft legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Sie bemängelte das Urteil und bat um Herbeiföhrung ihres Ablehnungsbescheides. Vom Reichsversicherungsamt wurde noch ein ärztliches Gutachten von dem Geh. Med.-R. Professor Dr. R. in B. eingeholt.

Das Reichsversicherungsamt wies den Rekurs zurück. Es ging davon aus, daß die Gehirnblutung unabhängig vom Unfall eingetreten sein mag. Die Beobachtung des Krankenhausinspektors mache wahrscheinlich, daß die Blutung am Morgen des 2. Juli eingetreten war. Die geringste Erschütterung eines derart Kranken genügt nach dem Gutachten, um die Blutung in das Gehirn eintreten zu lassen. Diese durch das Heben des Kranken erfolgte Erschütterung ist aber indirekte Folge des Unfalls. Mißlin ist auch der Tod als indirekte Folge des Unfalls anzusehen.

Aus Industrie und Handel.

Steinhandel und bauliche Entwicklung Berlins.

Zur Ergänzung seiner Kollektion auf der Bauindustrie-Ausstellung hat der Verein der Steinhändler Berlins und der Umgebung eine graphische Darstellung der baulichen Entwicklung Berlins und des Berliner Steinhandels erscheinen lassen, der wir u. a. folgendes entnehmen: In den letzten fünfzig Jahren ist die Zahl der Berliner Wohnungen fast um das Sechsfache, nämlich von 95 876 auf 572 063 gestiegen. Die Zahl der Häuser hat sich in dieser Periode verdreifacht, von 9684 auf 27 941 bereits im Jahre 1905. Die Zahl der Einwohner hat sich von 493 400 auf 2 120 667 verdreifacht, mit Ausschluß der Vororte. Der dritte Teil der Wohnungen entfällt heute auf die Vororte. Die Ziffer der leerstehenden Wohnungen war im Jahre 1873 mit 1042 an niedrigsten, 1898 gab es deren 31 599, während im Jahre 1900 nur 2006 vorhanden waren. Im Vorjahre gab es dagegen bereits wieder 25 362, zu denen noch ca. 15 000 in den Vororten kommen. Die Substantiation war verhältnismäßig am stärksten nach dem Abschluß der berichtigten Gründerperiode. 1879 gab es 837 zwangsweise Hausverkäufe, im Vorjahre 808. Von diesen Fallissements wird der Steinhandel auch empfindlich getroffen, dagegen aber nicht die Steinwerke, denn der Händler zahlt an den Ziegelfabrikanten gleich bar, aber nicht so der Bauherr an den Händler.

Die Produktion der für Berlin in Betracht kommenden Ziegelwerke stieg in dem genannten Zeitraum von 400 Millionen auf 2250 Millionen. Der Absatz innerhalb Berlins stieg von 300 auf 1700 Millionen Ziegelwerke. Ein Viertel der Produktion wurde demnach in der Provinz abgesetzt. Nach dem Bericht sollen sich in den Habel- und Spreeniederungen noch auf lange Zeit umfangreiche Lager befinden. Wie die wüßte Spekulation der Gründerjahre auf den Steinhandel einwirkte, ergibt sich daraus, daß 1873 das Zausen mit 58 M. bezahlt wurde, Ende der siebziger Jahre es aber bereits auf 10 M. gesunken war. Zehn Jahre später lohnten sie 33 M., sanken aber während der Krise von 1896/97 bis herab auf 17 M. In diesem Jahre bildete sich dann ein Kartell, und diesem gelang es, die Preise sechs Jahre hindurch auf 25 bis 27 M. zu halten. 1903 löste sich das Kartell auf, doch gingen die Preise infolge der guten Konjunktur nicht zurück. 1905 sanken sie aber auf 20 M. Seitdem ist eine Preisvereinbarung der Werke untereinander getroffen worden, welche eine Hochhaltung der Preise, die zurzeit 23 M. betragen, sichert. Die Zementpreise sind infolge des Fortschrittes der Technik und der dadurch verminderten Produktionskosten von 9 M. pro Faß im Jahre 1860 auf 5,50 M. und darunter in unserer Zeit gesunken. Der Steinhandel ist mit der baulichen Entwicklung Berlins im Laufe der Jahre eng verknüpft geworden.

Deutschlands Außenhandel.

Der deutsche Außenhandel erreichte im Spezialhandel ohne Gold, Silber und Wertpapiere im Juni d. J. in der Einföhrung 729 Millionen Mark, in der Ausföhrung 612,3 Millionen Mark. Im ersten Halbjahre 1910 hatte die Einföhrung einen Wert von 4201,9 Millionen Mark gegen 4104,7 Millionen Mark im Vorjahre, die Ausföhrung einen solchen von 3540,6 Millionen Mark gegen 3030,4 Millionen Mark im Vorjahre. Gold- und Silbereinföhrung im Juni 15,3, im ersten Halbjahre dieses Jahres 197,4. Gold- und Silbereinföhrung im Juni 17,5, im ersten Halbjahre 103,5 Millionen Mark.

Aus der Frauenbewegung.

Mutterschutz in der Reichsversicherungsordnung.

Die Vorlage zur neuen Reichsversicherungsordnung hat wenig Sympathie bei der Arbeiterschaft gefunden. Allein kein Ding ist so leicht, das sich nicht Verbesserungen anbringen ließen, die doch noch nicht als Brauchbares daraus gestalten können. Von solchen Erwägungen geleitet, haben denn auch unsere Genossen, die in die

Vorbereitungskommission hineingewöhnt wurden, alles daran gesetzt, um aus dieser Mißgeburt von Sozialreform für die Arbeiterschaft nicht ganz unnützlich zu gestalten. Doch wie immer, so mußten auch hier alle gutgemeinten Vorschläge gegenüber der Uebermacht der reaktionären Parteien meiden. Wird die Vorlage, so wie sie jetzt aussieht, Gesetz, so ist die neue Arbeiterversicherung ein Hohn auf die wirklichen Bedürfnisse, genau so wie manches andere, was von derselben Seite bereits früher zusammengebracht wurde.

Ganz besonders schlecht kommt in dieser Vorlage wieder das weibliche Geschlecht weg. Abgesehen davon, daß in einer Zeit, in der die Frauen ihre Pflichten dem Staate gegenüber genau so erfüllen müssen wie die Männer, man den Frauen auch die gleichen Rechte gewähren müßte, ist es ohnehin auch die heiligste Pflicht eines Staatswesens, für die Frauen, die Mütter sind, aber es werden sollen, Hervorragend zu sorgen. Millionen von Frauen und Mädchen tragen bei zur Erhaltung der Nation, machen es durch ihre Arbeit und durch ihre — wenn auch nur gezwungen — Opferwilligkeit mit möglich, daß kostspielige Auswendungen für alle möglichen Dinge im Reiche gemacht werden können. Als Gegenleistung biete der Staat nur erbärmlich wenig. Hat die Arbeiterin in gewissen Tagen kaum so viel, daß sie sich notdürftig durchschlägt, so lernt sie erst die ganze kümmerliche Existenz eines Arbeitermädchens kennen, wenn sie krank wird. Aber was bedeutet die Not in Krankheitsfällen demgegenüber, was sie an Entbehrungen aushalten muß, wenn sie schwanger ist. Was bisher von den Krankenkassen an solche Frauen getan wurde, war nur herzlich wenig. Darum war es wovon nicht zu viel, wenn erwartet wurde, daß in dem neuen Entwurf zur Reichsversicherungsordnung ein, wenn auch nur halbwegs ausreichender Mutterschutz vorgesehen würde. Sehen und hören denn Regierung und bürgerliche Parlamentarier nicht, wie einseitige bürgerliche sowohl wie auch die sozialdemokratische Partei schon seit Jahren eine ausgedehnte Mutterschutzversicherung fordern und vor allem auch für Schwere der unehelichen Mutter eintreten? Eine solche Bewegung entsteht nicht, weil in einzelnen Köpfen, die nicht Vesseres zu erlernen wissen, ein derartiger Gedanke aufgelaucht ist, ohne auch nur genügend Gründe dafür zu haben, sondern weil ersprechend viele Tatsachen vorhanden sind, die die Unterlage für eine solche Bewegung bilden. Es könnten so manche Fehler in der Gesetzgebung und in der Gesetzesausübung nicht gemacht werden, wenn die Herren, die hier in Frage kommen, obgleich sie im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens stehen, sich nicht doch sozusagen in ihrer eigenen Welt befänden. Nur wenn man das berücksichtigt, kann man verstehen, wie gerade die neue Gesetzesreformvorlage jeder wirklich dem Bedürfnis entsprechenden Reform Hohn spricht. So sollen z. B. schwangere Frauen nur eine Schwangerschafts- resp. Wochenruhenunterstützung von 8 Wochen durch die Krankenkassen erhalten, davon entfallen zwei Wochen Unterstützung auf die Zeit vor der Entbindung und für sechs Wochen Unterstützung nach der Geburt des Kindes. In der ganzen übrigen Zeit während der Schwangerschaft kann nur Unterstützung gewährt werden, wenn es sich um irgend welche andere Krankheiten handelt, die mit der Schwangerschaft nichts zu tun haben. Obgleich also jeder weiß, daß die Schwangerschaft in ihren symptomatischen Erscheinungen unangenehmer, als man die wirkliche Krankheit, wird sie nicht als solche behandelt. Wie unzählige Male ist nicht schon von sachverständiger Seite darauf hingewiesen, daß gerade in diesem Zustand, wenn die Frauen noch dazu schwer arbeiten müssen, der Grund für manches später sich bemerkbar machende körperliche Uebel zu finden ist. Den Sorgen sind durch das Gesetz die Hände gebunden; sie können nur das Gesetz umgehen, wenn sie, was ja bei jeder Schwangeren schließlich möglich ist, eine andere Krankheit angeben, die zur Arbeitseinstellung und zur Auszahlung der Krankenunterstützung ausreicht.

Wie kurzfristig es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist, in diesem Falle mit der Unterstützung zu knausern, erhellt erst, wenn man bedenkt, daß unzählige Kinder von während der Schwangerschaft arbeitenden Müttern krank zur Welt kommen. Von diesen Kindern sterben bald nach der Geburt ein großer Teil. 1907 waren es ein Fünftel aller Lebendgeborenen, bei unehelich Geborenen sogar ein Drittel. Von den Kindern, die am Leben bleiben, sind viele ihr Leben lang schwächlich, werden oft krank, liegen alle Augenblicke den Krankenkassen zur Last. Hierbei soll gleich erwähnt werden, wie falsch es ist, bei Gesehesparagrafen anstatt des Wortes „ist“ oder „müß“ das Wort „kann“ zu setzen. Leider haben wir es in den Krankenkassen sehr oft noch mit Leuten zu tun, die nur das augenblickliche Wohl ihrer Kasse im Auge haben, denen aber der weite Blick für die Kasse selbst, wie auch jedes sozialpolitische Verständnis fehlt. Die Leiter dieser Krankenkassen sind so verbunden, daß sie sich nicht sagen, die Sünden, die in dieser Beziehung heute von der Mutter begangen werden, täden sich mehrfach in späteren Jahren an denjenigen Institutionen, die jetzt mit der herrschenden Klasse an einem Stränge ziehen. Verbiehlig müß das, was einst der Mutter entzogen wurde, später an sie selbst oder an ihre Kinder gezahlt werden. Hierbei sind auch die Hilfskassen zu erwöhen, die bisher den Frauen verschlossen blieben, obgleich die Klassen einem Gewerbe angehören, in dem Frauen zu einem großen Prozentsatz beschäftigt sind, oft sogar in überwiegender Maße. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir behaupten, daß das Fernhalten von Frauen als Mitglieder auch nur den Grund hat, daß die weiblichen Mitglieder den Klassen augenblicklich mehr kosten. Ein Weg, um diesen Mißständen ein Ende zu machen, wäre die Zentralisation aller Krankenkassen, die leider vorderhand noch ein frommer Wunsch bleiben wird.

In der Kommission war von sozialdemokratischer Seite ein Antrag auf unentgeltliche Gebärmutterdienste, auch für uneheliche Mütter, gestellt worden. Dieser Antrag ist abgelehnt. Die Bezahlung der Gebärmutter reicht in den ohnehin recht mageren Geldbeutel der Arbeiterin ein großes Loch. Wie manche arme Mutter ist gezwungen, in diesem Falle die Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Bei dieser Seite der ganzen Frage ist es auch anzudeuten, die sich immer mit ihrer Betätigung im Sinne der Sozialgesetzgebung und Arbeiterfürsorge überhaupt brüsten, aber noch nichts getan haben, um das zu beweisen, nämlich die Zentrumsparlei, an den Pronger zu stellen. Wo es sich um Halbschichten handelt, sind die Herren zwar immer dabei. Bei der Beratung über den Antrag, daß die Klassen die Gebärmutter zu bezahlen hätten, wollten diese Gottesmänner von ihrem angeblich hochsittlichen Standpunkte aus diese Wohlthat nur der verheirateten Mutter zugute kommen lassen. Jeder Mensch weiß nun, daß die uneheliche Mutter fast ausnahmslos bedürftiger ist als die verheiratete Frau. Ein großer Teil der so oft vorkommenden Kindessterbe würden nicht vorkommen, wenn die armen Mädchen nicht aus Not zur Verzweiflung und zu diesem einzigen Ausweg getrieben würden. Den frommen Vätern der katholischen Kirche kann man wohl kaum Unkenntnis der traurigen Verhältnisse zugute rechnen. So weisfremd sind sie nicht, daß sie nicht wüßten, was sonst alle Welt weiß. Die Duldbarkeit, welche die christliche Religion in der ersten Zeit ihres Bestehens auszeichnete, ist längst Hüten gegangen. Unbuddelmüßig ist jetzt die Deuise der katholischen Kirche. Die Verachtung und Ausschließung, der die uneheliche Mutter heute noch in hohem Maße ausgesetzt ist, wird aber — das lehrt die Erfahrung — sicher nicht dazu beitragen, andere vor „Schrittern“ zu bewahren.

Zu den Erfahrungen, die wir aus der ganzen Reichsversicherungsordnung schöpfen konnten, gestellt sich hier beim Kapitel Mutterschutz vor allem der Gedanke, wie notwendig Frauen in die Parlamentare hineingehören. Volk haben unsere Abgeordneten den Standpunkt der Partei mit aller Verbe vertreten, aber eine Frau hätte hier vor allem ein Gebiet gefunden; wo man ihr das Verständnis sicher nicht hätte abprechen können. Heute müssen es verständige Frauen mit ansehen, daß an ihrer Stelle Männer die Geschäfte des Volkes führen, die zum Teil vollkommen unfähig sind. Das muß den Frauen wieder ein Ansporn sein, nicht zu zögen, als bis endlich alle ihre gerechten Forderungen erfüllt sind.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Rosenheimer, M.

Fritz Schnicke

Weber, Hermann

Zutram & Co.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Dece Brause

Goldtröpfchen

Orangen-Feuer

Sinalco (Bilzbrause)

Gen. Vertret. Otto Starick

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk

Hohnen & Jöring

Bäckereien, Konditor

Feronia

Oskar Hanke's Brothäckerei

Hanke's Brothäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Erscheint 2 mal wöchentlich

Neptun-Bad, Schleissheim-Allee 104.

Bad Ostend

Bandagen, Gummiw.

Panschow

Wende, A.

Beerdig.-Anst. Sargm.

Belucht.-Gegenst.

Berufsbildung

Schlesinger, Hermann

Wilh. Scholem

Schuch, M.

W. Adeltung & N. Hoffmann

Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei

Patzenhofer Brauerei

Berliner Bock-Brauerei

BORUSSIA

Brauerei „Germania“

Brauerei Alt-Berlin

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weißbier

Groterjans

Bezugsquellen-Verzeichnis

Phönix-Brauerei A.G.

Richter & Co.

Roland Schade

Schlossbrauerei Schöneberg

Spandauerberg-Brauerei

Vereins-Brauerei Rixdorf

Berliner Kindl

Weissbier Albert Braun

Weissbier, C. Breithaupt

Weißbier-Brauerei Ed. Gebhardt A.-G.

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Oskar Beck

Fritz Bartz

A. Bäweritz

Carl Franke

F. Hagen

Hasse, Wilh.

Hoffmann, R.

Kosmala, E.

Brenneke, C.

Maeding, J.

Müller, Ernst Max

König Julius Levy

Link, Paul

Paul Loewenthal

Westmann

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Rnesebeck-Drog

König, Herm.

Siegtfried-Drogerie

Eisen-u. Stahlw.-Waff.

Gericke & Wolfram

Rob. Heinze

C. Müller

Jacob, Otto

Kl. Jung, Stromer

Kriessling, G.

Kniehase, A.

Kurt Kranke

Uhl & Wolfram

Cacao, Chocolate

Cyllax, G.

Seiffert, Erieb

Teichmann, N.

Carl Müller

Rund um Berlin

Solidaria-Fahrräder

Wandelt, Teilzahl-gestattet

Färbererei, Wäscher

Carl Pollnow

Gebr. Erbguth

Meesters, Th.

Osw. Naefe

ärberei chem. Wäscherei

Stenzel, Paul

Taubert, J.

Fischhandlungen

H. Reimann

Winkler & Bärthold

Fleischer u. Wurstw.

Berliner Fleisch-Consum

Robert Bludschus Nachflg.

Daniel, J. R.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehau

Wurst- und Fleischwaren

August Haffer

Unternehmende Geschäfte

Rockstroh, Karl

Sandow, Rud.

Schreiber, Ad.

Herren-Artikel

Berth. Axt, Fennert

Krause, Wilh.

Littauer, Fr.

Meinke, Adolf

Herrn-u. Knabengard.

Blitz!

Bohn, R.

Ed. Freitag

Goldstein

Hamburg-Steghitz

Herr. Bekleid.

Hirschfeld

Max Kaplan

Ringel

Rosner, Max

Salberg, H.

Schachmann, Louis

Schlesinger, H.

Falkenstein, Paul

Emil Hoegner

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

M. Jacob

Kaufhaus Gustav Pinkus

Alfr. Kirschner

Kaufhaus Gebr. Preuß

Nelson, Bernh.

Wilde, J.

Kinematogr.-Theater

Gromadecki, F.

Kohlen, Koks, Briketts

Rud. Beier & Co.

Gersberger & Müller

M. F. Leyke

Das Beste für Ofen u. Herd.

J. Ferdinand Leyke sen.

Loebell, L.

Georg Knöpfel & Sohn

Gebr. A. & J. Podzuweit

Kolonialwaren

Ed. Bahrfuß

Bark, Wilh.





Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Der Juli-Wahlmorgen für Druckerinhaber findet am Sonntag, den 24. d. Mts. statt.

Rosowes. Morgen Sonntag findet eine Flugblattverbreitung gegen die Reichsversicherungsordnung statt. Die Genossen werden ermahnt, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Singerschen Lokal, Pfriestertstr. 30, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die Reichsversicherungsordnung und das Bestreben der Scharfmacher. Referent: Gewerkschaftssekretär Genosse Eugen Bräuner. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Friedenan. Am heutigen Sonnabendabend müssen sämtliche Bibliothekshelfer an die Büchertafel bei Schönfeld, Rheinstraße 31, der Revision und Renovierung wegen zurückgegeben werden. Die Wiedereröffnung der Bibliothek wird feinerzeit bekannt gegeben werden. Der Vorstand.

Bohnendorf. Am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal des Herrn Gottfried Schäfer am Falkenberg, Restaurant zum Wasserwerk, eine öffentliche Versammlung für Falkenberg und Umgebung statt. Der Reichstagsabgeordnete Fritz Hubell spricht über Erhöhung der Zivilliste und Wahlrecht. Nach der Versammlung gemüßliches Beisammensein.

Lichtenrade. Sonnabend, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei R. Deiter, Bahnhofstraße: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Am 30. Juli feiert der Wahlverein Lichtenrade und Umgebung sein erstes Stiftungsfest in dem Lokal von R. Deiter. Eine rege Beteiligung ist um so wünschenswerter, als die Genossen keine Mühe scheuen, das Fest zu einem würdigen zu gestalten.

Festhen. Die Genossen des Bezirks Zeuthen veranstalten am Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, in Lindemanns Restaurant „Zur Dorfau“ ein Familienfrühstück, verbunden mit Kinderbelustigungen, Preisregeln und Preisstücken. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Wilmow. Am heutigen Tage veranstaltet der Wahlverein im Lokal „Zum Panzgraf“, Schloßstr. 6, gegenüber dem Schloßpark, ein Volksfest, verbunden mit Sommernachtsball unter Mitwirkung des Berliner Ill-Trios. Reigenfahren, kinematographische Vorführungen, Kinderbelustigung unter Leitung des beliebten Onkel Pelle. Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Berliner Nachrichten.

Privatbesitz.

Wenn es Sonntags hinauszieht in die freie, schöne Natur, der muß vor allen Dingen seine Augen auf tun. Denn es gibt nicht nur Schönheiten zu sehen, sondern auch mancherlei, was zur Kritik, sogar zu recht scharfer, mitunter herausfordernd. Da schlendert man vielleicht so recht gemütlich durch die stillen Straßen eines freundlichen Vorortes und denkt wohl bei sich: Bistest du doch auch für Weib und Kind so ein freundliches kleines Heim, fern vom Rauch und Stank der Großstadt, und in Gemeinschaft mit Gefinnungsgenossen. Und plötzlich steht man wohl vor einem Gebäudekomplex, der durch seine eigenartige Gliederung auffällt. Seitwärts ein kleines, beschriebenes Häuschen, das bewohnt ist, offenbar von dem Gärtner oder dem Portier. Daneben erhebt sich mit großen Bogenspitzen ein kostspieliges Palmenhaus. Und endlich das „Serrenhaus“, die Villa selbst. Aber sonderbar, trotzdem draußen alles grünt und blüht, sind in dem ganzen Gebäude die Rolläden herabgelassen, ein Zeichen, daß der Besitzer nicht anwesend ist. Aber der Wanderer mag kommen zu welcher Tages- und Jahreszeit er nur will, immer sind die Rolläden heruntergelassen. Der Besitzer des Hauses ist niemals anwesend: Frag nur herum! „Ach der,“ heißt es, „der wohnt im Winter am Kurfürstendamm und im Sommer in seinem Schloß in Thüringen.“ „Und warum wohnt er niemals hier?“ „Es ist ihm hier nicht mehr fein genug. Und er kann's sich ja auch leisten!“

Das Schönste an dem verlassenem und verachteten Grundstück aber ist der Park, von der pflegenden Hand des Gärtners sorgfältig instand gehalten. Saftig grüne Beete und Rasenflächen dehnen sich. Mitten aus einem Blumen- und Palmenbestand leuchtet die Flora hervor. Dahinter führt eine breite, begehbare Treppe in den tiefergelegenen Teil des Parks, aus dem eine große, stattliche Blutbuche mit ihrem eigentümlich braunrot gefärbten Blätterdach hervorragt. Ein großer Baumhain aus Erlen, Linden, Buchen, Eichen, Tannen und allerlei Hirschhölzern füllt die Seiten und den Hintergrund, aus dem es verheißungsvoll schimmert und glänzt: der See. Mit seiner ganzen Breite liegt das Grundstück am See, der, wie so viele Seen in der Umgebung Berlins, außer in Restaurants und auf groben Umwegen nirgends mehr zugänglich ist. Und so liegen sie da: Villa und Park, in vornehmer, aristokratischer Abgegeschlossenheit, denn ein hohes eisernes Gitter schließt das Verbot vor dem Eindringen Unberufener. Der reichgewordene Besitzer kann sich den Luxus gestatten, sein Eigentum unbenutzt liegen zu lassen.

Sonntags aber, wenn die Vorortlinge ihre Ränge entleeren und die luftigen Menschen sich durch die staubige Straße des Vorortes drängen, dann sehen sich viele verwundert das schlafende Haus und den schlafenden Garten an. Ihre Augen atmen befreit auf, wenn sie den frischen Rauch verspüren, der aus dem Garten auf die Straße dringt. Und wenn sie noch ein Weilschen am Gitter verharren und sehnfüchtig in das stille, einsame Idyll schauen, dann überkommt sie wohl ein bitteres Gefühl, wenn sie mit klugem Sinn schnell begreifen, daß dieses herrliche Stückchen Erde von seinem Besitzer mißachtet wird.

Es ist nicht Reid oder Mißgunst, was die Herzen dieser Menschen in dem Augenblick erfüllt. Unwillen herrscht in ihnen nur über jene ungerechte Lebensordnung, die es zuläßt, daß ein herrliches Stück Erde brutal der Nacht und Luft hungrigen Menge verschlossen bleibt, weil es eben — Privatbesitz ist. Wie anders, wenn das Grundstück Gemeindegut wäre! Dann stünde die Pforte weit offen und hineinschritten alle diese von der Last des Alltags bedrückten Menschen. Sie würden sich unter den schattigen Bäumen auf weichem Rasenteppich niederlassen. Und die Kinder würden spielen und singen und toben nach Herzenslust. Und überall würde auf dem jezt nutzlos daliegenden Grundstück Freude herrschen. So aber ist es Privatbesitz, der außer von dem sichtbaren eisernen Zaun noch durch einen unsichtbaren, viel wirksamer geschützt wird, durch das Gesetz. Dreimal heilig ist vor ihm das Privatbesitz, und wer dagegen die Rechte der Allgemeinheit, des Volkes, vertritt, der ist ein — Volkspöter. Es wird aber die Zeit kommen, wo alle sicht-

baren und unsichtbaren Bänne fallen, und wo die Kinder des Volkes nach allen Tafeln, die die Aufschrift „Privatbesitz“ tragen, mit Behmfügelchen schießen.

Die Juristische Sprechstunde findet von heute an wieder von 4 1/2 Uhr bis 7 1/2 Uhr statt.

Revision von Irrenanstalten.

Die schweren Mißstände, welche wir unendlich oft aus öffentlichen Irrenanstalten, vor kurzem erst aus dem „Pflasterbetriebe“ in Buch, den höheren behördlichen Instanzen und der Öffentlichkeit unterbreiten mußten, werden im Publikum immer wieder die Frage: Sind denn die Irrenhausdirektoren, welche solche Zustände einleiten lassen, allmächtig oder ihrem verantwortlichen Amt nicht gewachsen, und werden die städtischen Anstalten nicht öfter von Leuten mit scharfen Augen undermutet revidiert? Nun, gerade die neue Irrenanstalt Buch ist während ihres jezt fünfjährigen Bestehens wiederholt von Vorgesetzten des Direktors „revidiert“, das heißt auf vorherige Anmeldung in ihren einzelnen Teilen besichtigt worden, und es hat sich jezt nichts Wesentliches zu erinnern gefunden. Kleine Mängel, die nichts auf sich haben, werden beseitigt, an den schwereren Mißständen geht die Revisionskommission vorüber, weil sie einfach davon nichts zu sehen und zu hören bekommt. Wir halten von der bisherigen Art dieser Revisionen herzlich wenig. Sie ist im großen und ganzen weiter nichts als eine leere bürokratische Form. Wohlgeliebt aus den Akten hervorgeht: „Wir sind dagewesen.“ Sobald die Kommission sich anmeldet, was doch zwecklos und widersinnig ist, werden in aller Eile Hunderte von Händen in Bewegung gesetzt, um die neugierigen Herrschaften zu befriedigen. Schrubber und Besen arbeiten mit Hochdruck, fast überall wird die Wäsche gewechselt, zahlreiche Patienten werden urplötzlich nach anderen Stationen verlegt oder ins Bett gesteckt, und besondere Sorgfalt legt man darauf, daß es den Unglücklichen in den Isolierzellen so gut geht, wie es nach Lage der Sache möglich ist. Sogar die geisteskranken Verdreher in den „festen Häusern“ merken bald mit feiner Bitterkeit, daß etwas vorgeht. Auch die Küchen und sonstigen Wirtschaftsräume nehmen einen Glanz an, der leider nicht lange vorhält, und schon im voraus wissen die Kranken, daß am Revisionsstage die Mahlzeiten ganz besonders gut munden werden. Wozu sind wohl diese Manöver nötig, wenn sich alles regelmäßig in schönster Ordnung befindet? Es soll der Kommission Sand in die Augen gestreut werden. Sie soll lauter Gold sehen, das sofort wieder erbläht, wenn die Kommission den Rücken gebreht hat. Es gibt nun dem Kommen noch allerdings auch unermutete Revisionen. Doch ist es vielleicht kein bloßer Glücksfall, daß die Anstaltsleitungen auch von dieser Revision stets mehrere Tage vorher eine „Ahnung“ haben und alles zum würdigen Empfang vorbereiten können. Praktische Werte kann doch die Revisionskommission mit ihrer Arbeit nur dann schaffen, wenn sie wie aus der Pistole geschossen, womöglich in Abwesenheit der leitenden Aerzte auf der Wilschläge erscheint und sich nicht abspeisen läßt mit dem, was man ihr zu zeigen für gut befindet, sondern ohne Direktive selbständig in alle Winkel hineinsieht. Eine Direktion mit gutem Gewissen würde sagen: „Meine Herren, ich lasse Ihnen vollständig freien Spielraum und bitte Sie, auf meine Führung zu verzichten!“ Statt dessen zeigen die leitenden Anstaltsmänner stets einen höchst verdächtigen Hebereifer und halten die Kommission gerade von solchen Punkten fern, die zur Beanstandung genügenden Anlaß bieten. Sämtliche oder doch die meisten Stationen müssen zu gleicher Zeit und plötzlich scharf unter die Lupe genommen werden, damit sich nicht Gelegenheit findet, „Liebeswort nachzugeben und vorzugreifen“. Vor allem müssen unter den Revisoren neben den Bürokraten mit der trägen Brille auch energische Leute sein, die sich kein X für ein U vormachen lassen. Ferner darf man sich niemals verlassen auf die Kufflägerungen, die lediglich die Aerzte und die ganz unter ihrem Einfluß stehenden Oberpfleger geben, sondern auch mit einer großen Anzahl von Pflegern und selbst mit Patienten, die meist wichtigste Fingerzeige geben können, soll man Fühlung nehmen.

Nichtbeamtete Personen haben ja leider selten genug Gelegenheit, außer in der allgemeinen Besuchsstunde etwas aus dem internen Irrenhausleben zu erfahren. Wollen sie in berechtigtem Interesse darüber hinaus Einblicke gewinnen, so werden sie von den meisten Anstaltsleitern entschieden zurückgewiesen. Vertreter der Presse müssen recht oft diese Erfahrung machen. So besagte es das neueste und vorliegende Heft der „Zeitschrift des Bundes für Irrenfürsorge und Irrenrechtsreform“ in Heidelberg, daß den Vertretern des Bundes der Zutritt zur Besichtigung von Irrenanstalten wiederholt verweigert worden ist. Wo die Erlaubnis anstandslos erteilt und fundenlang bereitwillig über alles Auskunft gegeben wurde, fanden sich, von manchen Systemfehlern abgesehen, vortreffliche Einrichtungen. Wenn andere Direktionen sich durchaus ablehnend verhielten, so muß man diesen Anstalten Mißtrauen entgegenbringen. So erklärte sich ein Direktor zu der Erklärung: „Was die Öffentlichkeit sagt, ob sie gut oder schlecht berichtet, das ist den Anstalten ganz gleichgültig!“ Beachtenswert für Pflegerkreise ist, was die Zeitschrift über den Besuch italienischer Irrenanstalten unter anderem schreibt: „Aufgefallen ist ganz besonders die gefühlvolle Behandlung der Kranken. Der Umgang könnte als ein kameradschaftlicher bezeichnet werden. Die italienischen Anstalten haben viel voraus vor deutschen, in denen noch ein recht militärischer Drill vorherrscht, ein schablonenhaftes Vorgehen, das die deutschen Anstalten mehr zu Nacht als Hellanstalten stempelt. Ganz besondere Aufmerksamkeit wird im Gegensatz zu Deutschland der Wärterfrage geschenkt. In Italien haben Wärter und Wärterinnen fufensweise drei Prüfungen abzulegen, bevor sie eine verantwortliche Stellung bekommen. Bei mehr Freiheit haben sie eine bessere Bezahlung und Beschäftigung als die deutschen Kollegen.“ Deutschland ist eben auch in der Irrenhauskultur noch lange nicht in aller Welt voran.

Eisenbahnsignale.

Minister von Breitenbach hat in einem neuen Erlass angeordnet, daß abgleich schon früher auf die Wichtigkeit deutlicher und klarer Signaleinrichtungen hingewiesen worden ist, und auch für die richtige Aufstellung der Signale eine ihrer Bedeutung entsprechende Aufmerksamkeit im allgemeinen zugewendet wird, so sind doch die zur Erreichung möglichst guter Signalbilder getroffenen Maßnahmen noch weiter auszugestalten. Zu diesem Zweck soll zur Prüfung der Zweckmäßigkeit und guten Erkennbarkeit der Signale auf sämtlichen Hauptbahnstrecken in jedem Jahre eine Signalausschau stattfinden, die unter Beteiligung des Vorstandes der Betriebsinspektion von dem betriebleitenden Dezernenten, dem Eisenbahndirektoren und einem von der Eisenbahndirektion zu bestimmenden, besonders erfahrenen und mit den Verhältnissen der Strecke bekannten Lokomotivführer gemeinsam durch Befahren der Strecke auf der Lokomotive vorzunehmen ist. Weht ein Zug der

Bestimmten dürfen indes auf Maschinen, die zur Beförderung von Gütern, insbesondere von Schmelzguß benutzt werden, nicht gleichzeitig mitfahren. Bei der Signalausschau ist besonders auf folgende Punkte zu achten: 1. Deutlichkeit der Signalbilder (Hintergrund, Bedung der Signale durch Telegraphenstangen, Bahnsteighäuser, Bäume u. dergl., Ueberstrahlung der Nachsignale durch benachbarte Bogenlampen oder Rücklichter anderer Signale, gute Signalgläser usw.). 2. Abstand der Signale vom Gefährdungspunkt. 3. Gruppierung der Signale, wo mehrere bei einander stehen. (Anordnung in einer Reihe oder in Staffeln, Erheben der Signale von jeder Stelle aus in richtiger Reihenfolge, Vermeidung des Erscheinens eines Halbesignals zwischen dem Fahrtafel und dem zu ihm gehörenden Signal, Verwechslung ungelappter Signale mit in der Nähe stehenden Vorfisignalen). 4. Erfah links vom Gleise stehender Einfahrtsignale und für das durchgehende Hauptgleis geltender Ausfahrtsignale durch rechts aufzustellende (erforderlichenfalls Signalbrücken). 5. Erfah niedriger Vorfisignale durch hohe. 6. Signalaufstellungen. 7. Richtige Kennzeichnung des durchgehenden und der abzweigenden Gleise bei mehrspurigen Signalen. Für die Signalausschau ist ein Plan aufzustellen, bei dem Bedacht darauf zu nehmen ist, daß auch zur Beurteilung der Nachsignale in genügender Weise Gelegenheit geboten ist. In jedem Falle ist eine derartige Signalausschau vorzunehmen vor der Inbetriebnahme größerer Bahnhofsumbauten, bei denen die örtlichen und Betriebsverhältnisse eine wesentliche Umgestaltung erfahren.

Neue Anlagen im Zoologischen Garten.

Wurden gestern zunächst einem geladenen Publikum gezeigt. Der Haupteingang von der Stadtbahnseite her hat eine neue Gestalt erhalten. Die alten Rasthäuschen und das anstehende Toilettengebäude sind beseitigt worden. Als Ersatz dafür erhebt sich im Gegenlag zu dem Elefantentor am Kurfürstendamm ein Löwentor, das in einem gewissen organischen Zusammenhang mit dem vom Eingang sichtbaren Elefanten- und Straußenhaus gebracht worden ist. Für das Gelände, das an dieser Stelle zur Straßenverbreiterung abgetreten werden mußte, ist an anderer Stelle ein Stück des Tiergartens eingetauscht worden, das erheblich größer ist und das zu besonderen Anlagen Verwendung gefunden hat. Hinter der Fasanerie, dem Lama- und Gamsberg haben die Adler zwischen hochragenden Felsen und die Schweine neben einem fließenden Sumpf neue Aufenthaltstätten zugewiesen erhalten. Große, zum Teil schwere Eisenbleche sind zu Felsenbauten verwendet worden und ein Blick auf die Anlage zeigt uns weiteres, daß Herr Direktor Heß recht hatte, als er uns erzählte, welche Mühe und Arbeit diese Anlage verursacht habe, um ja die Naturtreue zu wahren. Wohlthuend berührte es, als Herr Heß an dieser Stelle Veranlassung nahm, allen jenen zu danken, die an der Herstellung mitgewirkt haben. In Abwesenheit und unter dem Beifall der geladenen Gäste dankte er den in ihrer schlichten Arbeitskleidung vor uns stehenden Maurern und Arbeitern, die treulich an dem Werke sich beteiligt haben.

An dieser Stelle ist ein Werk entstanden, das nicht nur von weitem und im allgemeinen einen natürlichen Eindruck macht, sondern auch jeder kritischen Prüfung aus nächster Nähe gewachsen ist und an Grundbedeutung schon vermöge seines ehrlichen Felsenmaterials nichts zu wünschen übrig läßt. Aeltere Gebirgspflanzen, Bäume, Sträucher und blühende Kräuter, darunter auch Edelweiss, schmücken das Ganze, sind überall angepflanzt, wo die natürliche Gestaltung der Felsen Lager und Rahmung bot. In tiergärtnerischer Hinsicht neu ist eine Flugbahn, die sich über die Anlage weg von einem großen Gesellschaftsläufig zum anderen zieht; sie soll den Adlern und Geiern die Möglichkeit geben, ihre mächtigen Schwingen ungleich mehr zu regen als bisher, und von dem gegenüberliegenden niedrigeren Felsengebirge, an dem die kleineren Raubvögel (Falken, Milan usw.) haufen, wird man dieses eigenartige Schauspiel ganz besonders wirkungsvoll genießen können.

Zugleich steigt man von hier unmittelbar hinauf zum Schweinesumpf. Wer heute diese stattliche Anlage mit ihrem lippig wuchernden Schilf und Rohr, den alten, über und über begrüntem Kopfwäldchen, dem blühenden Gras und Kraut und den tropischen Wasserrosen wie selbstverständlich vor dem Auge sich ausbreiten sieht, wird kaum glauben, daß sie erst wenige Wochen alt ist! Und doch ist dem so. Mitte Mai standen die Kopfwälder noch trocken und blüht, der Art verfallen, auf einer „baureifen“ Wiese in Wilmersdorf, — da rettete die Verwaltung sie in letzter Stunde für ihre Zwecke. Von den Bewohnern des Schweinesumpfes mag heute nur ein seltenes, kleines Fuffier erwähnt werden, das gar kein Schwein, sondern ein hirschartiger Wiederläufer ist, aber, wie alle altertümlichen Tierformen, auch Beziehungen zu anderen Gruppen hat. Es ist das westafrikanische Hirschkamel, im Säugetierstamm eine so alte Gattung, daß sie eher fossil als lebend bekannt war und daher der Gattungsnamen aus der Paläontologie (Dorothorium) auch auf die lebende Art angewendet werden muß.

Auch die Zebros und pferdeartigen Tiere sind zu einem schönen, neuen Heim gekommen: für sie ist in der vorliegenden Ecke neben dem Tiergarteneingang, die lange Jahre als Pferdabstall diente, ein ganz in sich abgeschlossenes Revier geschaffen. Hinter weißen Mauern erheben sich da weiße, fremdartige Bauten, und durch eines der Tore tretend, befindet man sich wie im fernen Lande. Ein ostafrikanisches Krabberhaus steht vor uns, dessen Vorhof in die Zebrahege zerlegt ist. Die ganze Vorderseite des Hauses ist mit lauter verschiedenen Zebraarten besetzt: eine einzig in ihrer Art bestehende Sammlung! Wohlfein gilt aber auch für die Besetzung der rohgedeckten, mehr stallartig gehaltenen Rückseite des Hauses mit grauen afrikanischen Wildeseln und der gegenüberliegenden Seite mit namentlich durch einen blauen Kaffeeses, wieder mehr ein turkestanisch-perfische Bauformen anknüpfend in ideellem Zusammenhang damit, daß in ihren Säulen unten die gelben asiatischen Wildesel und die echten mongolischen Wildpferde haufen. Auch diese Sammlung ist so reichhaltig, wie überhaupt möglich, und das ganze neue Pferdegebiet vergrößert wieder die alte, aber immer wieder aufs neue bewährte und deshalb heute mit Recht als überlieferte Tradition, für Auge und Geist des Besuchers einen ideellen Zusammenhang und eine künstlerische Harmonie herzustellen zwischen dem Tiere und dem Hause, das es bewohnt.

Hoffen wir, daß die Verwaltung des Gartens in ihrem Bestreben fortfährt und daß wir bald wieder über neue Fortschritte berichten können.

Zu einer wahren Ökonomie gestaltet sich für die Patienten der königlichen Klinik in der Fiegelstraße der Straßendahnverkehr an der Weidenammer Brücke. Die Schuld für diese Plage trifft ausschließlich die Rücksichtslosigkeit der Straßendahnverwaltung. In einer scharfen Kurve kommen bekanntlich die Wagen aus der Prinz-Louis-Ferdinand-Straße und schren gleich darauf in einer neuen Kurve nach der Weidenammer Brücke. Da an beiden Kurven die Schienen aneinander wohl nie gefamert werden, entsteht fortwährend ein gefährliches „Quietschen“. Ist das für gesunde Nerven schon eine Forderung, so kann man sich denken, wie sehr erst die Kranken darunter zu leiden haben.

Geradezu entsetzlich aber ist dieses Geräusch für die Patienten in der stillen Nacht, wo es durch kein anderes Geräusch „gemildert“ zu ihnen dringt. Wie oft schreit dann ein Kranker auf, der kaum erst mühsam den Schlaf gefunden und herzlich froh gewesen wäre, eine Zeitlang seine Schmerzen nicht zu fühlen. Da aber an dieser Stelle nicht nur am Tage, sondern fast die ganze Nacht hindurch ein lebhafter Straßendahnverkehr stattfindet, bedeutet diese Störung für die Kranken eine unendliche Qual. Man



# Norden

Mit der Schulfrage beschäftigten sich folgende Schriften, die wir zur Anschaffung empfehlen:

## Clara Zetkin, Die Schulfrage

Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in Bremen Preis 15 Pf.  
Ein temperamentvoller Vortrag, in dem namentlich auf die Stellung der Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.

## O. Rühle, Die Volksschule, wie sie ist

Preis 30 Pf.

## O. Rühle, Die Volksschule, wie sie sein sollte

Preis 30 Pf.

Der Verfasser, ein früherer Lehrer, tadelt in seiner ersten Broschüre die Zustände unserer Volksschule und schildert sie als eine Anstalt zur Erziehung möglichst müliger und billiger Lohnslaven für das Kapital. Der Klassenstaat, sagt er, hat Klaffenschulen geschaffen, wo Geld hat, kann sich Bildung kaufen. — Die zweite Broschüre ist eine Erläuterung unserer Programmforderungen, die wir in Bezug auf die Schule erheben und im Interesse des Kulturfortschritts erheben müssen.

## Heinrich Schulz, Sozialdemokratie und Schule

Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. Studienj. 69 (Laden)

## August Grimberger

G. m. b. H.

Kohlengroßhandlung

Berlin N. 31, Hussitenstraße 40, Tel.: Amt III, No. 4304.

### Ausnahmepreise bis 31. Juli d. J.

für erstklassige Senftenberger Brikette

bei mindestens 1000 Stück resp. 10 Ztr. ab Platz.

1000 Stck. 10 Ztr. 1000 Stck. 10 Ztr.

Maria 7\* 8.75 à Ztr. 0.72 Fielitz 7.75 à Ztr. 0.82

Reine Kohls 7\* 7.25 à Ztr. 0.77 Monopol 8.50 à Ztr. 0.90

Pfännerschaft 7\* 7.75 à Ztr. 0.82 Ilse 8.50 à Ztr. 0.90

Th. Heye bei 10 Ztr. à Ztr. 0.80, Lauchhammer bei 10 Ztr. à Ztr. 0.73.

Diese Halbsteine sind das Beste für Küchen- u. Kesselfeuerung.

In-Anthrazit Cadé und Löhhold bei 10 Zentnern

à Zentner 2.25 ab Platz.

Gas-Koks zum Preise der nächsten Gasanstalt.

Steinkohlen pro Ztr. 1.25.

Holz zu billigsten Tagespreisen.

Bei größeren Abschlüssen Spezialofferte. — Verlangen Sie

Preisliste oder Vertreterbesuch. — Anfuhr berechne billigst.

Handwagen unentgeltlich zur Verfügung.

# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Strasse 17-18 □ Veteranen-Strasse 1-2

## Billiges Steingut

ca. 10000 Teller ..... Stück 6, 7, 8 Pf.

ca. 5000 Tassen ..... weiss 7 Pf., bunt 8 Pf.

ca. 5000 Kaffeebecher .... Stück 5, 7, 9 Pf.

ca. 2500 Kartoffel- und Salatschüsseln

weiss ..... 14 Pf. bunt ..... 28 Pf.

ca. 1500 Satz Salatieren 5teilig .. 35, 55 Pf.

ca. 1500 Satz Salatieren 7teilig weiss 75 Pf., bunt 98 Pf.

ca. 1000 Milchtöpfe ..... Stück 8, 15, 24 Pf.

ca. 400 Wasserkannen ..... Stück 25, 38 Pf.

ca. 400 Nachtgeschirre .... Stück 25, 38 Pf.

Besonders preiswert:

ca. 500 Stück Waschgarnituren neueste Form u. Decore 1<sup>35</sup> 1<sup>95</sup> 6<sup>00</sup> bis

Ein Posten Emaille-Wannen rund und oval Stück 1<sup>15</sup>

# Warenhaus Wilhelm Stein

Chausseestrasse 70-71

BERLIN N.

Chausseestrasse 70-71

Heute Sonnabend, den 16. Juli cr.:

## Schluß unserer 1/2-Mark-Tage

Preiswerte Angebote von Restbeständen in Blusen solange Vorrat:

Batistblusen mit Tüllpasse u. Stickereimotiven, bish. Preis 2.95 jetzt 1.95

Batistblusen Vorderteil reich mit Entredoux, bish. Preis 4.50 jetzt 2.95

Batistblusen Rücken u. Vorderteil mit Tüllpasse, bish. Preis 6.50 jetzt 3.95

Madeira-Stickerei-Blusen mit reich garniertem Vorderteil, bisheriger Preis 8.50 jetzt 4.65

Marquise-Blusen elegant garniert, bisher. Preis 10.50 jetzt 5.50

Pierrot-Blusen Vorderteil gestickt, bisheriger Preis 6.50 jetzt 3.45

## Knaben-Wasch-Blusen und -Hosen

Knaben-Wasch-Hosen Größe 1-7 ..... Stück 85 Pf.

Knaben-Wasch-Anzüge in verschiedenen Größen Stück 1.95 Pf.

Knaben-Wasch-Blusen Größe 1-7 ..... Stück 78 Pf.

Knaben-Wasch-Blusen hoch geschlossen, Größe 1-7 Stück 98 Pf.

In der Lebensmittel-Abteilung von Sonnabend, den 16., bis Dienstag, den 19. Juli cr., solange Vorrat:

### Fleischwaren

Schlackwurst ..... Pfund 1.00

Salamiwurst ..... Pfund 1.00

Holsteiner Schlackwurst ..... Pfund 1.40

Holsteiner Salamiwurst ..... Pfund 1.40

Westfälische Schlackwurst ..... Pfund 1.65

Westfälische Salamiwurst ..... Pfund 1.65

Rückenfett ..... Pfund 68 Pf.

Liesen ..... Pfund 68 Pf.

Rot- und Zwiebelwurst ..... Pfund 48 Pf.

Fetter und magerer Speck ..... Pfund 85 Pf.

Kassler Rippespeer ..... Pfund 85 u. 90 Pf.

Kümmelwurst ..... Pfund 1.20

Knobelwurst ..... Pfund 1.20

Berliner Mettwurst hart ..... Pfund 75 Pf.

Mettwurst Braunschweiger Art ..... Pfund 88 Pf.

Landleberwurst ..... Pfund 88 Pf.

Fleischwurst ..... Pfund 85 Pf.

Große Hühner Stck. 2.00-2.50 | Junge Hühner Stck. 1.15, 90, 70, 55 Pf. | Rehblätter .... Stck. 1.40-2.00

Zigarren. Zur Einführung unserer vorzüglichen Qualität-Marke „BELLA VISTA“: 10 Stück 50 Pf.

Unsere Geschäftsräume sind Sonntags nur von 8 bis 10 Uhr geöffnet.

# Willibald Jordan

Mäntel-Jordan  
Turmstr. 19.



## Grosser Saison-Ausverkauf

Jeder Kauf eine Gelegenheit!  
Zum Ausschauen

- 1 gr. Posten Musselin-Blusen türkische und andere hübsche Dessins, früher bis M. 10.50, jetzt M. **3.85**
- 1 gr. Posten Leinen-Kostüme etwas angeschmutzt, früher bis M. 22.50, jetzt M. **2.90**
- 1 gr. Posten Jackett-Kostüme in Tuch, Kammgarn etc., fr. bis M. 65.00, jetzt M. **10.85**
- 1 gr. Posten Seiden-Paletots in la Taft u. Beau de sole, fr. bis M. 65.00, jetzt M. **19.75**
- 1 gr. Posten Seiden-Blusen aus Taft, Messaline etc., fr. bis M. 65.00, jetzt M. **6.75**
- 1 gr. Posten Woll-Blusen in verschied. Ausführungen, fr. bis M. 16.50, jetzt M. **2.65**
- 1 gr. Posten Wasch-Blusen verschiedene Dessins und Macharten, etwas angeschmutzt, früher bis M. 5.00, jetzt M. **0.55**

Engl. Paletots, Leinen-Paletots, Kostüm-Röcke Rimonos, Unterröcke, Morgenröcke, Matineen. Ganz bedeut. herabgesetzte Preise.

# Ohne Waren umziehen

möchte ein großes Kaufhaus in Mosbit. Die Herrenbekleidungsfirma: **Herrmann Schlesinger**, Turmstraße 58, hat in der City Mosbits Turmstraße 38 neue doppelt so große Lokalitäten gemietet und denkt in einigen Wochen umzuziehen. Zu diesem Zweck hat dieselbe vor kurzem einen

**Aufruf an ihre Kundenschaft** erlassen und ihr Lager von ca. 60 000 M. zum schleunigen Verkauf gestellt

$\frac{1}{4}$  davon ist weg.

Es sind noch für ca. 45 000 M. Waren loszuschlagen, darunter gerade die **besten Qualitäten**, da naturgemäß im ersten Anlauf gerade die billigsten Sachen abgesetzt werden.

Das Lager enthält hunderte ganz moderner Anzüge, Paletots, Joppen, Beinkleider, Stoffe, Berufs- und Sportanzüge, Pelerinen, Gummimäntel, Herrenwäsche, Hüte, Mützen und alle Sachen des bekannten großen von der Firma geführten Sortiments.

## In 6 Wochen soll alles weg sein.

Wer die Firma kennt, der weiß, daß jede Flunkerei ausgeschlossen ist. Kein Ausverkauf, der billig annonciert und teuer verkauft, sondern eine allgemeine Preisherabsetzung, die

## Staunen erregt.

Daher auch der große Zulauf, so daß anzunehmen ist, daß die Absicht,

## alles abzustoßen

ganz oder doch zum größten Teil gelingt.

Wunderbare Dessins in Knabenanzügen. Große Vorräte in Lüsterjackotten, Waschjoppen, Waschanzügen etc.

2. Kaufhaus, Reinickendorfer Straße 48.

# Großer Räumungs-Verkauf

aus den vorhandenen Lagerbeständen der Firma

## Kaufhaus Hermann Levy Brunnenstr. 59-60 Ecke Stralsunder Str.

Dieser Räumungs-Verkauf bietet so enorm günstige Kaufgelegenheiten, wie solche nur äussert selten geboten werden. Die von uns angebotenen Waren sind so enorm billig, dass Sie dieselben ruhig kaufen können, auch wenn Sie momentan keinen Bedarf haben. Sie haben die Gewissheit, dass Sie Ihr Geld gut angelegt haben. Aus der Unmenge unserer Artikel können wir hier nur einzelne anführen. Die hier nicht angeführten Artikel sind jedoch ebenso preiswert.

Nur solange Vorrat

### Konfektion

- Ein grosser Posten Damen-Waschblusen 1.75, 1.25, 75 Pf.
- Ein Posten Wollblusen, Stück von 1.25 an
- Ein Posten seidene Blusen, von 1.45 an
- Gr. Posten Wasch-Unterröcke, von 75 Pf. an
- Ein Posten Kostüm Röcke, von 1.95 an
- Engl. Damen-Paletots, von 3.75 an
- Ein Post. Damen-Waschkleider von 2.75 an
- Matinés, von 1.00 an
- Morgenröcke, von 1.50 an
- Grosse Posten Kinderjacketts, jetzt von 1.45 an
- Grosse Posten Kinderkleidchen, von 75 an

### Putz

- Hutformen durchweg, Posten I, Stück 20 Pf.
- Bessere Hutformen für die Hälfte des Wertes
- Engl. garnierte Damenhüte von 45 Pf. an
- Zutaten für Hüte spottbillig

### Wäsche

- Gr. Posten angestaubte Phantasie-Hemden, Beinkleider, Unterröcke, jetzt für  $\frac{1}{2}$  des regul. Wertes.
- Strumpfwaren, Trikotagen**
- Damen-Handschuhe lange, mit u. ohne Finger, Paar 25 Pf.
- Damen-Strümpfe durchbrochen, Paar 39 Pf.
- Herren-Ringel-Socken, Paar 15 Pf.
- Kinder-Strümpfe, Paar von 14 Pf. an
- Knaben-Sweater, Stück 68 Pf.
- Herren-Sweater, Stück 1.10
- Ein kleiner Posten Korsetts, Stück 58 Pf.
- Macco- u. Normal-Hosen, Stück 78 Pf.
- Macco- u. Normal-Hemden, Stück 85 Pf.

- Ein Posten elegante Damen-gürtel, durchweg Stück 25 Pf.
- Ein Posten einzelne Nacken- u. Vorsteck-Kämme durchweg Stück 8 Pf.
- Ein Posten Damen-Strumpfhalter m. Spirale, unzerreissbar, Paar 20 Pf.
- Halsrüschen, Stück 5 Pf.

### Kleiderstoffe

- Baumwoll-Musseline Meter von 18 Pf. an
- Cheviot reine Wolle, Doppelbreit, Mtr. 68 Pf.
- Chevron in den neuesten Farben, Mtr. 62 Pf.
- Lasting reine Wolle, Mtr. von 75 Pf. an
- Grosse Posten schwarz gemusterte u. glatte Kleiderstoffe, Mtr. von 48 Pf. an
- Kleider- u. Seidenstoff-Reste spottbillig.
- Leinen- u. Baumwollwaren**
- Ein kleiner Posten Handtücher, Stück 10 Pf.
- Taschentücher, Stück 5 Pf.
- Tischtücher volle Grösse, Stück 68 Pf.
- Hemdentuch, Mtr. 19 Pf.
- Linon gute Qual., Mtr. 27 Pf.
- Inletts rot u. rosa gestr. Klauenbreite Bettbreite Meter 38 Pf. 55 Pf.
- Bett-Damaste und Dimitts jetzt enorm billig.
- Bettfedern doppelt gereinigt, Pfd. von 50 Pf. an

Sämtliche Handarbeiten, vorgeseichnet und gestickt, ganz enorm billig.

### Schürzen

- Grosse Post. Kinder-Hänger-Schürzen bis 70 cm lang, gute Stoffe, beste Verarbeitung, Stück durchweg 68 Pf.
- Damen-Schürzen in verschiedenst. Arten und Ausführungen enorm billig.
- Grosse Posten **Spitzen u. Besätze** jetzt spottbillig.

### Herren-Artikel

- Herrenkragen div. Fassons, Stück 20 Pf.
- Herren-Serviteurs, Stück 35 Pf.
- Grosse bunte Oberhemden nur beste Stoffe mit Manschetten, Stück 2.45
- Ein grosser Posten Herren-Stroh-Hüte jetzt enorm billig, Stück von 22 Pf. an
- Herren-Filz-Hüte wach u. steif von 1.25 an
- Herren- u. Knaben-Mützen Stück 20 Pf. an
- Krawatten jetzt spottbillig.
- Chemisetts, Stück 38 Pf.

Sämtl. Wirtschaftsartikel u. Galanteriewaren werden zu spottbilligen Preisen ausverkauft

Von 1-3 Uhr mittags sind unsere Verkaufsräume geschlossen!